

**Die Selbstbestimmung des Klienten unter dem
revidierten Erwachsenenschutzrecht**

**Eine qualitative Untersuchung zweier Fälle einer
Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde**

Erarbeitet von: Sarah Studer

Studienanfang: BAC 12 / Sozialarbeit

Begleitende Dozierende: Prof. Dr. Peter Voll, Dorothea Köppel, Julia Emprechtinger

Dank

Den Beginn meiner Arbeit möchte ich dem Dank widmen, an all die Personen, die mich tatkräftig während meiner Bachelorarbeit unterstützt haben und die zur Ermöglichung dieser Forschungsarbeit beigetragen haben.

Ein grosser Dank geht an unseren Forschungsleiter Prof. Dr. Peter Voll und an unsere Begleitdozierenden Dorothea Köppel und Julia Emprechtinger. Ich möchte mich für die intensive Betreuung und die vielen bereichernden Austausche, Inputs und Rückmeldungen bedanken. Die Teilnahme an diesem Forschungsprojekt war für mich eine sehr lehrreiche Erfahrung.

Ein weiterer Dank geht an die Mitglieder meiner Forschungsgruppe für die gute Zusammenarbeit und Unterstützung. Der regelmässige Austausch war sehr wichtig und bereichernd und führte mich immer wieder zu neuen Erkenntnissen.

Ganz herzlich bedanken möchte ich mich beim KESB-Präsidenten und den Interviewpartnerinnen und -partnern der untersuchten Behörde. Ohne sie wäre diese Forschungsarbeit nicht möglich gewesen. Ich danke ihnen herzlich für ihre Bereitschaft, die gute Zusammenarbeit und ihre Offenheit, die sie mir in den Interviews entgegengebracht haben.

Des Weiteren möchte ich mich bei meiner Familie, meinem Freund und meinen Kolleginnen und Kollegen bedanken. Das Erarbeiten der Bachelorarbeit war für mich eine sehr intensive Zeit über mehrere Monate hin, in der ich immer wieder auf die Unterstützung und Ermutigung meines privaten Umfeldes zählen konnte.

Nicht zuletzt möchte ich mich bei meiner Mutter bedanken, die neben der tatkräftigen moralischen Unterstützung meine Bachelorarbeit gegenlas.

Eidesstattliche Erklärung

Hiermit versichere ich, dass ich die Bachelorarbeit selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen benutzt habe. Alle Ausführungen, die anderen Texten wörtlich oder sinngemäss entnommen wurden, sind kenntlich gemacht worden. Die Arbeit war noch nie in gleicher oder ähnlicher Fassung Bestandteil einer Studien- oder Prüfungsleistung. Die Bachelorarbeit respektiert den Ethik-Kodex für die Forschung.

Sarah Studer

Abstract

Die vorliegende Arbeit setzt sich mit dem neuen Erwachsenenschutzrecht auseinander, das am 1. Januar 2013 in Kraft getreten ist. Ein zentrales Revisionsanliegen stellt die Förderung der Selbstbestimmung dar. In dieser qualitativen Forschungsarbeit wird untersucht, wie die Förderung der Selbstbestimmung in der Massnahmeerrichtung und der Mandatsführung gehandhabt wird.

Im Theorieteil wird auf verschiedene normative und analytische Theorien eingegangen. Bei den normativen Theorien werden unter anderem die neuen Gesetze des Erwachsenenschutzrechts, die Definition der Selbstbestimmung und die Partizipationsstufen, die eine Messung der Umsetzung der Selbstbestimmung ermöglichen, erläutert. Bei den analytischen Theorien werden verschiedene Theorien vorgestellt, die es erlauben, die Handlungen von Akteuren zu analysieren. So wird zum Beispiel die Werterwartungstheorie vorgestellt, die dazu dienen kann, die Entscheidabwägung von Akteuren zu begründen.

Für die empirische Arbeit wurden zwei Klientenfälle in einer Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde untersucht. Vor den Interviews wurden Schlüsseldokumente zu den beiden Fällen analysiert, die dazu dienten, in den Interviews Klärungsfragen zu stellen und Widersprüche zu erkennen. Mit den zuständigen Behördenmitgliedern und Mandatstragenden wurden leitfadengestützte Interviews geführt.

Bei den Behördenmitgliedern konnte festgestellt werden, dass die Meinung der betroffenen Personen bei der Massnahmenerrichtung nur begrenzt berücksichtigt werden kann. Die Behörde hat den Auftrag, aufgrund des vorliegenden Sachverhaltes zu entscheiden, ob eine Person schutzbedürftig ist. Jedoch zeigte sich auch, dass der Einbezug der betroffenen Personen durch das Gesetz gewährleistet ist.

Bei den Mandatstragenden konnte festgestellt werden, dass diese bei der Mandatsführung einen grossen Spielraum haben. Inwiefern die verbeiständeten Personen einbezogen werden, hängt von den jeweiligen Mandatstragenden ab. Der Umgang mit den knappen zeitlichen Ressourcen und das Abwägen der Risiken, die mit der Gewährung von Selbstbestimmung einhergehen, haben einen wesentlichen Einfluss auf die Arbeitsweise der Mandatstragenden.

Aus diesen gewonnen Erkenntnissen kann für die Soziale Arbeit unter anderem folgender Schluss gezogen werden. Wie die Behördenmitglieder und die Mandatstragenden sind viele Sozialarbeitende in ihrem Berufsalltag mit dem Tripelmandat, der hohen Fallbelastung und dem Treffen von Entscheidungen zwischen den Polen ‚Schutz-Selbstbestimmung‘ konfrontiert. Sozialarbeitende tragen viel Verantwortung, weshalb es wichtig ist, dass sie Gefässe zur Selbstreflexion besitzen, um ihre Handlungen und ihre Vorgehensweisen regelmässig zu überprüfen.

Schlüsselwörter

Erwachsenenschutzrecht – Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde – Selbstbestimmung – Mandatsführung – Entscheidvorbereitung – Zusammenarbeit - Kontrolle

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
1.1. Allgemeine Einleitung	1
1.2. Themenwahl und Bildung der Forschungsgruppe	1
1.3. Fragestellung	2
1.4. Bezug zur Sozialen Arbeit.....	2
1.5. Aufbau der Arbeit	3
2. Forschungsgegenstand	4
2.1. Forschungsbereich (Birgit Kreuzer).....	4
2.1.1. Entwicklungen im alten Vormundschaftswesen.....	4
2.1.1.1. Organisation der Behörden.....	4
2.1.1.2. Organisation der professionellen Mandatstragenden	5
2.1.1.3. Klientinnen und Klienten.....	5
2.1.1.4. Professionelle und professionelles Handeln	5
2.1.2. Entwicklung des neuen Erwachsenenschutzrechts	6
2.2. Forschungsgegenstand (Sascha Kuonen).....	7
2.3. Forschungsumfeld (Sascha Kuonen)	8
2.4. Stand der Forschung (Birgit Kreuzer)	8
3. Theorie.....	10
3.1. Theoriwahl und Schlüsselbegriffe (Birgit Kreuzer).....	10
3.2. Normative Konzepte	10
3.2.1. Neues Erwachsenenschutzrecht und Leitgedanke der Selbstbestimmung (Sascha Kuonen)	10
3.2.1.1. Eigene Vorsorge (Art. 360-373 ZGB) und Massnahmen von Gesetzes wegen (Art. 374-387 ZGB)	11
3.2.1.2. Behördliche Massnahmen (Art. 388-439 ZGB).....	11
3.2.1.3. Organisation (Art. 440-456 ZGB).....	12
3.2.1.4. Leitgedanke der Selbstbestimmung und dessen Umsetzung	12
3.2.2. Selbstbestimmung	13
3.2.2.1. Begriffe Selbstbestimmung und Autonomie.....	13
3.2.2.2. Bedeutung der Selbstbestimmung.....	14
3.2.2.3. Partizipation zur Ermöglichung von Selbstbestimmung	14
3.2.3. Menschenrechte (Jennifer Zeiter)	16
3.2.3.1. Entstehung der Menschenrechte.....	16
3.2.3.2. Mandat Sozialer Arbeit in Verbindung mit den Menschenrechten	16
3.2.4. Vom beruflichen Doppel- zum professionellen Tripelmandat (Birgit Kreuzer)	17
3.3. Analytische Theorien	18
3.3.1. Recht aus sozialwissenschaftlicher Perspektive (Jennifer Zeiter).....	18
3.3.1.1. Geschichte der Rechtssoziologie.....	19
3.3.1.2. Gegenstand und Aufgabe der Rechtssoziologie in Verbindung mit dem Bachelorarbeitprojekt	19
3.3.2. Theorie der rationalen Wahl und Modell der soziologischen Erklärung (Sascha Kuonen)	21
3.3.2.1. Theorie der rationalen Wahl.....	21
3.3.2.2. Modell der soziologischen Erklärung	21
3.3.3. Interpretatives Paradigma und symbolischer Interaktionismus (Birgit Kreuzer).....	22
3.3.3.1. Interpretatives Paradigma	22
3.3.3.2. Symbolischer Interaktionismus.....	23
3.3.4. Macht (Birgit Kreuzer)	24

3.3.5. Sozialarbeit im Pflichtkontext.....	25
3.3.5.1. Definition Zwangskontext	25
3.3.5.2. Motivation innerhalb des Zwangskontextes	26
3.3.5.3. Zusammenarbeit mit Klientinnen und Klienten im Pflichtkontext.....	26
3.3.5.4. „Zwangsbeglückung“	27
4. Methode (Jennifer Zeiter und Sascha Kuonen).....	29
4.1. Forschungsdesign	29
4.1.1. Forschungsgruppe und Studierende.....	29
4.1.2. Bildung der Forschungsfragen	29
4.1.3. Auswahl der KESB und der Fälle	30
4.1.4. Auswahl und Begründung der angewandten Methodik.....	31
4.2. Beschreibung der qualitativen Forschungs- und Auswertungsmethoden.....	31
4.2.1. Forschungsmethoden	31
4.2.2. Auswertungsmethoden	32
4.3. Ethische Aspekte und Grenzen der Forschung	33
5. Untersuchungsfeld	34
5.1. Modell der Behörde	34
5.2. Fallbeschreibungen.....	34
5.2.1. Frau Schmid	34
5.2.2. Herr Ultsch.....	35
5.3. Beschreibung der Interviewpartner.....	37
6. Forschungsergebnisse.....	38
6.1. Massnahmeerrichtung.....	38
6.1.1. Beachtung der Subsidiarität	38
6.1.2. Einbezug der Meinung der verbeiständeten Personen in die Massnahmenerrichtung	38
6.1.3. Umgang mit Widerstand	39
6.1.4. Massschneidung der Fälle	39
6.1.5. Einfluss der Mandatstragenden auf die Massnahmeerrichtung	40
6.2. Mandatsführung	40
6.2.1. Mandatsträgerwahl	40
6.2.2. Informationen bei der Mandatsübernahme.....	41
6.2.3. Gestaltung des Zusammenarbeitsprozesses	41
6.2.4. Vermögensverwaltung	43
6.2.5. Kontakt zwischen den Mandatstragenden und der KESB während der Mandatsführung	43
7. Synthese.....	46
7.1. Forschungsfragen.....	46
7.1.1. Erste Forschungsfrage	46
7.1.2. Zweite Forschungsfrage.....	47
7.1.3. Dritte Forschungsfrage	49
7.1.4. Vierte Forschungsfrage.....	50
7.1.5. Fünfte Forschungsfrage	52
7.1.6. Sechste Forschungsfrage	53
7.2. Schlussfolgerung	53

8. Fazit	55
8.1. Persönliche Stellungnahme	55
8.2. Grenzen der Forschung.....	55
8.3. Weiterführende Fragestellungen.....	56
8.4. Konsequenzen für die Soziale Arbeit	56
9. Quellenverzeichnis	58
9.1. Literaturverzeichnis	58
9.2. Abbildungsverzeichnis	60
10. Anhang	61
10.1. Brief Forschungsanfrage	61
10.2. Telefoncheckliste	62
10.3. Projektbeschrieb	63
10.4. Datenschutzvereinbarung	64
10.5. Rastervorlagen Dokumentenanalyse	65
10.5.1. Analyseraster für die verfahrensleitende Verfügung	65
10.5.2. Analyseraster für das Anhörungsprotokoll.....	66
10.5.3. Analyseraster für den Abklärungsbericht	67
10.5.4. Analyseraster für die Verfügung.....	69
10.6. Kontaktaufnahme Interviewpartner	70
10.7. Interviewleitfaden.....	71
10.7.1. Interviewleitfaden Behördenmitglied	71
10.7.2. Interviewleitfaden Amtsbeistandschaft	72
10.8. Codierliste	73

Abkürzungsverzeichnis

ES	Erwachsenenschutz
ESB	Erwachsenenschutzbehörde
ESR	Erwachsenenschutzrecht
IASSW	International Association of Schools of Social Work (Internationale Vereinigung der Schulen der Sozialen Arbeit)
IFSW	International Federation of Social Workers (Internationale Vereinigung der SozialarbeiterInnen)
KESB	Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde
KESR	Kindes- und Erwachsenenschutzrecht
KS	Kindesschutz
UNO	United Nations Organisation (Organisation der Vereinigten Nationen)
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch

1. Einleitung

1.1. Allgemeine Einleitung

Was bedeutet Ihnen Ihre Selbstbestimmung? Wie wichtig ist es für Sie, dass Sie selbständig Entscheidungen für Ihr Leben treffen können? Dass Sie über die Verwaltung Ihres Geldes bestimmen können? Entscheiden können, welchen Beruf Sie ausüben? Wie Sie Ihre Freizeit gestalten? Mit welchen Personen Sie Zeit verbringen?

Bei der Beantwortung dieser Fragen werden viele zur Erkenntnis gelangen, dass die Selbstbestimmung in unserem Leben einen enorm wichtigen Stellenwert einnimmt. Im neuen Erwachsenenschutzrecht, das am 1.1.2013 in Kraft getreten ist, stellt die Förderung der Selbstbestimmung ein wichtiges Revisionsziel dar (Häfeli, 2013a, 299-300).

In Artikel 388 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (ZGB) wird als Zweck von erwachsenenschutzrechtlichen Massnahmen die Sicherstellung des Schutzes und Wohles der betroffenen Personen aufgeführt. Bereits hier wird im zweiten Abschnitt die grösstmögliche Förderung und Erhaltung der Selbstbestimmung der betroffenen Personen genannt.

Ein zentrales Revisionsanliegen des neuen Rechtes, das zu mehr Selbstbestimmung beitragen soll, ist das Ersetzen der drei Massnahmenformen Beistandschaft, Beiratschaft und Vormundschaft durch die Einheitsmassnahme Beistandschaft. Diese kann unterschiedlich nach den Bedürfnissen der betroffenen Person ausgestaltet und auf sie zugeschnitten werden. Des Weiteren haben Personen neu die Möglichkeit, neben der Patientenverfügung, in einem Vorsorgeauftrag festzuhalten, wer sie im Falle ihrer Urteilsunfähigkeit rechtlich vertreten und ihre Personen- oder Vermögenssorge übernehmen kann. Nicht zuletzt haben im neuen Recht die Ehepartnerinnen und -partner und die eingetragenen Partnerinnen und Partner das gesetzliche Vertretungsrecht, wenn sie mit ihrer urteilsunfähigen Partnerin oder ihrem urteilsunfähigen Partner zusammenleben oder dieser beziehungsweise diesem regelmässig persönlichen Beistand leisten und kein Vorsorgeauftrag besteht. Dies trägt zur Stärkung der Familiensolidarität und Ermöglichung des Subsidiaritätsprinzips bei (Häfeli, 2013a, 299-307).

In dieser Forschungsarbeit wird untersucht, wie die Förderung der Selbstbestimmung in der Massnahmeerrichtung und Mandatsführung umgesetzt wird. Die Professionellen haben sowohl den Auftrag, den Schutz der betroffenen Person sicherzustellen, als auch zur Förderung ihrer Selbstbestimmung beizutragen. Dies stellt einen herausfordernden Balanceakt dar.

Zusätzlich wird bei der Untersuchung der Gewährung von Selbstbestimmung der Fokus auf das Zusammenspiel zwischen der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) und den mandatsführenden Diensten gelegt. Wie die Zusammenarbeit gestaltet wird und welchen Einfluss die KESB und die mandatsführenden Dienste auf die Arbeit des anderen nehmen können, sind zentrale Fragen, mit denen sich diese Arbeit auseinandersetzt.

1.2. Themenwahl und Bildung der Forschungsgruppe

Das neue Erwachsenenschutzrecht stellt einen interessanten und wichtigen Forschungsbereich dar. Nachdem das Vormundschaftsrecht vom Erwachsenenschutzrecht abgelöst wurde, gilt es in der Praxis zu erörtern, wie dieses umgesetzt wird und sich in der Praxis bewährt.

Im Frühling 2014, bei der Wahl des Bachelorarbeitsthemas, suchten Peter Voll, Dorothea Köppel und Julia Emprechtinger interessierte Studierende für die Teilnahme an ihrem Forschungsprojekt. Ein Jahr zuvor wurde eine erste Forschungsgruppe gebildet, die sich bei mehreren Behörden in der Schweiz mit der Umsetzung des neuen Rechtes, insbesondere der Strukturen der Behörden und der Zusammenarbeit zwischen Behörden und Sozialdiensten, auseinandersetzte. Um die Forschung im neuen Erwachsenenschutzrecht weiterzuführen, sollte eine zweite Forschungsgruppe gebildet werden.

Für das Forschungsprojekt meldeten sich Sascha Kuonen, Birgit Kreuzer, Jennifer Zeiter und Sarah Studer. Während die allgemeinen Teile der Arbeit gemeinsam verfasst wurden, hatte jede und jeder Studierende die Möglichkeit, eine eigene Forschung bei jeweils einer anderen Behörde durchzuführen und diese in die Bachelorarbeit zu integrieren. Damit die Forschungsergebnisse vergleichbar sind und zur Publizierung eines Fachartikels verwendet werden können, wurde ein einheitliches Forschungsvorgehen angestrebt. In regelmässigen Abständen trafen sich die Studierenden mit den Begleitdozierenden zum Austausch und zur Planung des weiteren Vorgehens.

1.3. Fragestellung

Zu Beginn des Forschungsprojektes lautete die von den Begleitdozierenden vorgeschlagene Fragestellung wie folgt:

- Welche Typen der Beistandschaft werden verfügt und wie werden sie begründet?
- Welche Rolle spielen die Sozialdienste bei Gefährdungsmeldungen, Abklärung und Formulierung der Mandate?
- Wie werden die Aufträge von den BerufsbeiständInnen / SozialarbeiterInnen verstanden und umgesetzt? Wie kontrollieren die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden die Arbeit der Sozialdienste?
- Wie lässt sich die Beziehung zwischen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden und Sozialdiensten beschreiben? Ergeben sich Spannungen aus dem Auftrags- und Kontrollverhältnis und wenn ja, welche?
- Wie hängen die Beziehung zwischen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden und Sozialdiensten mit der kantonal sehr unterschiedlichen Behördenstruktur zusammen?

Bei den Fragen der ersten Fragestellung stand die Zusammenarbeit zwischen der KESB und den mandatsführenden Diensten im Vordergrund. Während der Einarbeitung in die Thematik kam von den Studierenden das Anliegen, zusätzlich die Förderung der Selbstbestimmung, die das neue Erwachsenenschutzrecht erfordert, in den Fokus der Forschung zu nehmen. Gemeinsam wurde die Fragestellung zu folgender Hauptfrage umgewandelt:

Wie wird das Prinzip der Klientenautonomie im Zusammenspiel zwischen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden und mandatsführenden Diensten umgesetzt?

Im Verlauf der Arbeit wurden zu der Hauptfrage mehrere Unterfragen gebildet, die die Studierenden bei ihrer Forschungsarbeit verfolgten. Diese werden näher im Kapitel 4.1 ‚Bildung der Forschungsfragen‘ ausgeführt.

1.4. Bezug zur Sozialen Arbeit

Viele Sozialarbeitende sind in ihrer Praxis mit dem neuen Erwachsenenschutzrecht konfrontiert. Direkt vom neuen Erwachsenenschutzrecht betroffen sind Sozialarbeitende von Amtsbeistandschaften und Sozialdiensten, die für die Abklärung und Führung von Erwachsenenschutzmassnahmen zuständig sind. Ebenso Sozialarbeitende, die in der KESB als Behördenmitglied tätig sind und die Disziplin Soziale Arbeit vertreten. Diese führen je nach Behördenmodell eigene Abklärungen durch, sind bei Entscheiden zu Massnahmeerrichtungen im Spruchkörper beteiligt und kontrollieren die Mandatsführung.

Des Weiteren haben viele Sozialarbeitende beziehungsweise Sozialpädagogen in ihrer Arbeit mit verbeiständeten Personen Kontakt. Wie zum Beispiel Sozialpädagoginnen, die verbeiständete Personen in einem betreuten Wohnen begleiten.

Unabhängig vom Erwachsenenschutzrecht ist die Thematik ‚Förderung der Selbstbestimmung‘ für Sozialarbeitende relevant. In der Sozialen Arbeit wird das Prinzip ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘ verfolgt. Sozialarbeitende sehen in ihrem Auftrag, Klientinnen und Klienten zu ermächtigen, ihr Leben

wieder selbständig zu führen. Dies zeigt auch der Berufskodex, der bei den Grundwerten der Sozialen Arbeit unter anderem den Grundsatz der Selbstbestimmung, den Grundsatz der Partizipation und den Grundsatz der Ermächtigung aufführt (Avenir Social, online, 2010).

In dieser Arbeit wird untersucht, welchen Einfluss die Mandatstragenden auf die Abklärung und Massnahmeerrichtung nehmen können, wie die Mandatstragenden die Förderung der Selbstbestimmung in der Praxis handhaben und wie sie die Zusammenarbeit mit den verbeiständeten Personen gestalten. In Bezug auf die Behördenmitglieder wird untersucht, wie sie die betroffenen Personen in die Entscheidvorbereitung miteinbeziehen, wie sie den Entscheid zur Massnahmeerrichtung treffen und wie sie die Mandatsführung kontrollieren.

1.5. Aufbau der Arbeit

In Kapitel 1, in der allgemeinen Einleitung, wird das Forschungsthema erläutert. Anschliessend werden die Bildung der Forschungsgruppe, die Themenwahl und die Fragestellung beschrieben. Am Schluss wird der Bezug des Forschungsthemas zur Sozialen Arbeit thematisiert und der Aufbau der Arbeit dargelegt.

In Kapitel 2 wird, nach der Beschreibung der rechtlichen Entwicklung vom alten Vormundschaftsrecht zum neuen Erwachsenenschutzrecht, der Forschungsgegenstand und das Forschungsumfeld vorgestellt. Das Kapitel wird mit dem Stand der aktuellen Forschung vervollständigt.

In Kapitel 3 werden die Theorien, mit denen sich die Studierenden auseinandergesetzt haben, aufgeführt. Es werden vier normative und fünf analytische Theorien beschrieben. Zu Beginn werden die rechtlichen Aspekte des neuen Erwachsenenschutzrechts dargestellt. Anschliessend folgen Theoriekapitel zu den Themen Selbstbestimmung, Menschenrechte und Doppel- und Tripelmandat. Bei den analytischen Theorien werden nach der Vorstellung der Rechtssoziologie, die Theorie der rationalen Wahl und das Modell der soziologischen Erklärung präsentiert. Des Weiteren werden die Theorien des interpretativen Paradigmas und des symbolischen Interaktionismus aufgeführt und auf das Thema Macht eingegangen. Zum Schluss wird die Sozialarbeit im Pflichtkontext thematisiert.

Nach der Ausführung der Theorien werden in Kapitel 4 das Forschungsdesign und dessen Wahl begründet. Anschliessend werden die ausgewählten Forschungs- und Auswertungsmethoden erläutert. Das Kapitel wird komplettiert mit der Thematisierung der ethischen Aspekte, Risiken und Grenzen dieser Forschung.

In Kapitel 5 wird das untersuchte Feld erörtert. Nach der Beschreibung des Modells der Behörde werden die zwei untersuchten Klientenfälle und die Interviewpartner vorgestellt.

In Kapitel 6 werden die Forschungsergebnisse präsentiert.

Kapitel 7 enthält die Synthese mit der Beantwortung der Forschungsfragen und die Verknüpfung der Forschungsergebnisse mit der Theorie.

In Kapitel 8 folgen die Schlussfolgerung mit der persönlichen Stellungnahme sowie die Erläuterung der Grenzen der durchgeführten Forschung und der weiterführenden Fragestellungen. Den Schluss bildet die Beschreibung der Konsequenzen der Forschungsergebnisse für die Soziale Arbeit.

Die beiden letzten Kapitel enthalten das Literatur- und Abbildungsverzeichnis und den Anhang.

2. Forschungsgegenstand

2.1. Forschungsbereich (Birgit Kreuzer)¹

Der Forschungsbereich wird beschrieben mit Ausführungen zur Entwicklung des alten Vormundschaftswesens und neuen Erwachsenenschutzrechts. Es folgt die Beschreibung des Forschungsgegenstands und des Forschungsumfelds. Den Abschluss bildet die Darstellung des aktuellen Forschungsstands.

2.1.1. Entwicklungen im alten Vormundschaftswesen

Gemäss Voll (2013, N3) kam das Instrument der Vormundschaft zu Beginn der Neuzeit lediglich in reichen Familien zur Verwaltung und Bewahrung des Familienvermögens zum Einsatz. Dies geschah oftmals, um nach dem Tod des Vaters bei Wiederheirat der Mutter das Familienvermögen zu sichern. Der sich zunehmend von Familienverband und Kirche distanzierende Staat beanspruchte zwar bei der Bestimmung des Vormunds Mitsprache, griff sonst jedoch kaum in familiäre Belangen ein.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts übernahm das Vormundschaftsrecht zunehmend eine „Disziplinierungs- und Überwachungsfunktion“ (Voll, 2013, N5) unter Einbezug von Zivilrecht, Sozialer Arbeit und sozialmedizinischer Prävention und zielte vor allem auf eine Neuordnung der durch die Industrialisierung als geschädigt wahrgenommene Unterschicht. Dieser Wechsel vom Fokus der Wahrung des Familienvermögens auf die Kontrolle der Lebensführung Vermögensloser ermöglichte durch die Koppelung an vermögensgefährdendes Verhalten oder Schwächezustände den Eingriff des Staates „in die individuelle Lebensführung aufgrund alltagsmoralischer Erwägungen“ (Voll, 2013, N6). Unerwünschtes Verhalten konnte so von staatlichen Institutionen, Familienangehörigen und Privatpersonen sanktioniert werden. Die Ursache hierfür sieht Voll in einem neuen Konzept des Kinder- und Jugendschutzes als Antwort auf soziale Probleme „unehelicher, ausgesetzter oder verdingter Arbeiter(innen)kinder“ (Voll, 2013, N8). So fungiert der Kinderschutz zu diesem Zeitpunkt als ein „Organ der Überwachung und Disziplinierung der Eltern im Sinne der Erziehungsideale der Zeit“ (Voll, 2013, N8). Seit den 60er-Jahren sind ein stärkerer Einfluss der Menschenrechte und eine Flexibilisierung der Massnahmen und Instrumente im Zuge der begonnenen Revision des Vormundschaftsrechtes festzustellen.

2.1.1.1. Organisation der Behörden

Voll (2013, N16-17) verweist auf die im alten und neuen Recht föderalistische Tradition bei der Ausgestaltung der Behördenmodelle und die daraus resultierenden kantonalen Unterschiede. So präferieren die Deutschschweizerkantone Verwaltungsmodelle auf kommunaler, überkommunaler, regionaler Ebene oder Bezirksebene, wogegen in der französischsprachigen Schweiz Spezialgerichte oder den Bezirks- und Friedensgerichten angegliederte Behörden vorherrschten. Diese unterschiedlichen Typen führten zu Unterschieden betreffend Mitgliederzusammensetzung, Art und Zahl der Fälle und Verhalten in der Fallführung. So ist beispielsweise in kommunalen Behörden ein Mangel an fachlichem Hintergrund in den Kernkompetenzen Recht und Soziale Arbeit festzustellen. Auch verweist Voll (2013, ebd.) auf die geringen Fallzahlen kleiner Gemeinden und den Zusammenhang zwischen niedrigen Fallzahlen und restriktiven Massnahmenentscheiden. Zudem sind in kleinen Gemeinden vermehrt lückenhafte Dossiers auffällig. Die im neuen Gesetz vorgeschriebene Fachbehörde soll gewisse Minimalanforderungen sicherstellen, wobei der Diskussionsprozess hinsichtlich der Konstitution dieser Fachbehörden nach Volls Einschätzung noch nicht abgeschlossen ist.

¹ Im Rahmen des kollektiven Bachelorarbeitsprojektes werden Texte von anderen Studierenden übernommen. Diese werden namentlich gekennzeichnet. Geringfügige vorgenommene Änderungen an den Texten der anderen Studierenden werden nicht näher deklariert.

2.1.1.2. Organisation der professionellen Mandatstragenden

Die Entwicklung von Amtsvormundschaften sieht Voll (2013, N19) eng verknüpft mit der obengenannten Entwicklung des Kindesschutzes von der familiären Vermögenssicherung zum staatlichen Kontrollorgan über die Lebensführung, was Familienangehörige als Vormund ausschliesst. Ein weiterer Grund für die Zunahme von Amtsvormundschaften liegt seines Erachtens in der steigenden Anzahl von Massnahmen, welche durch private Vormunde nicht gedeckt werden konnten. Seit den 90er-Jahren wurden Mandate entweder Privatpersonen aus dem Umfeld oder Sozialdiensten übertragen. Mit diesem integrierten Modell wird die Errichtung einer Beistandschaft zu einer zusätzlichen Unterstützungsmassnahme und vermeidet den Wechsel in ein anderes Helfersystem. Hierin sieht Voll (2013, N21) sowohl Vor- als auch Nachteile. Organisatorisch muss sich der Amtsvormund als Mandatsträger vor der Behörde verantworten, ist personell, administrativ und prozedural jedoch der Amtsleitung unterstellt, woraus sich eine Mitverantwortung der Amtsleitung für die Mandatsführung, aber auch ein durch die fachliche Stärkung der Behörde erhöhtes Konfliktpotential ergibt.

2.1.1.3. Klientinnen und Klienten

Da „eine fallorientierte Statistik der vormundschaftlichen Massnahmen in der Schweiz nach wie vor fehlt, fehlen auch verlässliche Angaben zur Zusammensetzung der Klientel der Erwachsenen- und Kindesschutzbehörden“ (Voll, 2013, N24). Anhand der aggregierten KOKES-Statistik können dennoch einige Rückschlüsse auf die Entwicklung in den Kantonen sowie alters- und geschlechtsspezifische Besonderheiten gezogen werden. Problematisch erscheinen jedoch die Datenlage und die mit den verschiedenen Vormundschaftsregimes verbundenen Unterschiede, welche keine allgemeingültigen Aussagen zulassen. Jedoch zeigt sich ein Zusammenhang zwischen sozialer Situation der Betroffenen und Anzahl und Invasivität der Massnahmen. Ob die ungünstige soziale Situation eines Bevormundeten nun aber eine Schutzmassnahme rechtfertigt oder auf bestehende Stigmatisierung durch das System hinweist, bleibt ungeklärt. Hierbei erweist sich letzteres als besonders problematisch, da soziale Stigmatisierungen „zu einem grossen Teil auch von den Behörden übernommen und in den Datenbanken zum Ausdruck gebracht und damit verstärkt werden“ (Voll, 2013, N24).

2.1.1.4. Professionelle und professionelles Handeln

Ähnlich problematisch zeigt sich die Datenlage offenbar bei der Erfassung des fachlichen Hintergrundes der beteiligten Akteure, welche gemäss Voll (2013, N26) ebenfalls noch nicht systematisch erfasst wurden. Jedoch lassen sich Daten aus Studien des Kindesschutzes teils auf den Erwachsenenschutz übertragen. Auch wurden Daten anhand Titel-, Berufs- und Funktionsbezeichnungen rekonstruiert, was sich jedoch aufgrund unterschiedlicher Praxis (Bedeutung des Titels kantonale unterschiedlich) als schwierig erweist.

Professionelles Handeln ist für die beteiligten Akteure gekennzeichnet als Handeln unter Risiko, da Massnahmenentscheide aufgrund von Vermutungen und Erwartungen getroffen werden, um eine Person vor einer potentiellen Gefahr zu schützen. Diese potentielle Gefahr wird durch den Entscheid umgewandelt in ein Risiko für den Entscheidungsträger, welches jedoch zwischen den Systemen Recht (Rahmen) und Soziale Arbeit (Ausgestaltung und Risikokontrolle) aufgeteilt wird. Voll (2013, N28) differenziert die drei Strategien Vermeidung, Diffusion und Kontrolle zum Umgang der Sozialen Arbeit mit diesem, als starr zu empfindenden, rechtlichen Rahmen.

Sachgerechte Strategien sind vor allem von strukturellen Massnahmen zu erwarten. Hierbei muss die Dynamik zwischen Behörde und Mandat vor allem zum Zweck der Information und Kontrolle genutzt werden, weshalb die Umsetzung der Art 391 Abs.1 ZGB, Art 400 Abs. 3 ZGB sowie Art. 411 Abs. 1 und 2 ZGB zentral sind.

2.1.2. Entwicklung des neuen Erwachsenenschutzrechts

Der Revisionsbedarf des alten Schweizerischen Vormundschaftsrechts ergibt sich gemäss Häfeli (2013b, 6) aus der allgemeinen Rechtsentwicklung in Europa (Europäische Menschenrechtskonvention, Revisionen des Vormundschaftsrechtes in Deutschland, Österreich und Belgien). Es waren starke regionale Unterschiede in der Rechtsauslegung zu beobachten. Zudem spielten gesellschaftliche Entwicklungen, wie veränderte Bedürfnisse der Betroffenen, neue gesellschaftliche Werthaltungen, ein kritischer Umgang mit Selbst- und Fremdbestimmung sowie der Umgang mit persönlicher Freiheit und Diskriminierung durch stigmatisierende Begriffe eine wesentliche Rolle. So war es mehrheitliche Lehrmeinung, „dass das Vormundschaftsrecht teils oder ganz revisionsbedürftig sei“ (Häfeli, 2013b, ebd.).

Zur besseren Einordnung sei hier die juristische Entwicklung des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts kurz skizziert: Diese begann 1995 mit der Verfassung eines Grundlagenberichtes einer Expertengruppe, bestehend aus Christof Häfeli, Bernhard Schnyder und Martin Stettler. Darauf folgte 1998 unter dem Auftrag des Bundesamtes für Justiz ein entsprechender Vorentwurf. Auf dieser Basis erarbeitete eine weitere Expertenkommission, bestehend aus den wissenschaftlichen Fachrichtungen Rechtswissenschaft, Sozialarbeit, Psychiatrie und allen massgebenden Akteuren und Praxisfeldern des Vormundschaftswesens einen weiteren Vorentwurf. Das Vernehmlassungsverfahren wurde 2003 eröffnet, eine Gesamtrevision von Kantonen und Parteien mehrheitlich befürwortet. Abgelehnt wurde der Entwurf von den Kantonen Appenzell Innerrhoden, St. Gallen, Wallis, Zug und Zürich und der Schweizerischen Volkspartei (SVP). Die Kantone Appenzell Innerrhoden, St. Gallen, Wallis, Zürich und Bern forderten eine gründliche Überarbeitung. Der in Folge von Verwaltung und Mitgliedern der Expertenkommission überarbeitete Vorentwurf wurde als Botschaft und Gesetzesentwurf 2006 vom Bundesrat beim Parlament eingereicht.

Auf alle Änderungen zum Vorentwurf kann hier nicht im Einzelnen eingegangen werden. Im Hinblick auf die Soziale Arbeit und die Themenwahl der vorliegenden Arbeit erscheinen jedoch zwei Punkte zentral. Hierzu bemerkt Häfeli (2013b, 20): „Die Gewährleistung der Menschenwürde wird über die Erhaltung und Förderung der Selbstbestimmung kodifiziert“, (...) „neu wird das Verhältnismässigkeitsprinzip ausdrücklich normiert“. Folgt man seinen Ausführungen weiter, so fällt zwar die Ausgestaltung der Behörde als Gericht oder Verwaltungsbehörde in die Entscheidungskompetenz der Kantone, jedoch muss diese gemäss Botschaft interdisziplinär zusammengesetzt sein.

Entsprechende Vorlage wurde 2008 von Stände- und Nationalrat nach Differenzbereinigungsverfahren angenommen und 2009 publiziert. Das Inkrafttreten des Erwachsenenschutzrechtes am 1. Januar 2013 stellte nach der ersten Teilrevision (Adoptionsrecht, Kindesrecht und Eherecht) den vorläufigen Schlusspunkt der Totalrevision des Schweizer Familienrechts dar.

„Die Errichtung der neuen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden, die Bezeichnung der Aufsichtsbehörde(n) und Rechtsmittelinstanz(en) sowie die Neuregelung des Verfahrens auf der Basis der bundesrechtlichen Vorgaben war nun Aufgabe der Kantone“ (Häfeli, 2013b, 22). Trotz der in Folge entstandenen unterschiedlichen Modelle hebt Häfeli die Übereinstimmung in der Zusammensetzung des Spruchkörpers der Behörde aus den Disziplinen Recht und Soziale Arbeit hervor, wogegen die dritte Disziplin unterschiedlich besetzt ist. In der Deutschschweiz setzten sich vor allem Verwaltungsmodelle durch, in der Westschweiz fand eine Anpassung der dort üblichen Gerichtsmodelle statt. Als Spezialfall nennt Häfeli den Kanton Aargau, in dem am Bezirksgericht eine familiengerichtliche Abteilung errichtet wurde. Die angestrebte Regionalisierung als Folge der Professionalisierung wurde, wenn auch nicht in allen Kantonen, so weitgehend umgesetzt, was in einer Reduzierung von 1500 auf 150 Behörden sichtbar ist.

Praktische Unterstützung erhielten Fachpersonen durch eine von der KOKES initiierte Weiterbildungsoffensive für neue Behördenmitglieder sowie in Form einer 2012 erschienen Praxisanleitung für die Kantone bei der Umsetzung des neuen Rechtes.

Zentraler Leitgedanke des totalrevidierten Familienrechts ist das Wohl des Schwachen. Hier sieht Häfeli ausdrücklich den Zusammenhang zur „Respektierung der Menschenwürde, die vom unverfügbaren Eigenwert jeder menschlichen Person ausgeht und ihren Ausdruck in der Selbstbestimmung der Person findet“ (Häfeli, 2013b, 25). So ist die Menschenwürde über die in Art 388 Abs. 1 ZGB benannte „Sicherstellung von Wohl und Schutz der hilfsbedürftigen Person“ (Häfeli, 2013b, 25) indirekt verankert.

Dem Wohl des Schwachen als Leitgedanke nachgeordnet sind für Häfeli (2013b, 26) der Schutz der Familie und die Sicherheit Dritter sowie die Rechtssicherheit. Zudem bestanden folgende weitere Revisionsziele:

- Förderung der Selbstbestimmung durch den Vorsorgeauftrag und die Patientenverfügung
- Stärkung der Familiensolidarität mittels des Vertretungsrechts für Ehegatten und eingetragene Partner
- Verbesserung des Schutzes von urteilsunfähigen Personen in stationären Einrichtungen
- Schaffung der Einheitsmassnahme der Beistandschaft
- Verstärkung des Rechtsschutzes und die Regelung der Behandlung von fürsorgerisch untergebrachten Personen
- Schaffung interdisziplinär zusammengesetzter KESB

2.2. Forschungsgegenstand (Sascha Kuonen)

Gegenstand dieser Bachelorarbeit bildete die Umsetzung des neuen Erwachsenenschutzrechts (ESR) und insbesondere die Umsetzung des Leitgedankens der Selbstbestimmung.

Die Konkretisierung dieses Leitgedankens zur Förderung der Selbstbestimmung äussert sich am deutlichsten bei der eigenen Vorsorge, aber nicht ausschliesslich. Nach Art. 388 Abs. 2 ZGB werden Mandatstragende dazu angehalten, die Selbstbestimmung der betroffenen Personen, soweit wie es möglich ist, zu erhalten und zu fördern. Und auch die Bestimmungen zur Führung einer Beistandschaft in Art. 405-414 ZGB „zeugen von der Ernsthaftigkeit des Gesetzgebers, die Selbstbestimmung verbeiständeter Personen zu respektieren und zu fördern (Häfeli, 2013a, 307)“. Weiter wurde das Massnahmensystem überarbeitet. Im neuen ESR gibt es statt der altrechtlichen Formen der Beistandschaft, der Beiratschaft und der Vormundschaft nur mehr die Einheitsmassnahme der Beistandschaft. Die Beistandschaft soll auf den jeweiligen Einzelfall massgeschneidert werden. Sind die Voraussetzungen für die Errichtung einer Beistandschaft gegeben, erfolgt die Massschneidung und Verfügung der Beistandschaft durch die KESB. Auch die Schaffung der KESB war Bestandteil der Revision des ESR.

Konkret sollte die Umsetzung des Leitgedankens der Selbstbestimmung anhand zweier Fallstudien betrachtet werden.

Die Studierenden der Forschungsgruppe forschten bei verschiedenen KESB. Jedes Mitglied wählte eine KESB. Pro KESB wurden zwei Fälle beziehungsweise zwei Beistandschaften analysiert. Dabei interessierte sich die Forschungsgruppe sowohl für den Prozess der Massnahmeerrichtung aufseiten der KESB als auch für den Prozess der Mandatsführung aufseiten der mandatsführenden Dienste. Deshalb wurden zum jeweiligen Fall das fallführende Behördenmitglied sowie der Mandatsträger befragt. Die Einbindung der Klienten schloss die Forschungsgruppe aus.

2.3. Forschungsumfeld (Sascha Kuonen)

Die Forschungsgruppe beschloss, KESB in den deutschsprachigen Kantonen der Schweiz für die Forschung auszuwählen. Diese Entscheidung basiert auf der gewählten Forschungsmethode und deren Umsetzung. Schliesslich mussten die Studierenden mit den Behördenmitgliedern und den Mandatstragenden Interviews führen.

Da die Auswirkungen unterschiedlicher Behördenmodelle auf die Gewährung von Selbstbestimmung untersucht werden sollten, wurden die unterschiedlichen Strukturmodelle in den deutschsprachigen Kantonen betrachtet. Eigentlich sollten zwei Kantone mit unterschiedlichen Behördenmodellen für die Forschung ausgewählt werden. Und in den jeweiligen Kantonen sollten wiederum zwei verschiedene KESB gewählt werden. Aufgrund der schwierigen Suche nach Behörden, die zur Teilnahme an der Forschung bereit waren, veränderte die Forschungsgruppe ihre Strategie. Anstatt zwei Kantone einander gegenüber zu stellen, sollten zwei unterschiedliche Modelle verglichen werden. Zwei Studierende erforschten KESB mit einem integrierten Berufsbeistandschaftsbereich, zwei Studierende KESB ohne Berufsbeistandschaftsbereich. Letztere Studierende dehnten die Forschung auf polyvalente Sozialdienste aus, welche von den KESB mit der Führung von Mandaten betraut werden.

Weitere Ausführungen zum Forschungsumfeld sind in Unterkapitel 4.1.3. ‚Auswahl der KESB und der Fälle‘ zu finden.

2.4. Stand der Forschung (Birgit Kreuzer)

Seit Inkrafttreten des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechtes (KESR) am 01.01.2013 liegen offenbar bislang noch wenige Forschungsergebnisse vor.

Eine Studierendengruppe der Hochschule für Soziale Arbeit in Siders befasste sich unter der Leitung von Peter Voll 2013/2014 mit der Umsetzung des revidierten Erwachsenenschutzrechtes. Den Schwerpunkt der qualitativen Untersuchung bildeten die strukturelle Organisation der Behörden und deren Einfluss auf die Zusammenarbeit mit den mandatsführenden Sozialdiensten. Im Ergebnis wurde der grosse Gestaltungsspielraum der Kantone beim Aufbau der Behörden sichtbar, welcher zu grossen strukturellen Unterschieden der untersuchten KESB führte. Als Folge dieser Entwicklung zeigte sich der Einfluss der verschiedenen Organisationsstrukturen auf die Zusammenarbeit mit den Sozialen Diensten, welche mit der Mandatsführung beauftragt sind.

Die Fachzeitschrift Sozial Aktuell widmete dem Thema neues Kindes- und Erwachsenenschutzrecht eine Ausgabe im Januar 2014. Hier lassen sich einige Hinweise auf die Komplexität der Entscheidungsfindung und Veränderungen in der Mandatsführung finden. Zudem geben einige Interviews mit Sozialarbeiterinnen und Behördenmitgliedern Aufschluss über die aktuelle Entwicklung. In seinem Beitrag benennt Häfeli (2014, 11) fünf Erfolgs- und Risikofaktoren:

- Mehr Selbstbestimmung als Prüfstein
- Professionalität durch Interdisziplinarität
- Aufgabenteilung und neues Verhältnis zwischen KESB und Berufsbeistandschaften
- Verhältnis von KESB und Gemeinden
- Bewährungsprobe des materiellen Rechts

Positiv bewertet wird die nahezu perfekte gesetzliche Grundlage zur Verwirklichung von mehr Selbstbestimmung, die Reduktion der Anzahl der Behörden, die klare Rollenteilung zwischen KESB und Mandatstragenden sowie die Stärkung von Rechtmässigkeit und Professionalität durch eine interdisziplinäre Perspektive. Jedoch sind auch ein gespanntes Verhältnis zwischen Gemeinden und Behörden und Schwierigkeiten in der Umstellungsphase, welche mit teils hoher Personalfuktuation verbunden sind, festzustellen. Neben der kurzen Zeitspanne, in der die Erfahrungen mit dem neuen Recht untersucht werden konnten, scheint auch die mangelnde Auskunftsbereitschaft von Behördenmitgliedern der Sozialen Arbeit ein Grund für die noch karge

Forschungslandschaft zu sein. Häfeli führt dies auf ein unklares Selbstverständnis in der Zusammenarbeit mit anderen Disziplinen, mangelnde Kritikfähigkeit und fehlende positive Streitkultur zurück.

Vor diesem Hintergrund erhofft sich die Forschungsgruppe aufschlussreiche Ergebnisse der qualitativen Untersuchung. Um trotz dieser ersten gefundenen Erfahrungen und in den Arbeitssitzungen diskutierten Vermutungen eine möglichst ergebnisoffene Forschungsarbeit durchzuführen, wurde auf die Fixierung von Hypothesen bewusst gänzlich verzichtet.²

² Vgl. Kapitel 4

3. Theorie

3.1. Theoriwahl und Schlüsselbegriffe (Birgit Kreuzer)

Die Suche nach geeigneten Theorien erfolgte im Rahmen des Austauschs in der Forschungsgruppe. Folgende Schlüsselbegriffe erscheinen bei der Auswahl der Theorien in Verbindung mit der Fragestellung zentral:

- Erwachsenenschutzrecht
- Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde
- Selbstbestimmung
- Mandatsführung
- Entscheidvorbereitung
- Zusammenarbeit
- Kontrolle

Neben den im Studium erarbeiteten Konzepten der Studierenden spielte der fachliche Input der Begleitdozierenden eine wesentliche Rolle. So werden zur Verknüpfung von Fragestellung und Forschungsergebnissen neben Konzepten der Sozialen Arbeit auch soziologische Theorien und gesetzliche Grundlagen herangezogen. Zum einen sollen normative Konzepte zum Erwachsenenschutz, zur Selbstbestimmung, zu den Menschenrechten und zum Tripelmandat beschrieben werden. Die Forschungsgruppe erwartet sich in diesem Bereich Hinweise auf die Handlungsmotive der beteiligten Akteure im Rahmen von Entscheidfindung, Mandatsführung und Zusammenarbeit. Zum anderen werden im Rahmen der Synthese und Auswertung der Forschungsergebnisse geeignete analytische Theorien herangezogen.

Die einzelnen Theorien wurden von den Studierenden einzeln erarbeitet und in der Forschungsgruppe diskutiert. Die Autorinnen und Autoren der jeweiligen Abschnitte sind in Kapitel 3.2 und 3.3 jeweils namentlich benannt.

3.2. Normative Konzepte

3.2.1. Neues Erwachsenenschutzrecht und Leitgedanke der Selbstbestimmung (Sascha Kuonen)

Im Rahmen dieser Bachelorarbeit werden die Auswirkungen der Revision des ESR auf die Selbstbestimmung verbeiständeter Personen untersucht. Es wird analysiert, wie Behördenmitglieder der KESB und Mandatstragende mit den verbeiständeten Personen umgehen und inwieweit dabei der Leitgedanke der Selbstbestimmung berücksichtigt wird. Um einen Überblick über das revidierte ESR zu vermitteln, werden in diesem Kapitel wesentliche Punkte des neuen Rechtes aufgegriffen. Das letzte Unterkapitel dieses Kapitels ist dem Leitgedanken der Selbstbestimmung und dessen Umsetzung gewidmet.

Das neue ESR trat am 1. Januar 2013 in Kraft. Es ist Bestandteil des Familienrechtes und umfasst Art. 360-456 ZGB.

Das revidierte ESR zeichnet sich durch folgende Hauptmerkmale aus (Bundesrat, 2006, 7011-7024): die Förderung des Selbstbestimmungsrechts, die Stärkung der Familiensolidarität, der bessere Schutz von urteilsunfähigen Personen in stationären Einrichtungen, die im Einzelfall massgeschneiderte Massnahme der Beistandschaft, die Professionalisierung der KESB sowie die direkte Staatshaftung.

3.2.1.1. Eigene Vorsorge (Art. 360-373 ZGB) und Massnahmen von Gesetzes wegen (Art. 374-387 ZGB)

Die eigene Vorsorge und die Massnahmen von Gesetzes wegen sind im neuen Recht den behördlichen Massnahmen vorangestellt. Der Leitgedanke der Selbstbestimmung äussert sich also bereits in der Systematik des neuen ESR.

- **Eigene Vorsorge (Art. 360-373 ZGB):**

Handlungsfähige Erwachsene können mittels den beiden Rechtsinstituten, dem Vorsorgeauftrag und der Patientenverfügung, für den Fall einer später einmal eintretenden Urteilsunfähigkeit vorsorgen.

Mit dem Vorsorgeauftrag kann die handlungsfähige Person jemanden beauftragen, sie im Falle einer Urteilsunfähigkeit in der Personensorge, der Vermögenssorge und/oder im Rechtsverkehr zu vertreten (Art. 360-369 ZGB).

In der Patientenverfügung kann die handlungsfähige Person festhalten, welche medizinischen Massnahmen im Falle einer Urteilsunfähigkeit durchgeführt werden sollen und/oder welche natürliche Person sie in diesen Entscheidungen vertreten soll (Art. 370-373 ZGB).

- **Massnahmen von Gesetzes wegen (Art. 374-387 ZGB):**

Neben den Bestimmungen zur eigenen Vorsorge können auch noch die Massnahmen von Gesetzes wegen vor den behördlichen Massnahmen zum Tragen kommen. Bei den Massnahmen von Gesetzes wegen handelt es sich um gesetzliche Regelungen weiterer Vertretungsverhältnisse. Im neuen ESR ist festgehalten worden, dass eine urteilsunfähig gewordene Person durch den Ehegatten oder die eingetragene Partnerin vertreten werden kann (Art. 374-376 ZGB). Das Vertretungsrecht des Partners erstreckt sich jedoch nur über Rechtshandlungen, die zur Deckung des Lebensunterhaltes erforderlich sind und über die Verwaltung des Einkommens und anderer Vermögenswerte (Häfeli, 2013a, 303-307).

Die Vertretung von urteilsunfähigen Personen bei medizinischen Massnahmen ist auch im neuen Recht geregelt (Art. 377-381 ZGB). Eine siebenstufige Kaskade gibt vor, wer die Vertretung bei medizinischen Massnahmen übernehmen darf.

Weiter soll der Schutz von urteilsunfähigen Personen in stationären Einrichtungen verbessert werden (Art. 382-387 ZGB). Neu müssen ein Betreuungsvertrag abgeschlossen und bewegungseinschränkende Massnahmen geregelt werden.

3.2.1.2. Behördliche Massnahmen (Art. 388-439 ZGB)

Zu den behördlichen Massnahmen gehören die Einheitsmassnahme Beistandschaft und die fürsorgliche Unterbringung.

- **Allgemeine Grundsätze (Art. 388-389 ZGB):**

Vor den Bestimmungen zu den behördlichen Massnahmen wird zuerst der Zweck dieser Massnahmen dargelegt und auf das Subsidiaritäts- und Verhältnismässigkeitsprinzip eingegangen. Die Massnahmen müssen das Wohl und den Schutz der betroffenen Person sicherstellen sowie die Selbstbestimmung jener Person erhalten und auch fördern. Massnahmen kommen subsidiär zum Tragen und müssen verhältnismässig sein.

- **Beistandschaft (Art. 390-425 ZGB):**

Ergibt sich aus einer geistigen Behinderung, einer psychischen Störung oder eines ähnlichen in der Person liegenden Schwächezustandes eine Hilfs- und Schutzbedürftigkeit und kann die Person aufgrund jener Bedürftigkeit gewisse Aufgaben nicht mehr erledigen, sind die konkreten Voraussetzungen für die Errichtung einer Beistandschaft erfüllt.

Die KESB ist dann angehalten, die Aufgabenbereiche der Mandatstragenden in Bezugnahme auf die Bedürfnisse der betroffenen Person zu umschreiben. Als Aufgabenbereiche werden im Gesetz die Personensorge, die Vermögenssorge und der Rechtsverkehr vorgegeben. Weiter kann die KESB auch die Handlungsfähigkeit der betroffenen Person beschränken. Schliesslich geht es darum, eine auf den Einzelfall massgeschneiderte Massnahme auszugestalten. Um das zu erreichen, stehen verschiedene Formen der Beistandschaft zur Verfügung: die Begleit-, die Vertretungs- und die Mitwirkungsbeistandschaft sowie die umfassende Beistandschaft. Die ersten drei Formen lassen sich miteinander kombinieren.

Als Beistand muss eine natürliche Person eingesetzt werden. Es wird vorausgesetzt, dass diese Person sowohl persönlich als auch fachlich geeignet ist und über die nötigen zeitlichen Ressourcen verfügt. Mit der Führung von Mandaten werden auch weiterhin berufliche und private Beistände betraut.

- **Fürsorgerische Unterbringung (Art. 426-439 ZGB):**

Die KESB oder von den Kantonen bestimmte Ärzte können eine Person, die an einer psychischen Störung leidet, geistig behindert oder schwer verwahrlost ist, in einer geeigneten Einrichtung unterbringen. Voraussetzung dafür ist, dass die Behandlung oder Betreuung nicht auf andere Art und Weise sichergestellt werden kann. Während der Zeit der Unterbringung muss die Erforderlichkeit der Unterbringung in regelmässigen Abständen überprüft werden. Zu den Neuerungen zählen weiter die Festlegung der Behandlung in einem Behandlungsplan und der weitere Ausbau des Rechtsschutzes der betroffenen Person.

3.2.1.3. Organisation (Art. 440-456 ZGB)

Bei der KESB handelt es sich um eine interdisziplinäre Fachbehörde. Entscheide werden in der Regel in Dreiergremien gefällt, wobei die Mitglieder dieses Spruchkörpers die Kernkompetenzen Recht, Sozialarbeit und Psychologie/Pädagogik vertreten sollten (Häfeli, 2013a, 319-321). Die weitere Ausgestaltung der Behörden oblag jedoch den Kantonen. Die Kantone konnten bestimmen, ob die KESB als Verwaltungsbehörden oder Gerichte, auf kantonaler oder kommunaler Ebene organisiert werden sollten. Und auch die Einzugsgebiete und die Aufsichtsbehörden wurden von den Kantonen festgelegt.

Zu den Aufgabenbereichen der KESB zählen die nicht Massnahme gebundenen Aufgaben, die Anordnung, Änderung und Aufhebung von behördlichen Massnahmen, die Mitwirkung bei ausgewählten Rechtsgeschäften und die Aufsicht, Steuerung und Qualitätssicherung (Häfeli, 2010, 18).

3.2.1.4. Leitgedanke der Selbstbestimmung und dessen Umsetzung

Im Kapitel 3.2.2. ‚Selbstbestimmung‘ wird der Begriff der Selbstbestimmung definiert.

Die Selbstbestimmung wird in der Botschaft des Bundesrates zum neuen ESR als zentrales Revisionsziel beschrieben. Primär ist damit die eigene Vorsorge, die mittels des Vorsorgeauftrages und der Patientenverfügung gewährleistet werden soll, gemeint. Doch auch in Bezug auf die behördlichen Massnahmen wird der Selbstbestimmung der schutzbedürftigen Person Rechnung getragen – auf behördlicher Ebene und in der Mandatsführung (Rosch, 2015, 215-225).

Mit dem Vorsorgeauftrag und der Patientenverfügung kann die Person über die eigene Vorsorge bestimmen (Rosch, ebd.). Wenn die Person den Auftrag präzise beschreibt, handelt es sich um eine reine Form der Selbstbestimmung. Gibt sie gewisse Entscheidungskompetenzen an die vertretungsberechtigte Person ab, wird von selbstbestimmter Fremdbestimmung gesprochen. Die Massnahmen von Gesetzes wegen begründen eine hypothetische Selbstbestimmung. Die vertretungsberechtigte Person nimmt an, was die urteilsunfähige Person wollen würde und handelt dementsprechend. Wo die eigene Vorsorge und die Massnahmen von Gesetzes wegen nicht ausreichen, muss über die Errichtung einer behördlichen Massnahme befunden werden.

Diese muss subsidiär zu anderen Interventionsmöglichkeiten und verhältnismässig sein. Zudem soll die Massnahme massgeschneidert werden. Im Rahmen behördlicher Massnahmen wird von Fremdbestimmung mit Selbstbestimmungselementen gesprochen.

Mehrere Bestimmungen zur Führung der Beistandschaft zeugen von der Ernsthaftigkeit des Gesetzgebers, dem Revisionsziel Folge zu leisten (Häfeli, 2010, 18). So soll die Selbstbestimmung der betroffenen Person so weit wie möglich erhalten und gefördert werden. Dazu soll der Mandatsträger, soweit tunlich, auf die Meinung der betroffenen Person Rücksicht nehmen, ihren Willen achten und sie das Leben nach ihren Wünschen und Vorstellungen gestalten lassen. Weiter kann die betroffene Person, auch wenn die Handlungsfähigkeit entzogen worden ist, im Rahmen des Personenrechts Rechte und Pflichten begründen und höchstpersönliche Rechte ausüben. Der betroffenen Person werden auch angemessene Beiträge aus deren Vermögen zur freien Verfügung gestellt und die Rechnungsführung erklärt. Soweit tunlich, wird die betroffene Person auch bei der Erstellung des Berichtes beigezogen.

3.2.2. Selbstbestimmung

Da in dieser Forschungsarbeit die Förderung der Selbstbestimmung in der Massnahmeerrichtung und Mandatsführung untersucht wird, gilt es nach der Darlegung der rechtlichen Aspekte im vorliegenden Kapitel zu klären, was unter Selbstbestimmung und Autonomie verstanden wird. Im ersten Unterkapitel werden die Definitionen dieser beiden Begrifflichkeiten ausgeführt.

In einem weiteren Unterkapitel wird auf die Bedeutung der Selbstbestimmung eingegangen. Anhand der Forschungsergebnisse von Deci und den Erkenntnissen aus der früheren Fürsorge werden Gründe für die Berücksichtigung der Selbstbestimmung erläutert.

Im letzten Unterkapitel wird die Partizipation thematisiert. Es werden die sechs Partizipationsstufen, die von Seiten der Professionellen veranlasst werden können, aufgezeigt. Diese veranschaulichen, wie unterschiedlich Personen in Entscheidungen miteinbezogen werden können. Dieses Unterkapitel ist für die vorliegende Arbeit relevant, da untersucht wird, wie die betroffenen Personen und deren Selbstbestimmung von den Behördenmitgliedern und Mandatstragenden bei den Entscheidungen miteinbezogen beziehungsweise berücksichtigt werden.

3.2.2.1. Begriffe Selbstbestimmung und Autonomie

Peter Bieri (2011, 7-8) definiert Selbstbestimmung als die Möglichkeit, ohne äusseren Zwang über sein Leben zu bestimmen, um in Einklang mit seinen Gedanken, Gefühlen und Wünschen zu leben. Neben der Selbstbestimmung ist ein weiterer wichtiger Begriff, der oftmals damit verknüpft oder gleichgesetzt wird, die Autonomie. Für viele Menschen gehört zur Selbstbestimmung, autonom beziehungsweise selbständig zu sein und ihr Leben selber gestalten zu können.

Der Begriff Autonomie stammt vom griechischen „autonomia“ und bedeutet Selbstgesetzgebung. Es war ursprünglich ein Begriff aus der Politik, der die Unabhängigkeit von selbstgesetzgebenden, politischen Gemeinschaften bezeichnete. Kant, von dem die bekannteste Definition der Autonomie stammt, übertrug diesen Begriff auf den Menschen, indem er ihn als selbstgesetzgeberisch sieht. Kant definiert Autonomie als Willenseigenschaft des Menschen (Zoglauer, 2010, 11-12). Für Kant sind Menschen Verstandswesen, die fähig sind, unabhängig ihrer Neigungen, sich für sie vernünftige Dinge zu entscheiden, wenn sie ihren Willen einsetzen (Kant, zitiert in Zoglauer, 2010, 12). Dabei entscheiden sie sich für Handlungen kausal, wenn sie ihre Handlung aufgrund der Analysierung von Naturgesetzen bestimmen oder rational, wenn sie Bezug auf Sitten- und Vernunftgesetze nehmen. Nach Zoglauer schliesst Kant daraus, „dass der Mensch als Vernunftwesen gar nicht anders kann, als seine Handlungen «unter der Idee der Freiheit» zu denken“ (Zoglauer, 2010, 12).

Autonomie und Selbstbestimmung sind aber nicht grenzenlos. Während die Willensfreiheit durch kausale Bestimmungen beschränkt werden kann, kann die Handlungsfreiheit, wie bei der Beistandschaft, durch den Eingriff des Staates verringert werden. Dieser Eingriff des Staates zum Wohle einer Person oder Gemeinschaft ist auch bekannt unter dem Begriff Paternalismus (Zoglauer, 2010, 11-23).

3.2.2.2. Bedeutung der Selbstbestimmung

Deci fand in seinen Forschungen zu intrinsischer und extrinsischer Motivation heraus, welchen wichtigen Einfluss die Selbstbestimmung auf unsere Motivation hat. Unter einer intrinsisch motivierten Person wird eine Person verstanden, die eine Handlung von sich aus wahrnimmt, ohne dass sie durch einen äusseren Faktor dazu bewogen wird. Eine extrinsisch motivierte Person hingegen wird durch einen äusseren Faktor, wie Belohnung oder Zwang, zu einer Handlung motiviert (Deci, 1980, 30-31).

Bei seinen Forschungen stellte Deci fest, dass Personen intrinsisch motiviert werden können, je mehr Selbstbestimmung ihnen ermöglicht wird. Dies kann in Form von Kontrollreduktion oder Ermöglichung von Entscheidungsfreiräumen geschehen. Auch die Wertschätzung nimmt nach Ryan und Deci einen positiven Einfluss auf die intrinsische Motivation (Deci, 1980, 35-38).

Diese Forschungsergebnisse zeigen auf, dass die Berücksichtigung der Selbstbestimmung einen wichtigen Einfluss auf die Motivation hat. Wenn verbeiständete Personen für eine effektive Zusammenarbeit motiviert werden sollen, ist es relevant, sie in Entscheidungen miteinzubeziehen und ihnen in der Zusammenarbeit Selbstbestimmung zu ermöglichen.

Auch Rieger und Strassburger (2014, 42-43) betonen die Relevanz der Selbstbestimmung im Hinblick auf die frühere Fürsorge. In der früheren Fürsorge wurde das Ziel verfolgt, zur Stabilität der Gesellschaft beizutragen. Personen, die nicht in das gesellschaftliche System passten, wurden zur Anpassung gezwungen. Diese Bevormundung führte oftmals zu einer Verstärkung der Abhängigkeit und zur Auslösung eines Hilflosigkeitsgefühls.

Dies veranschaulicht, dass die Förderung der Selbstbestimmung auch relevant ist, um ein dauerhaftes Abhängigkeitsverhältnis zu vermeiden und mit den verbeiständeten Personen auf die grösstmögliche Selbstständigkeit oder spätere Ablösung der Beistandschaft hinzuarbeiten.

3.2.2.3. Partizipation zur Ermöglichung von Selbstbestimmung

Der Begriff Partizipation stammt vom lateinischen „participatio“ und bedeutet Teilnahme (Autrata und Scheu, 2013, 11). Strassburger und Rieger (2014, 230) verstehen darunter, dass Personen die Möglichkeit besitzen, an Entscheidungen, die sie betreffen, mitzuwirken und darauf Einfluss zu nehmen.

Da Partizipation graduell ist und unterschiedlich ausgeprägt sein kann, erklären Strassburger und Rieger (2014, 12) die unterschiedlichen Formen der Partizipation anhand eines selbstentwickelten Modells, der Partizipationspyramide.

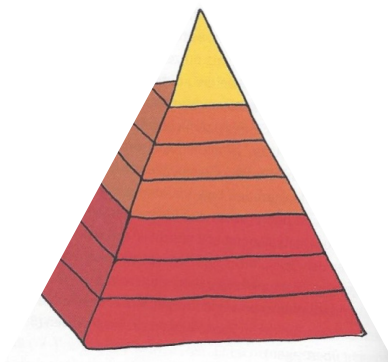


Abb. 1: Partizipationspyramide nach Strassburger und Rieger (2014, 28)

Strassburger und Rieger (2014, 15-22) unterscheiden bei der Partizipationspyramide vertikal zwischen den verschiedenen Partizipationsstufen und horizontal, ob eine Partizipation seitens der Professionellen, wie zum Beispiel der Gemeinde oder den Sozialarbeitenden, oder seitens der Bürger und Bürgerinnen, ausgeht. In den folgenden Abschnitten werden die Partizipationsstufen seitens der Professionellen von Strassburger und Rieger (2014, 24-26) aufgeführt.

- **Information**

Die erste Partizipationsstufe stellt die Information dar. Personen werden über einen Entscheid, in den sie nicht miteinbezogen wurden, informiert. Diese Transparenz ermöglicht es den Betroffenen, sich mit der kommenden Situation zu arrangieren oder sich allenfalls gegen den Entscheid zu wehren.

- **Erfragung der Meinung**

In der zweiten Partizipationsstufe wird die Meinung der Betroffenen zum vorliegenden Entscheid erfragt. Sie haben die Möglichkeit, ihre Einschätzung abzugeben, wobei die Professionellen entscheiden, ob diese Einschätzung bei ihrem Entscheid berücksichtigt wird.

- **Einholen der Lebensweltexpertise**

Die dritte Partizipationsstufe kommt vor allem bei der Gemeinwesenarbeit vor. Hier werden geeignete Personen eines soziokulturellen Raumes als Vertretung ausgewählt, die die Fachkräfte als Experten ihrer Lebenswelt beraten. Die Entscheidung wird nach der Beratung von den Professionellen getroffen.

Die ersten drei aufgeführten Stufen stellen die Vorstufen der Partizipation dar. Bei allen drei Stufen kommen die Fachkräfte mit den Betroffenen in Kontakt. Obwohl die Betroffenen miteinbezogen werden, haben sie keinen direkten Einfluss auf Entscheidungen. Die Professionellen bestimmen, ob die Einschätzungen der Betroffenen bei ihrem Entscheid berücksichtigt werden (Strassburger und Rieger, 2014, 24).

Die folgenden drei Stufen sind nach Strassburger und Rieger (2014, 25-26) die eigentlichen Stufen der Partizipation, da die Betroffenen einen direkten Einfluss auf die Entscheide nehmen können:

- **Zulassung von Mitbestimmung**

Bei der vierten Partizipationsstufe dürfen die Betroffenen mitbestimmen. Professionelle und Betroffene sprechen sich ab und treffen gemeinsam eine Entscheidung.

- **Teilweise Übertragung von Entscheidungskompetenzen**

Bei der fünften Partizipationsstufe erhalten die Betroffenen in gewissen Bereichen die Entscheidungsmacht und können in den entsprechenden Bereichen selbständig über den Sachverhalt entscheiden.

- **Übertragung der Entscheidungsmacht**

Die Partizipationsstufe „Entscheidung“ ist die höchste Stufe, die seitens der Professionellen veranlasst werden kann. Die Betroffenen erhalten die volle Entscheidungsmacht. Sie bestimmen selbständig über den Sachverhalt und können von den Professionellen bei ihrer Entscheidungsfindung begleitet und unterstützt werden.

Die Partizipationsstufen von Strassburger und Rieger erlauben es zu veranschaulichen, dass Personen unterschiedlich stark bei Entscheidungen miteinbezogen werden können. Die Stufen können bei der vorliegenden Forschungsarbeit als Hilfsmittel dienen, um zu messen, wie die Selbstbestimmung der betroffenen Personen bei der Massnahmeerrichtung und Mandatsführung berücksichtigt wurde.

Zudem kann eine Parallele zu den erwachsenenschutzrechtlichen Massnahmen gezogen werden. Im neuen Gesetz gibt es die Massschneidung der Massnahmen. Wie bei den Partizipationsstufen wird bei der Massschneidung eine Differenzierung vorgenommen. Aufgrund der Bedürfnisse der betroffenen Person kann entschieden werden, in welchen Bereichen sie mehr Unterstützung benötigt und ihre Handlungsfähigkeit eingeschränkt wird und in welchen Bereichen ihr weiterhin die Entscheidungsmacht überlassen werden kann.

3.2.3. Menschenrechte (Jennifer Zeiter)

An dieser Stelle wird näher auf das normative Konzept der Menschenrechte eingegangen. Einerseits wird die Entstehung sowie die Definition der Menschenrechte thematisiert. Andererseits verbindet dieses Kapitel Parallelen zwischen dem Konzept der Menschenrechte und der Profession Sozialer Arbeit. Die professionelle Begleitung und Unterstützung erwachsener Personen, welche unter einer Beistandschaft stehen, geschieht unter dem Aspekt der Menschenwürde. Die Menschenwürde und die Menschenrechte sind eng miteinander verknüpft.

3.2.3.1. Entstehung der Menschenrechte

Laut Kälin, Müller und Wyttenbach entstanden die Vorläufer der heutigen Menschenrechte während der Aufklärungszeit im 18. Jahrhundert. Es handelt sich dabei um das Konzept der „Virginia Bill of Rights“ (1776) in Nordamerika und um die Menschen- und Bürgerrechtserklärung (1789) in Frankreich. Dennoch hatten die Menschenrechte im 18. und 19. Jahrhundert innerhalb der Staaten keine Relevanz. Zu dieser Zeit unterstanden die Menschen der absoluten Staatssouveränität. Nach Ende des zweiten Weltkrieges kam es zu einem Umdenken und man erkannte, dass die Menschen auch durch Ungerechtigkeiten innerhalb des Staates geschützt sein sollen. Als Quantensprung der modernen Menschenrechtsbewegung gilt die Charta der Vereinten Nationen des Jahres 1945. Die Charta trat in der Schweiz am 10. September 2002 in Kraft (Amnesty International Schweiz, 2014, online).

Die Menschenrechte wurden in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR) noch ausführlicher festgelegt, als zuvor bei der Charta der Vereinten Nationen. Die AEMR wurde im Dezember 1948 durch die Generalversammlung der UNO³ verabschiedet und bildet die Basis des modernen Menschenrechtsschutzes (Humanrights Schweiz, 2014, online).

Auf der Grundlage der AEMR entstanden der Bürgerrechts- und der Sozialpakt. Im Bürgerrechtspakt wird konkreter als zuvor in der AEMR auf bürgerliche und politische Rechte eingegangen. Der Sozialpakt enthält wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Diese Pakte waren die ersten beiden Menschenrechtskonventionen der Vereinten Nationen (Humanrights Schweiz, 2012, online).

Damit Staaten die Umsetzung der Menschenrechte gewährleisten können, benötigt es einerseits gute bis ideale Rahmenbedingungen in der jeweiligen Politik und andererseits Verständnis und Wissen über die einzelnen Menschenrechte. In diesem Zusammenhang spricht man auch von Menschenrechtsbildung (Humanrights, 2012, online).

3.2.3.2. Mandat Sozialer Arbeit in Verbindung mit den Menschenrechten

Im Sinne dieser Menschenrechtsbildung hat die UNO 1994 einen Leitfaden für die Profession der Sozialen Arbeit herausgegeben. Das UN Manual fordert in Zusammenarbeit mit der IFSW sowie der IASSW, Studierende, Dozierende, Professionelle und Forschende im Bereich der Sozialen Arbeit auf, sich Wissen bezüglich der Menschenrechte anzueignen (Centre for Human Rights, 1994, online, pdf).

Silvia Staub-Bernasconi fordert, dass die Soziale Arbeit sich hin zu einer Menschenrechtsprofession entwickelt (2003, 17-54). Dazu hält sie in einem Artikel der Zeitschrift

³ Organisation der Vereinten Nationen

Sozial Aktuell die Bedeutung der Menschenrechte für das Mandat, die Theorie und die Praxis der Sozialen Arbeit fest (2009, 10-14).

Sie bezeichnet die Adressaten Sozialer Arbeit als verletzbare Individuen. Die Verletzbarkeit sei darauf zurückzuführen, dass alle Menschen versuchen ihre biologischen, psychischen und sozialen Bedürfnisse optimal abzudecken. Um dieses optimale Ergebnis beziehungsweise dieses Wohlbefinden zu erreichen, sind alle Individuen direkt und indirekt auf andere Menschen angewiesen. Die Autorin beschreibt die Mitgliedschaft von Menschen an sozialen Systemen als universelle, soziale Abhängigkeit. Weiter stellen die Menschenrechte wichtige Quellen der Legitimation dar, um kollektive Forderungen an die Politik sowie Sozialpolitik zu formulieren (Staub-Bernasconi, 2009, 10-14).

In der Einleitung dieses Kapitels wurde beschrieben, dass der Aspekt der Menschenwürde eng mit den Menschenrechten verbunden ist. Im Zentrum des Erwachsenenschutzrechtes stehen, wie zuvor im Vormundschaftsrecht, das Wohl und der Schutz hilfsbedürftiger Menschen. Im neuen Erwachsenenschutzrecht kommt nun der Menschenwürde und der Selbstbestimmung eine wichtige Bedeutung zu. Die Revision des Vormundschaftsgesetzes dauerte etwa fünfzig Jahre (Noser und Rosch, 2013). Diese Revision wurde aufgrund soziopolitischer Veränderungen eingeläutet. Die Menschenwürde und die Selbstbestimmung spielen eine zentrale Rolle im neuen Erwachsenenschutzrecht.

Der Schweizerische Berufsverband für Sozialarbeitende gibt im Berufskodex vor, wie Sozialarbeitende in der Praxis handeln sollen. Der Berufskodex basiert auf den internationalen ethischen Prinzipien für die Soziale Arbeit des IFSW und der IASSW von 2004 und auf vielen internationalen Übereinkommen der UNO⁴. Grundlegend für den Kodex ist die leitende Idee, dass alle Menschen ein Anrecht auf die Befriedigung existentieller Bedürfnisse, auf Integrität und Integration in ein soziales Umfeld haben⁵ (Avenir Social, 2010, online). Folgende Grundsätze werden vom Berufsverband Avenir Social vertreten:

- Grundsatz der Gleichberechtigung
- Grundsatz der Selbstbestimmung
- Grundsatz der Partizipation
- Grundsatz der Integration
- Grundsatz der Ermächtigung

Der Berufskodex beschreibt, dass Soziale Arbeit einem dreifachen Mandat untersteht (Avenir Social, 2010, online). Zu diesem dreifachen Mandat, auch Tripelmandat genannt, wird im Kapitel 3.2.4 näher eingegangen.

Wir wollen die Forschungsergebnisse mit Hilfe der Theorie der Menschenrechte, Silvia Staub-Bernasconis Erläuterungen zur Menschenrechtsprofession und den Grundsätzen des Berufskodexes verbinden. Um dies zu erreichen, ist es von Vorteil, wenn wir darauf achten, in welchen Interviewaussagen von Menschenwürde die Rede ist.

3.2.4. Vom beruflichen Doppel- zum professionellen Tripelmandat (Birgit Kreuzer)

Im neuen Erwachsenenschutzrecht sind Sozialarbeitende als Mitglieder interdisziplinär zusammengesetzter Fachbehörden wesentlich an Massnahmenentscheiden beteiligt, steuern den Prozess als fallführende Behördenmitglieder und begleiten die Klienten als professionelle Beistände. Je nach ihrer Rolle im Prozess sind sie unterschiedlichen Mandaten unterstellt. Sie handeln im Spannungsfeld der Aufträge von KESB, Klienten und mandatsführenden Diensten.

Ausgehend von der Fragestellung, von welchen Gesichtspunkten sich die institutionellen Akteure im Verfahren leiten lassen, soll hier Staub-Bernasconis Konzept vom Doppel- und Tripelmandat

⁴ Vgl. Berufskodex nach Avenir Social, Bern, 2010.

⁵ Vgl. Berufskodex nach Avenir Social, Punkt 4: Leitidee und Menschenbild der Sozialen Arbeit, Bern, 2010

einfließen, nicht zuletzt, da es sich um ein eigenes normatives Konzept der Sozialen Arbeit handelt.

Die Sozialarbeitenden befinden sich bei Staub-Bernasconi (2007, 6) als Mandatstragende sowie beim Massnahmenentscheid einerseits im Spannungsfeld von Kontrolle und Schutz, andererseits zwischen Unterstützung der Klientel in deren Autonomie. Durch die Massschneiderung ergeben sich sowohl bei den Entscheiden als auch in der Mandatsführung grössere Spielräume. Entscheide und Massnahmen sowie Ausgestaltung der Mandatsführung müssen unter Umständen hinterfragt und fachlich neu begründet werden, da ein Rückgriff auf bekannte Routinen nicht immer möglich ist.

Im eng ausgelegten Doppelmandat genügt es nach Staub-Bernasconi (2007, 6), den sozial abweichenden Tatbeständen die jeweiligen gesellschaftlichen Normen, Gesetze und Methoden zuzuordnen. In einer breiten Auslegung fordert es nach „mehr Komplexität im Verständnis von Sachverhalten, wie im Handeln, nämlich Beziehungs- und Motivations-, ferner Verhandlungs-, Mediationskompetenz zwischen den Anliegen, Interessen und Rechten der Klientel sowie den Aufträgen, Interessen und Pflichtvorstellungen der Träger“ (Staub-Bernasconi, 2007, 6). Jedoch besteht die ständige Gefahr des Machtgefälles, was eine Benachteiligung der Klientel zur Folge hat.

Staub-Bernasconi ergänzt das Doppelmandat, das die Soziale Arbeit als Beruf charakterisiert, um ein drittes Mandat mit zwei Komponenten. Die erste Komponente besteht hierbei aus den wissenschaftlich fundierten Methoden, also den Handlungstheorien. Die zweite Komponente bildet der Ethikkodex mit seinem Bezug auf Menschenrechte und Gerechtigkeit. Mithilfe dieser ethische Leitlinien und regulativen Ideen sollen Situationen beurteilt und Entscheide getroffen werden.

Sozialarbeitende und vor allem Klienten könnten nach Ansicht der Forschungsgruppe von einer bewussten Gestaltung des Tripelmandates in der Berufspraxis profitieren. Inwieweit dieses Konzept Behördenmitgliedern und Beiständinnen bei Entscheiden und Mandatsführung zur Handlungsleitung dient, wird in Abhängigkeit von der Datenanalyse bei der Forschungssynthese aufgegriffen.

Zusammenfassend formuliert Staub-Bernasconi (2007, 7): „Wissenschaftsbasierung und Berufskodex verschaffen also der Sozialen Arbeit nicht nur die Basis für unabhängige Urteile über Situation, Probleme, deren Erklärung und Bewertung sowie über die Wahl von Vorgehensweisen, sondern zudem auch eine eigene, allgemeine Legitimations- und Mandatsbasis für eigenbestimmte, professionelle Aufträge. Sie muss bei gravierenden Problemen nicht unbedingt auf ein Mandat, einen Auftrag oder Vertrag warten, der ohnehin auf sich warten liesse.“

Das dritte Mandat bietet also einerseits eine Handlungsleitung innerhalb des Doppelmandates durch Wissenschaftsbasierung und Berufskodex und verhindert durch den Bezug auf die Menschenrechte ein potentiell Machtgefälle zwischen Professionellen und Klientel. Andererseits erklärt es Motivationsaspekte der Sozialarbeitenden für Entwicklungen im Erwachsenenschutzrecht, auch ohne politisches Mandat.

3.3. Analytische Theorien

3.3.1. Recht aus sozialwissenschaftlicher Perspektive (Jennifer Zeiter)

In diesem Kapitel wird näher auf die erklärende Theorie der Rechtssoziologie eingegangen. Die Rechtssoziologie setzt sich mit der wechselseitigen Abhängigkeit von Recht und dem Sozialleben von Menschen auseinander. Diese Theorie lässt sich gut mit dem Forschungsgegenstand des Erwachsenenschutzrechts und den damit verbundenen Auswirkungen auf das Sozialleben der verbeiständeten Personen (Autonomie) verbinden. Das Forschungsprojekt betrachtet das Recht vielmehr aus sozialwissenschaftlicher Perspektive, denn als Normensystem. Besonders interessant sind die Auswirkungen des Erwachsenenschutzrechts auf die sozialen Abläufe. Wie handeln

Individuen selbst? Wie handeln Personen gemeinsam? Wie beeinflussen sich Personen gegenseitig?

3.3.1.1. Geschichte der Rechtssoziologie

Montesquieu gilt als Vorläufer der Rechtssoziologie. Im Jahr 1748 erschien sein berühmtes Werk ‚De l'esprit des lois‘, in welchem er sich mit der wechselseitigen Abhängigkeit von Recht und Sozialleben auseinandergesetzt hat. Für Montesquieu ist die Durchsetzbarkeit eines Gesetzes von vielen sozialen Gegebenheiten und Gesellschaftstypen abhängig (Rehbinder, 1977, 37).

Die Soziologie ist aus einer eher rechtsfeindlichen Haltung heraus entstanden. Sie entstand um das Jahr 1900. Die ersten grösseren rechtssoziologischen Arbeiten erschienen unabhängig voneinander im deutschen Sprachraum durch Eugen Ehrlich, in Frankreich durch Emile Durkheim, in Schweden durch Axel Hägerström, in Russland durch Leo von Petrazycki und in den USA durch Roscoe Pound. Eugen Ehrlich, Max Weber und Karl N. Llewellyn werden als klassische Rechtssoziologen bezeichnet (Rehbinder, 1971, 21-46).

Es gibt einerseits juristisch orientierte und andererseits soziologisch orientierte Rechtssoziologen. Ziel der Rechtssoziologie für Soziologen soll sein, dass eine soziologische Theorie des Rechts entsteht. Diese Theorie betrachtet das Recht als einen kontrollierenden Mechanismus des Soziallebens und versucht Gesetzmässigkeiten bei der Entstehung von Recht herauszufiltern (Rehbinder, 1971, 2).

3.3.1.2. Gegenstand und Aufgabe der Rechtssoziologie in Verbindung mit dem Bachelorarbeitprojekt

In diesem Kapitel geht es um den Gegenstand und die Aufgaben der Rechtssoziologie. Die Rechtssoziologie gilt als eigenständiger Forschungsbereich und beschäftigt sich mit der Interpendenz von Recht und Sozialleben⁶. Die Rechtssoziologie untersucht, inwiefern rechtliche Grundsätze aus dem Sozialleben heraus entstanden sind und versteht somit das Recht als Ergebnis gesellschaftlicher Prozesse⁷ (Rehbinder, 1971, 1–18).

Der Gegenstand dieses Bachelorarbeitprojektes stellt das Erwachsenenschutzrecht in der Schweiz dar. An dieser Stelle wird erläutert, aus welchen Beweggründen damals das Vormundschaftsrecht und darauffolgend das Erwachsenenschutzrecht entstanden sind. Im oberen Abschnitt wurde beschrieben, dass rechtliche Grundlagen beziehungsweise Grundsätze auf das Sozialleben zurückzuführen sind. Aufgrund welcher gesellschaftlichen Dynamiken entstand das Vormundschaftsrecht im Jahr 1912? Welche weiteren gesellschaftlichen Prozesse begünstigten die Revision vom Vormundschaftsrecht hin zum Erwachsenenschutzrecht, welches im Jahr 2013 in Kraft trat?

In der Radiosendung „Doppelpunkt“ von DRS 1 (Schweizer Radio und Fernsehen, 2007, online) weist Pio Caroni, Professor für Rechtsgeschichte, darauf hin, dass das Recht in der Schweiz während mehreren Jahrhunderten zersplittert war. Jeder Kanton hatte ein eigenes Zivil- und Strafgesetz. Die damalige Gesellschaft war wenig mobil. Viele Menschen blieben an ein und demselben Ort. Daher brauchte die damalige Gesellschaft kein einheitliches Recht auf eidgenössischer Ebene. Im Verlauf des 19. Jahrhunderts, nach der politischen, sozialen und industriellen Revolution, wurde das Zivilgesetzbuch durch Eugen Huber vereinheitlicht. Die nun einheitliche Zivilgesetzgebung wurde 1907 vom schweizerischen Parlament angenommen und trat 1912 in Kraft.

Das Personen-, Familien-, Erb- und Sachenrecht ist für die gesamte Schweiz im ZGB geregelt. Das Erwachsenenschutzrecht ist Teil des Familienrechts und dieses wiederum bildet den zweiten Teil des ZGB. Damals hat man den Schutz von hilfsbedürftigen Personen für die gesamte Schweiz im

⁶ Vgl. auch diesen Gegenstand der Rechtssoziologie nach Rehbinder (1971, 1): Rechtssoziologie beschäftigt sich mit der wechselseitigen Abhängigkeit von Recht und Sozialleben.

⁷ Wird auch als genetische Rechtssoziologie bezeichnet.

Vormundschaftsrecht vereinheitlicht. Im Laufe der Zeit änderte sich die gesellschaftliche Ansicht darüber, welche Personen als schutz- beziehungsweise hilfsbedürftig gelten. Deshalb wurde das Vormundschaftsrecht grundlegend überarbeitet. Das Erwachsenenschutzrecht ist aufgrund soziopolitischer Veränderungen entstanden. Im Zentrum des heutigen Erwachsenenschutzrechtes stehen unter anderem die Aspekte der Selbstbestimmung und die Massschneidung der Massnahmen. Personen, welche unter einer erwachsenenschutzrechtlichen Massnahme stehen, sollen ein möglichst selbstbestimmtes Leben führen können. Weiter sollen die Massnahmen an die schutzbedürftige Person angepasst werden, damit diese optimal zu deren individuellen Bedürfnissen passen (Noser und Rosch, 2013, 14).

Des Weiteren begreift die Rechtssoziologie das Recht als Steuerung gesellschaftlichen Handelns⁸ und untersucht damit die Wirkung des Rechts auf das soziale Leben eines Individuums oder einer Gruppe von Personen (Rehbinder, 1971, 1–18).

In den Interviews wurden die Fachpersonen dazu befragt, welche Typen von Beistandschaften verfügt werden und wie diese von den Fachbehörden begründet werden. Interessant für das Projekt sind ebenfalls die Antworten der professionellen Beistände, wie sie ihre Mandatsarbeit jeweils begründen. Besonders relevant für diese Forschung ist es, inwiefern die Selbstbestimmung der Verbeiständeten bei der Massnahmeerrichtung und Mandatsführung berücksichtigt wird.

Sozialarbeitende, die mit der Abklärung von Erwachsenenschutzmassnahmen beauftragt werden, nehmen vor der Errichtung einer Massnahme eine tragende Rolle ein. Diese Fachpersonen führen Abklärungen durch, welche Aufschluss darüber geben sollen, ob und inwiefern eine Person schutzbedürftig ist. Innerhalb dieser Abklärungen geben die Fachpersonen Empfehlungen ab. Das Forschungsprojekt untersucht der Einfluss dieser Fachpersonen auf das Verfahren.

Weiter wird untersucht, von welchen Gesichtspunkten sich die institutionellen Akteure in einem erwachsenenschutzrechtlichen Verfahren leiten lassen. Hat das vorliegende Recht, je nach Akteur, eher eine kontrollierende oder eine Autonomie gewährende Wirkung? Inwiefern werden die Klienten in die Entscheidvorbereitung miteinbezogen?

Sobald eine erwachsenenschutzrechtliche Massnahme verfügt worden ist, nehmen die Fachbehörden auch eine kontrollierende Funktion gegenüber den professionellen Beiständen ein. Die Erwachsenenschutzmassnahme wirkt auf das Sozialleben der Klienten ein. Das Projekt will herausfinden, in welchem Rahmen die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden die Respektierung der Klientenautonomie kontrollieren.

Die Rechtssoziologie untersucht nicht die geltenden Rechtsnormen⁹, sondern das lebende Recht¹⁰ (Rehbinder, 1977, 10). In diesem Zusammenhang sprechen Fachpersonen von der Dreidimensionalität des Rechts. Die Rechtswissenschaft wird erkenntnistheoretisch in die drei folgenden Ebenen unterteilt:

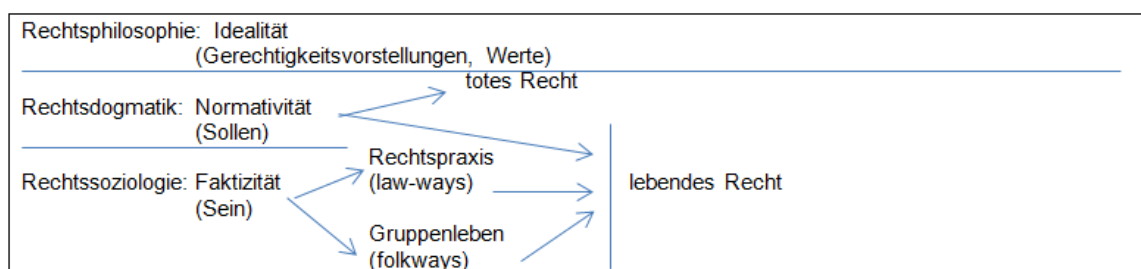


Abb. 2: Dreidimensionalität des Rechtes nach Rehbinders (1977, 10)

⁸ Wird auch als operationale Rechtssoziologie bezeichnet.

⁹ Wird auch ‚law in books‘ genannt.

¹⁰ Wird auch ‚law in action‘ genannt.

Das Projekt untersucht in Verbindung mit der Rechtssoziologie das lebende Recht. Nicht die Rechtsartikel des Erwachsenenschutzrechts selbst werden untersucht (Art. 360-456 ZGB). Es wird untersucht, wie die Gewährung der Selbstbestimmung, die das neue ERS vorgibt, in der Rechtspraxis umgesetzt wird.

3.3.2. Theorie der rationalen Wahl und Modell der soziologischen Erklärung (Sascha Kuonen)

3.3.2.1. Theorie der rationalen Wahl

Die Theorie der rationalen Wahl besagt, dass individuellen Handlungen rationale Entscheidungen vorausgehen und soziale Phänomene durch die individuellen Handlungen zu erklären sind (Diefenbach, 2009, 239). Aus diesen beiden Prämissen ergibt sich zugleich das Ziel der Theorie der rationalen Wahl, das darin besteht, eine Erklärung für auf individuellen Entscheidungen basierende, gesellschaftliche Phänomene zu liefern.

Bei der Theorie der rationalen Wahl handelt es sich um einen Sammelbegriff für verschiedene Ansätze einer Handlungstheorie (Braun, 2009, 395).

3.3.2.2. Modell der soziologischen Erklärung

Nachfolgend wird das Modell der soziologischen Erklärung nach Hartmut Esser erläutert. Das Modell der soziologischen Erklärung ist ein formales, der Theorie der rationalen Wahl zugrundeliegendes Erklärungsmodell. Mit dem Modell können soziale Prozesse aufgrund des Handelns in sozialen Situationen eingebundener Akteure erklärt werden (Esser, 1996, 91-93). Hierzu sind drei Schritte notwendig.

- **Logik der Situation:**

In einem ersten Schritt wird die soziale Situation, in der sich die Akteure befinden, rekonstruiert (Esser, 1996, 94). Dazu werden die vorherrschenden Bedingungen und die Handlungsalternativen betrachtet und diese dann mit den Erwartungen und Bewertungen der Akteure verknüpft. Mithilfe der Verknüpfungen werden so die Modelle und Vorstellungen der Akteure in der jeweiligen sozialen Situation deutlich.

- **Logik der Selektion:**

In einem zweiten Schritt wird das individuelle Handeln erklärt (Esser, 1996, 94-96). Die Akteure selektieren unter den gegebenen Bedingungen eine Handlungsalternative. Diese Selektion beruht auf der Werterwartungstheorie, die den handlungstheoretischen Kern des Erklärungsmodells bildet. Gemäss der Werterwartungstheorie entscheiden sich die Akteure für die Alternative, bei welcher der Wert der Nutzenerwartung am grössten ist. Der Wert der Nutzenerwartung ergibt sich aus dem Produkt des zu erwartenden Nutzens und dessen Eintrittswahrscheinlichkeit. Es lässt sich also festhalten, dass die Selektion sowohl von den objektiven Bedingungen als auch von den subjektiven Erwartungen und Bewertungen beeinflusst werden.

- **Logik der Aggregation:**

Im dritten Schritt des Erklärungsmodells wird eine Verbindung zwischen dem individuellen Handeln und den kollektiven Folgen hergestellt (Esser, 1996, 96-98). Diese Verbindung wird mittels der Aggregation beziehungsweise der Transformation hergestellt.

Esser (1996, 97) gelangt so über die Situationsanalyse auf der Makro-Ebene und die individuellen Handlungen auf der Mikro-Ebene wieder zurück zu den sozialen Phänomenen der Makro-Ebene. Darum handelt es sich um eine Makro-Mikro-Makro-Erklärung.

Das Modell der soziologischen Erklärung dient also dazu, Rückschlüsse auf die Ursachen sozialer Phänomene zu ziehen. Da im Rahmen der Bachelorarbeit auch versucht werden soll, soziale Phänomene zu erklären, sind die Theorie der rationalen Wahl und das Modell der soziologischen

Erklärung nach Hartmut Esser in die Arbeit integriert worden. Das Modell der soziologischen Erklärung kann dabei helfen, das Zustandekommen sozialer Phänomene, wie der Haltung gegenüber der Klientenautonomie, zu ergründen. Damit beispielsweise die Gewährung von Autonomie im Verlauf der Mandatsführung analysiert werden könnte, müssten Rückschlüsse auf das Handeln der verbeiständeten Person und des Mandatsträgers sowie auf das Setting gezogen werden.

Zudem bildet die Werterwartungstheorie als Kern des Erklärungsmodells einen wichtigen Anhaltspunkt, wenn es darum geht, nachzuvollziehen, weshalb sich Mandatstragende und Behördenmitglieder für die jeweiligen Handlungsoptionen entschieden haben. So könnte sich beispielsweise ein unter Zeitdruck stehender Mandatsträger für die Handlungsoption entscheiden, die am wenigsten Zeit beansprucht.

3.3.3. Interpretatives Paradigma und symbolischer Interaktionismus (Birgit Kreuzer)

Im Folgenden sollen die Grundzüge der Theorie des interpretativen Paradigmas sowie des symbolischen Interaktionismus dargestellt werden. Hierbei soll auf die inhaltliche Relevanz für die Forschungsfrage, die Eignung als Bezugstheorie der Sozialen Arbeit sowie die Begründung der Forschungsmethode besonders eingegangen werden.

3.3.3.1. Interpretatives Paradigma

Das Augenmerk soziologischen Interesses richtete sich nach Keller (2009, 18) von abstrakten Theorieentwürfen hin zu konkreten Alltagsbeobachtungen quasi ins Zentrum der Sozialen Arbeit und kann als ‚wissens-soziologische Wende‘ bezeichnet werden. Der Wechsel des Forschungsinteresses hin zu konkreten Situationsdeutungen handelnder Akteure erforderte auch einen veränderten methodischen Zugang. So entwickelten sich im Zuge dieser Strömung zunehmend qualitative Forschungsmethoden, welche komplexe Deutungsprozesse soziologisch greifbarer machten.

Aus dem theoretischen Kontext des interpretativen Paradigmas ergibt sich somit ein Aspekt der Methodenwahl des vorliegenden Forschungs- und Bachelorarbeitsprojektes.

Am besten greifbar erscheint das interpretative Paradigma in seiner Gegenüberstellung mit dem bis dahin in der Soziologie vorherrschenden normativen Paradigma. Keller (2009, 20) fasst darunter soziologische Ansätze zusammen, bei welchen sich die mit unterschiedlichen Dispositionen ausgestatteten Akteure an vorgegebenen Normen und Rollenerwartungen orientieren. Im Zentrum steht die Bezugnahme auf eine gewisse Rollenerwartung als spezifische Form der Norm. Abweichung oder Erfüllen dieser Norm ist dabei mit Sanktion oder Belohnung verbunden, die Norm ist „der eigentliche Motor des Geschehens“ (Keller, 2009, 21).

Im Gegensatz dazu werden mit dem interpretativen Paradigma „soziologische Ansätze, welche die Deutungsleistungen der handelnden und interagierenden Akteure betonen“ (Keller, 2009, 21) bezeichnet.

Der interpretative Ansatz geht davon aus, dass die Akteure nach einer gemeinsamen Situationswahrnehmung Art und Ablauf von Handlungen in einem aktiven Deutungsprozess begleiten. Rollen werden nicht nur passiv ausgeführt, sondern aktiv übernommen, was als ‚role-taking‘ bezeichnet wird. Ausgangspunkt ist „die Betonung des aktiven und kreativen menschlichen Zeichengebrauchs als Bestandteil der menschlichen Handlungsfähigkeit. Deuten und Handeln sind in konkreten Situationen und Interaktionen untrennbar ineinander verschlungen“ (Keller, 2009, 23). Handeln wird hierbei in der Tradition des Pragmatismus als situationsbezogene Problemlösung verstanden. Dabei resultiert Denken aus Handlungsirritationen. Situationen entstehen aus der Wahrnehmung unterschiedlicher Einstellungen, Motivationen und Bedingungen der Akteure.

Nun liegt dem neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrecht das Grundprinzip der Autonomie zugrunde und Sozialarbeitende fühlen sich neben dem rechtlichen Rahmen idealerweise dem

Berufskodex und Tripelmandat verpflichtet. Übertragen auf das vorliegende Forschungsthema bedeutet dies, dass die Handelnden eine gemeinsame Situationswahrnehmung aufbauen und ihre Rollen sowie die damit verbundenen Handlungen und Interaktionen in einem permanenten Deutungsprozess aktiv übernehmen und gestalten. Das interpretative Paradigma kann als verstehende Theorie zur Deutung spezieller Handlungsmuster und Situationsbeschreibungen im Prozess der Beziehungsgestaltung zwischen Behörden und mandatsführenden Diensten herangezogen werden.

Zudem lässt sich die Entstehung des revidierten Erwachsenenschutzrechtes mit der pragmatischen Handlungstheorie, welches Denken als Resultat von Handlungsirritationen versteht, erklären.

3.3.3.2. Symbolischer Interaktionismus

Gemäss Keller (2009, 45-71) geht der symbolische Interaktionismus auf die amerikanischen Soziologen Herbert Blumer und Everett Hughes zurück. Blumer, ein Schüler George Herbert Meads, prägte den Begriff des symbolischen Interaktionismus und dessen theoretische Grundlagen. Hughes interessierte sich als Forscher für die Beziehungen zwischen Institutionen und Organisationen als kollektive Akteure. Jedoch wurde die Theorie von vielen kreativen, pragmatisch orientierten Schülern dieser Soziologen weiterentwickelt. Der symbolische Interaktionismus interessiert sich dafür, „wie soziale Phänomene aus symbolisch vermittelten Interaktionen aufgebaut sind und welche Rolle dabei Deutungsprozesse der Beteiligten und die wechselseitige Abstimmung dieser Deutungsprozesse spielen“ (Keller, 2009, 46).

In der Tradition der pragmatischen Philosophen spielen auf der Ebene des kollektiven Handelns öffentliche Kommunikationsvorgänge eine ähnliche Rolle wie die vergleichbaren individuellen Denkprozesse auf der Ebene des Einzelhandelns. Jedoch wird hier das Gruppenhandeln dem Einzelhandeln nachgebildet.

Der symbolische Interaktionismus betont im Gegensatz dazu den Vorrang des gesellschaftlichen vor dem individuellen Bewusstsein. So kann sich eine Ich-Identität nur auf Grundlage einer gesellschaftlichen Kommunikationsgemeinschaft entwickeln. Voraussetzung für Kommunikationsfähigkeit ist die menschliche Kompetenz zum Gebrauch von Symbolen. Symbole werden dabei als Zeichen mit über sie selbst hinausweisender Bedeutung verstanden. Werden diese von mehreren Mitgliedern einer sozialen Gruppe verstanden, nennt man sie signifikante Symbole. Diese wiederum sind Voraussetzung für menschliche Denkfähigkeit und dafür verantwortlich, dass Menschen Rollen aktiv gestalten oder sich in die Rolle des Gegenübers hineinversetzen können. Im Gegensatz dazu sind Gesten im Tierreich reflexhafte, aufeinanderfolgende Reaktionen. Beim Menschen wird die Bedeutung der Gesten durch Interaktionszusammenhänge festgelegt. Im Zeitraum zwischen Reiz und Reaktion finden Denkprozesse statt. So wird beim Menschen aus der Geste ein signifikantes Symbol und Sprache. Der Gesamtkomplex dieser innerhalb sozialer Gruppen konventionalisierten Zeichen und Bedeutungen wird von Mead als Diskursuniversum bezeichnet, welches durch Interaktion produziert, reproduziert und verändert wird.

Der symbolische Interaktionismus untersucht zusammenfassend, „wie Individuen in Interaktionen und durch Symbolgebrauch die symbolische Ordnung ihrer Welt erzeugen. ‚Gesellschaft‘ ist demnach ein netzwerkartiges Gebilde von Interaktionen, in denen solche Ordnungen hergestellt, behauptet und verändert werden“ (Keller, 2009, 60).

Übertragen auf die vorliegende Forschungsarbeit bedeutet dies, dass auf Grundlage der analysierten Interviews und Dokumente untersucht werden kann, mit welchen Mitteln (Symbolgebrauch) Behördenmitglieder und Beistände (Individuen) ihre Zusammenarbeit (symbolische Ordnung ihrer Welt) gestalten.

3.3.4. Macht (Birgit Kreuzer)

Die vorliegende Forschungsarbeit untersucht die Umsetzung der Klientenautonomie im Zusammenspiel zwischen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde und mandatsführendem Dienst. Fassbind (2013, 17) geht bereits bei der Einführung des neuen Rechts in seinem Artikel in Sozial Aktuell von einem wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnis von Behörden und externen Abklärungsdiensten aus. Ein potentielles Spannungsverhältnis zwischen der KESB und den „ehemals allmächtigen Sozial- und Abklärungsdiensten, (...) welche die Entscheidungen den Vormundschaftsbehörden kraft Fachwissens und Erfahrungsvorsprungs praktisch diktiert haben, sind zu vermeiden, frühzeitig zu erkennen und zu beseitigen“ (Fassbind, 2013, 17). Ferner betont er die Wichtigkeit einer engen Zusammenarbeit im Sinne einer erweiterten Interdisziplinarität, da er in der KESB nur einen Teil der notwendigen Fachkompetenzen verortet.

So geht mit der Einführung des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechtes neben den von den Gemeinden als ehemalige Vormundschaftsbehörden beklagten Machtverlust offensichtliche ebenfalls ein Machtverlust der Sozialdienste einher.

Es gilt, Hinweise zu erhalten, ob mit dem neuen Recht das alte Machtgefälle aufgehoben wurde oder sich zu Gunsten der KESB verschoben hat. Ob und wie sich neue Machtstrukturen aus den zugewiesenen Rollen und Aufträgen ergeben, wie diese Veränderungen von den beteiligten Akteuren empfunden werden und welche Folgen dies für die Selbstbestimmung der Klienten hat, darüber können die Ergebnisse der Interviewanalysen Aufschluss geben.

In der Literatur findet sich eine Vielzahl an unterschiedlichen, teils umfassenden, philosophischen, politologischen und soziologischen Zugängen zum Machtbegriff. Da in vorliegender Forschungsarbeit ein ganz spezifischer Aspekt der Macht im Kontext der Organisationsstrukturen Sozialer Arbeit relevant ist, erscheint Staub-Bernasconis Machtmodell am ehesten hilfreich, zumal es sich um ein Modell der Sozialen Arbeit handelt.

Staub-Bernasconi (2014, 375ff) geht davon aus, dass Ungleichheit nicht zwingend Ungerechtigkeit bedeutet und unterscheidet daher Begrenzungs- und Behinderungsmacht. So liegen behindernde Machtstrukturen unter anderem dann vor, wenn „die Anordnung von Menschen (Verteilungsregeln für soziale Positionen in den verschiedenen sozialen Systemen) so geregelt wird, dass die Oberen (fast) nur Rechte haben und nahezu ausschliesslich selektionieren, entscheiden und befehlen, die Unteren (fast) ausschliesslich Pflichten haben, Aufträge ausführen und gehorchen (= Macht als Herrschafts- und Entmündigungsstruktur ohne Rückkoppelungsprozesse von unten nach oben)“ (Staub-Bernasconi, 2014, 376).

Im Gegensatz dazu spricht man von begrenzenden Machtstrukturen, wenn „die Anordnung von Menschen (Verteilungsregeln für soziale Positionen/Befehlschancen) so geregelt wird, dass je Position Pflichten und Rechte im Gleichgewicht sind; des weiteren wird eine allzu grosse Machtkonzentration durch informelle oder institutionalisierte Gewaltenteilung, demokratische Mitsprache und Kontrolle, eventuelle Ämterrotation, Absetzungsverfahren für die Machthaber durch die Basis, ein Rekurs- beziehungsweise Widerspruchsrecht sowie die Anrufung von unabhängigen Ombudsstellen verhindert. (= Macht als demokratisch strukturierte Hierarchie mit sich ausbalancierenden Top-down- und Bottom-up-Prozessen)“ (Staub-Bernasconi 2014, 376).

Nach erstem Anschein entsteht der Eindruck, dass es sich hier um eine Erklärung für politische Machtstrukturen handelt. Staub-Bernasconi betont jedoch ausdrücklich, dass die genannten Aspekte für die Überprüfung jeder Form von sozialen Systemen geeignet sind, also explizit auch für die Organisationen des Sozialwesens.

Dabei ist die Verfügung über Machtquellen eine Grundvoraussetzung, Behinderungsmacht entgegenzuwirken. Diese Machtquellen sind im Einzelnen:

- Physische Präsenz (Demonstrationen, Krankheit, Absentismus, Flucht, Hungerstreik)
- Ressourcenmacht (Bildungstitel, Einkommen, Kapital, etc.)
- Artikulationsmacht (Fähigkeit, über Kommunikation andere emotional, normativ oder kognitiv zu beeinflussen)
- Definitions- oder Modellmacht (symbolische, kognitive, ethische und rechtliche Wissens- und Bedeutungssysteme)
- Positionsmacht (Autorität durch Handlungskompetenzen)
- (In)formelle Organisationsmacht (Netzwerke, Mitgliedschaften, Berufsverbände etc.)

Idealerweise orientieren sich Sozialarbeitende im Umgang mit Machtquellen an den Werten und Zielen der Profession und nehmen damit Einfluss auf bestehendes Unrecht. Jedoch wird durch den Einsatz von Machtquellen nicht eine Veränderung der Machtstrukturen erreicht. Aspekte von Machtstrukturen werden in einem komplexen Prozess erst durch eine Veränderung oder Abschaffung der entsprechenden sozialen Regel beeinflusst.

Bei der Erforschung der Zusammenarbeit zwischen Behörden und mandatsführenden Diensten sind eventuell verschiedene Hinweise auf Machtquellen und deren Einsatz zu erwarten. Eventuell lassen sich auch Rückschlüsse ziehen, ob von den Akteuren die Machtstrukturen als solche bewusst wahrgenommen und differenziert werden.

3.3.5. Sozialarbeit im Pflichtkontext

Erwachsenenschutzmandate finden in einem verbindlichen Rahmen statt. Wenn sich eine betroffene Person oder Drittpersonen an die KESB wendet, prüft die Behörde den Sachverhalt. Unabhängig des Einverständnisses der betroffenen Person wird eine Beistandschaft errichtet, wenn der vorliegende Sachverhalt dies erfordert. Nach Art. 399 ZGB muss dieser verbindliche Rahmen wieder aufgehoben werden, wenn kein Grund beziehungsweise kein Schwächezustand mehr zur Fortführung der Massnahme besteht. Dies hat zur Folge, dass durch die Errichtung der Beistandschaft ein verbindlicher Rahmen entsteht, der für Personen, die die Hilfe nicht (mehr) in Anspruch nehmen möchten, als Zwangskontext wahrgenommen wird.

Da eine erwachsenenschutzrechtliche Massnahme einen verbindlichen Rahmen darstellt und von den verbeiständeten Personen als Zwangskontext wahrgenommen werden kann, wird in diesem Kapitel auf das Thema Zwangskontext eingegangen.

Im ersten Unterkapitel gilt es zu klären, was unter Zwangskontext verstanden wird.

In einem weiteren Unterkapitel wird auf die Motivation innerhalb des Zwangskontextes eingegangen. Wie bereits im Kapitel 3.2.1 ‚Bedeutung der Selbstbestimmung‘ ausgeführt sind der Einbezug der betroffenen Person und ihre Motivation relevant für eine effektive Zusammenarbeit. Im Kapitel wird thematisiert, wie unterschiedlich Personen motiviert sein können und was für Möglichkeiten die Professionellen haben, um einen Einfluss auf die Handlungen der Klientinnen zu nehmen.

Im nächsten Unterkapitel wird die Transparenz und Rollenklärung erläutert. Es werden Punkte aufgezeigt, die für eine gute Zusammenarbeit im Pflichtkontext zu beachten sind.

Das letzte Unterkapitel thematisiert die positiven Aspekte des Zwangskontextes. Wie bei der Erwachsenenenschutzmassnahme wird mit der Erstellung eines verbindlichen Rahmens ein bestimmter Zweck verfolgt.

3.3.5.1. Definition Zwangskontext

Kähler und Zobrist (2013, 9) verstehen unter einem Zwangskontext den Kontakt einer Person mit einer sozialen Institution, der durch den Druck Dritter oder aufgrund gesetzlicher Vorgaben zustande kommt. Dabei unterscheidet Rooney (2009, 5) zwischen „legally mandated clients“,

wenn Personen durch ein offizielles oder gerichtlich angeordnetes Mandat zur Zusammenarbeit mit den Sozialarbeitenden verpflichtet werden und „nonvoluntary clients“, wenn sie durch den informellen oder formellen Druck von Personen ihres Lebensumfeldes zur Beratung bewegt werden.

3.3.5.2. Motivation innerhalb des Zwangskontextes

Der Zwangskontext gibt den Rahmen für die Zusammenarbeit vor. Innerhalb des Zwangskontextes spielt die Motivation eine wichtige Rolle. Personen können unterschiedliche Ziele, Motive oder Bedürfnisse verfolgen. Neben dem Verfolgen von persönlichen Motiven können Personen durch situative Faktoren, wie zum Beispiel positive und negative Anreize, in ihrer Motivation beeinflusst werden. Diese positiven und negativen Anreize sind auch bekannt unter den Begriffen Push- und Pullfaktoren. Die Beeinflussung durch Push- und Pullfaktoren geschieht, indem bestimmte Handlungen belohnt (Pushfaktor) und andere bestraft (Pullfaktor) werden (Kähler und Zobrist, 2013, 33-43).

Wie wirksam Push- und Pullfaktoren sind, hängt von der subjektiven Einschätzung und der Möglichkeit ab, diese mit den eigenen Zielen, Bedürfnissen und Motiven zu verknüpfen (Kähler und Zobrist, 2013, 41). Rooney (2009, 10-12) weist darauf hin, dass die Push- und Pullfaktoren den Sozialarbeitenden ermöglichen, einen Einfluss auf die Handlungen und Entscheidungen der Klientinnen zu nehmen. Er betont aber auch, dass die Anwendung der Push- und Pullfaktoren eine Machtausübung der Sozialarbeitenden in einem ungleichen Machtverhältnis darstellt, gegen die sich die Klienten nur begrenzt wehren können.

Des Weiteren kann durch die Unterscheidung der Kontakt- und Veränderungsmotivation aufgezeigt werden, wie unterschiedlich Personen bei der Zusammenarbeit motiviert sein können (Kähler und Zobrist, 2013, 37-38).

Eine verbeiständete Person kann kontaktmotiviert sein, indem sie den Beistand gerne aufsucht, da dieser ihr zuhört und mit ihr über ihre Probleme redet. Dies setzt aber nicht voraus, dass die jeweilige Person bereit ist, an sich zu arbeiten und ihre Situation zu verändern.

Bei der Veränderungsmotivation hingegen können Personen motiviert sein, an sich zu arbeiten, um die Beistandschaft möglichst schnell wieder aufzulösen, aber sie können es als zwecklos ansehen, sich regelmässig mit der Beiständin zu treffen.

Diese Beispiele zeigen auf, dass Personen sehr unterschiedlich motiviert sein können. Unabhängig der vorhandenen Motivation der Klienten geht es im Zwangskontext darum, diese für eine Zusammenarbeit und die Mitarbeit an Veränderungen zu motivieren (Kähler und Zobrist, 2013, 44).

3.3.5.3. Zusammenarbeit mit Klientinnen und Klienten im Pflichtkontext

Hesser (2001, zitiert in Kähler und Zobrist, 2013, 50) definiert Reaktanz als normale Reaktion auf den drohenden Verlust von Freiheit, die von der jeweiligen Person als wertvoll erachtet wird. Dabei erläutern Kähler und Zobrist (2013, 50), dass es personenabhängig ist, ob die Einschränkung als Bedrohung wahrgenommen wird. Um Personen im Zwangskontext trotz der Einschränkung weiterhin möglichst viel Selbstbestimmung zu ermöglichen und Reaktanz zu vermeiden, ist die Transparenz und Rollenklarheit in der Zusammenarbeit relevant (Kähler und Zobrist, 2001, 86).

Die Rollenklärung beinhaltet neben der Ausführung der Bedingungen der Anordnung auch die Klärung des Zweckes der Zusammenarbeit. Dabei handelt es sich bei der Rollenklärung um einen fortlaufenden Prozess, der sich durch den ganzen Zusammenarbeitsprozess zieht (Trotter, zitiert in Gumpinger, 2001, 160). Um die Rollen zu klären und eine transparente Zusammenarbeit zu ermöglichen, sind folgende Punkte zu berücksichtigen.

Die Sozialarbeitenden haben im Zwangskontext meistens eine Doppelrolle beziehungsweise die Doppelaufgabe Kontrolle und Hilfe inne. In der Zusammenarbeit mit Klienten ist es wichtig, diese offen zu legen und die Klienten zu unterstützen, diese zu verstehen. Dazu gehört auch, den

Klientinnen aufzuzeigen, welche verhandelbaren und nicht verhandelbaren Aspekte die Zusammenarbeit beinhaltet, was von ihnen verlangt wird und welche Konsequenzen das Nichterfüllen des Erforderten mit sich bringt (Trotter, zitiert in Gumpinger, 2001, 161-164).

Des Weiteren ist es bedeutend, die Erwartungen der Klientin zu klären, sie aber auch zu informieren, was mit den Inhalten der Gespräche passiert und wie das geplante methodische Vorgehen aussieht (Trotter, zitiert in Gumpinger, 2001, 164-175). Wenn all diese Punkte beachtet werden, trägt dies zu einer transparenten Zusammenarbeit und Rollenklärung bei und ermöglicht nach Kähler und Zobrist (2001, 86), das von Klaus Grawe beschriebene Bedürfnis nach Kontrolle und Orientierung.

Kähler und Zobrist (2013, 101) ergänzen, dass ein weiterer wichtiger Punkt in der Zusammenarbeit mit Klienten im Pflichtkontext das gemeinsame Aushandeln von Zielen ist. Das erstrebte Fernziel vieler Personen im Pflichtkontext ist, die Beziehung mit den Sozialarbeitenden möglichst rasch zu beenden und selbständig zu sein. In der Zusammenarbeit ist es wichtig, Wahlmöglichkeiten aufzuzeigen. Dies vermindert das Reaktanzgefühl und kann die Motivation verbessern.

3.3.5.4. „Zwangsbeglückung“¹¹

Mit dem Begriff Zwang assoziieren viele Personen Negatives. Zwang wird als Eingriff in die eigene Freiheit und Privatsphäre wahrgenommen. Dennoch kann Zwang bei einzelnen Personen nützlich sein.

Nach Wirt verfügen Personen, die problem anfällig sind, häufig nicht über die nötigen Ressourcen zur Bearbeitung ihrer Probleme oder Inanspruchnahme von Hilfsangeboten. Für diese Personen kann der Druck von Dritten hilfreich sein, um die nötige Unterstützung zu erhalten (Kähler und Zobrist, 2013, 20).

Auch Gumpinger (2001, 11) geht mit dem Begriff der Zwangsbeglückung auf diese Thematik ein. Nach Gumpinger stossen Sozialarbeitende in der Praxis immer wieder auf die Gegenpole Glück und Zwang. Manchmal benötigt es den Druck Dritter, um das Glück der eigenen Person oder einer Drittperson sicherzustellen.

So kann zum Beispiel das Eingreifen der KESB in eine Familie einen grossen Druck auf die Eltern ausüben, aber gleichzeitig das Wohl der Kinder sicherstellen. Oder eine suizidgefährdete Person kann gegen ihren Willen in einer Psychiatrie untergebracht werden. Später kann sie aber froh sein, dass sie vor einer Selbstgefährdung geschützt wurde.

Diese Beispiele zeigen auf, dass Zwang an sich nicht immer negativ sein muss, auch wenn er oftmals von den Betroffenen als Einschränkung und Eingriff in ihr Leben wahrgenommen wird.

Das vorliegende Kapitel zeigt folgende Aspekte auf. Bei Erwachsenenschutzmandaten handelt es sich um „legally mandated clients“, da der Kontakt mit den Mandatstragenden aufgrund gesetzlicher Vorgaben zustande kommt.

Das zweite und dritte Unterkapitel thematisiert nochmals die Relevanz des Einbezugs der verbeiständeten Personen in die Mandatsführung. In der Zusammenarbeit mit verbeiständeten Personen ist es relevant herauszufinden, zu was sie motiviert sind. Deshalb macht es Sinn, zu Beginn der Zusammenarbeit gemeinsam Ziele zu definieren. Die Berücksichtigung der Motivation und der Sichtweisen der verbeiständeten Personen tragen zu einer effektiven Zusammenarbeit bei. Dazu gehört auch, transparent zu arbeiten und eine klare Rollenklärung vorzunehmen, damit die verbeiständeten Personen wissen, was im Rahmen der Zusammenarbeit möglich ist. Nicht zuletzt ist es sinnvoll, mit den Klientinnen den vorgesehenen Zweck der Massnahmeerrichtung zu thematisieren.

In der vorliegenden Forschungsarbeit wird die Berücksichtigung der Selbstbestimmung der verbeiständeten Personen durch die Mandatstragenden bei der Interpretation des Mandates

¹¹ Begriff von Marianne Gumpinger (2001, 11)

untersucht. Die aufgeführten Punkte weisen darauf hin, was bei der Zusammenarbeit mit verbeiständeten Personen in Pflichtkontexten zu beachten ist.

4. Methode (Jennifer Zeiter und Sascha Kuonen)

In diesem Kapitel wird näher auf die von der Forschungsgruppe gewählten qualitativen Forschungsmethoden eingegangen. Es werden die Forschungsfragen erläutert, die Wahl der KESB, der Fälle und der qualitativen Forschungsmethoden begründet und die Forschungs- und Auswertungsmethoden beschrieben. Im Anschluss daran wird auf ethische Aspekte, Risiken und Grenzen der Forschung hingewiesen.

4.1. Forschungsdesign

4.1.1. Forschungsgruppe und Studierende

An dieser Stelle wird auf das Verhältnis der Forschungsgruppe zu den Studierenden beziehungsweise das Verhältnis des Forschungs- und Bachelorarbeitsprojekts zu den individuellen Bachelorarbeiten eingegangen.

Die Forschungsgruppe bestand aus den folgenden Mitgliedern:

- Peter Voll (Forschungsleiter)
- Julia Emprechtinger (Begleitdozierende)
- Dorothea Köppel (Begleitdozierende)
- Birgit Kreuzer (Studierende)
- Sascha Kuonen (Studierender)
- Sarah Studer (Studierende)
- Jennifer Zeiter (Studierende)

Die Forschungsgruppe formierte sich damals aufgrund des gemeinsamen Forschungsbegehrens, der Untersuchung des neuen ESR. Sie präzierte das Forschungsbegehren anhand des Interesses der Studierenden, umschrieb die Forschung und traf gemeinsam die Forschungsvorbereitungen. Trotz der geschaffenen Formation sollten die einzelnen Studierenden in verschiedenen KESB Forschung betreiben und die jeweiligen Forschungsergebnisse in individuellen Bachelorarbeiten festhalten und aufbereiten. Nach Abschluss der Bachelorarbeiten sollen die Forschungsergebnisse der Studierenden verglichen und Erkenntnisse aus den Vergleichen gezogen werden.

4.1.2. Bildung der Forschungsfragen

Wie im Unterkapitel 1.3. ‚Fragestellungen‘ bereits ausgeführt wurde, traten Peter Voll, Julia Emprechtinger und Dorothea Köppel bei der Aufnahme des Forschungs- und Bachelorarbeitsprojektes mit einigen vordefinierten Fragestellungen an die Studierenden der Forschungsgruppe. Diese Fragestellungen wurden entsprechend dem Interesse der Studierenden angepasst. Da die Studierenden vor allem der Leitgedanke der Selbstbestimmung und dessen Umsetzung in der Praxis interessierten, waren diese Aspekte bei der Anpassung der Fragestellungen zentral.

Die ursprünglichen Fragestellungen wurden folgendermassen angepasst:

- Welche Typen der Beistandschaft werden verfügt und wie werden diese begründet? Wie berücksichtigen Massnahme und Begründung die Klientenautonomie?
- Welche Rolle spielen die mandatsführenden Dienste bei Gefährdungsmeldungen, Abklärungen und Formulierung der Mandate?
- Von welchen Gesichtspunkten (Kontrolle/Autonomie) lassen sich die institutionellen Akteure im Verfahren leiten? Wie ziehen sie die Klienten bei der Entscheidvorbereitung mit ein?
- Wie werden die Aufträge von den Mandatstragenden verstanden und umgesetzt? Inwieweit berücksichtigen Mandatstragende bei der Interpretation des Mandats die Sichtweise der Klienten?

- Wie kontrollieren die KESB die Respektierung der Klientenautonomie durch die mandatsführenden Dienste?
- Wie hängen die Beziehung zwischen KESB, den mandatsführenden Diensten und der Klientel mit der kantonal unterschiedlichen Behördenstruktur zusammen?

In der qualitativen Forschung geht es eigentlich darum, die Wissensbestände und Deutungsmuster der Forschungsteilnehmenden zu rekonstruieren (Kelle und Kluge, 2010, 17). Die Rekonstruktion gelingt nicht mithilfe der Aufstellung und Überprüfung präziser Hypothesen. Vielmehr steht am Anfang des qualitativen Forschungsprozesses die Erhebung des Datenmaterials im Vordergrund. Zu Beginn der Forschung stellte die Forschungsgruppe Forschungsfragen statt Hypothesen auf. Dem Forschungs- und Bachelorarbeitsprojekt sollte eine Ausrichtung gegeben werden. Die Studierenden orientierten sich während des gesamten Forschungsprozesses an diesen Fragen.

4.1.3. Auswahl der KESB und der Fälle

Auswahl der KESB:

Die Studierenden sollten in verschiedenen KESB Forschung betreiben. Falls die Gewährung von Selbstbestimmung bei der Entscheidvorbereitung, bei der Verfügung einer behördlichen Massnahme und in der Mandatsführung (auch) auf die Struktur der KESB zurückgeführt werden könnte, müssten die Studierenden KESB mit unterschiedlichen Behördenmodellen wählen und untersuchen. Die Forschungsgruppe entschied sich, bei je zwei KESB mit integriertem Berufsbeistandschaftsbereich und zwei KESB, die mit polyvalenten Sozialdiensten zusammenarbeiten, zu forschen. Die damit geschaffene Varianz sollte die Beantwortung der letzten Forschungsfrage ermöglichen, die sich dem Zusammenhang zwischen den Beziehungen der Akteure und der kantonalen Behördenstruktur widmet.¹² Aufgrund sprachlicher Präferenzen wurde in deutschsprachigen Kantonen der Schweiz geforscht.

Auswahl der Fälle:

Die Studierenden der Forschungsgruppe analysierten in den individuellen Bachelorarbeiten jeweils zwei Fälle einer KESB. Die Forschungsgruppe entschied sich in Bezug auf die Fallauswahl für folgende Kriterien:

- unter neuem Recht verfügte Vertretungsbeistandschaften
- Personen zwischen 18 und 64 Jahren
- Ausschlusskriterien:
 - Personen mit Demenzerkrankungen
 - illegaler Drogenkonsum
 - Personen in stationären Einrichtungen
- von professionellen Mandatstragenden geführte Mandate
- sich unterscheidende Klientenfälle
- pro Fall jeweils ein anderes Behördenmitglied und eine andere mandatsführende Person, die zuständig ist

Während der Forschung musste die Forschungsgruppe feststellen, dass die vorgegebenen Kriterien zu eng definiert waren. Deshalb konnten die Kriterien nicht von allen Studierenden eingehalten werden.

Mehr zur Fallauswahl ist im Kapitel 5 ‚Untersuchungsfeld‘ zu finden.

¹² Vgl. Unterkapitel ‚4.1.2. Bildung der Forschungsfragen‘

4.1.4. Auswahl und Begründung der angewandten Methodik

Der Forschungsgegenstand wird anhand qualitativer Methoden untersucht. Begründet wird die Wahl zum einen mit dem relativ neuen Untersuchungsfeld, welches das revidierte ESR darstellt und zum anderen mit der Offenheit gegenüber möglichen Forschungsergebnissen.

Die qualitativen Forschungsmethoden eignen sich besonders für Forschungsthemen, zu denen relativ wenig Literatur, Theorien und/oder empirische Studien vorhanden sind (Flick, 2009, 200). Da das revidierte ESR erst 2013 in Kraft getreten ist, stellt das neue Recht ein neueres Untersuchungsfeld dar.

Weiter sind qualitative Forschungsmethoden offener gegenüber dem zu untersuchenden Phänomen als quantitative (Flick, 1999, 17). Die Studierenden der Forschungsgruppe orientierten sich zwar an den Forschungsfragen, blieben zugleich jedoch offen für weiterreichende Forschungsergebnisse.

4.2. Beschreibung der qualitativen Forschungs- und Auswertungsmethoden

4.2.1. Forschungsmethoden

Um an möglichst dichte Informationen zu gelangen, entschied sich die Forschungsgruppe Dokumentenanalysen und leitfadengestützte Interviews durchzuführen. Wichtig anzumerken ist, dass sich die Forschungsgruppe für ein bestimmtes Vorgehen und für bestimmte Methoden entscheiden musste.

Dokumentenanalysen:

Nach der Auswahl der KESB und der Fälle sollten zuerst verschiedene Dokumente zu den Fällen analysiert werden. Mittels der Analyse jener Dokumente sollten die Studierenden mehr über die ausgewählten Fälle erfahren. Weiter konnten sie bei der Dokumentenanalyse auf Punkte stossen, die sie später bei den Interviews thematisieren wollten. Die Dokumentenanalyse diente somit einerseits der Auseinandersetzung mit den Fällen und andererseits der Vorbereitung der Interviews.

Die Forschungsgruppe definierte folgende Dokumente als Schlüsseldokumente: die verfahrensleitenden Verfügungen, die Abklärungsberichte, die Anhörungsprotokolle und die Massnahmenverfügungen. Sie erstellte zu jedem Dokumententyp ein Raster, das für die jeweilige Analyse beigezogen wurde.

Leitfadengestützte Interviews:

Die Forschungsgruppe entschied sich, leitfadengestützte Interviews zu führen.

Das leitfadengestützte Interview wird dann angewandt, wenn einige Konturen zum Forschungsgegenstand bestehen und weitere Daten gezielt dazu gesammelt werden sollen (Hopf, 1995, 23). Beim Forschungs- und Bachelorarbeitsprojekt hatte die Forschungsgruppe bereits die Forschungsfragen aufgestellt, die während des gesamten Prozesses Orientierung bieten sollten. Zudem setzten sich die Gruppenmitglieder mit dem Forschungsgegenstand auseinander, so dass gewisse Konturen Bestand hatten. Es galt, mittels leitfadengestützten Interviews mehr über den Gegenstand in Erfahrung zu bringen. Diese Form des Interviews ist strukturierter als die Form des narrativen Interviews (Steinert, 2008, 172-173). Dennoch lassen leitfadengestützte Interviews weiterführende Erzählungen zu. Auch dies ist ein Grund, weshalb sich die Forschungsgruppe für die Form des leitfadengestützten Interviews entschied. Anhand der Forschungsfragen sollten die Studierenden gemeinsam Leitfäden ausarbeiten und diese mittels den Erkenntnissen aus den Dokumentenanalysen individuell anpassen. Die Leitfäden sollten aber nicht zu eng strukturiert sein, sondern den Interviewten Raum für Ausführungen und Erzählungen bieten. Ein weiterer Grund für die Wahl dieser Interviewform ist die gewünschte Vergleichbarkeit der

Forschungsergebnisse. Schliesslich sollen die Ergebnisse der individuellen Bachelorarbeiten der Studierenden nach Abschluss der Arbeiten verglichen werden können.

Zu jedem Fall sollten das fallführende Behördenmitglied und der Mandatsträger interviewt werden. Folglich musste die Forschungsgruppe drei Leitfäden ausarbeiten (einen Leitfaden für die Behördenmitglieder, einen Leitfaden für die Mandatstragenden von Amtsbeistandschaften und ein Leitfaden für die Mandatstragenden von polyvalenten Sozialdiensten). Bei der Erarbeitung der Leitfäden orientierten sich die Studierenden an den Forschungsfragen. Die Studierenden mussten die Leitfäden, die sie in ihrer Forschung verwendeten, noch entsprechend der Ergebnisse der Dokumentenanalysen beziehungsweise der Fallspezifikationen anpassen. Im Anschluss daran wurden die Behördenmitglieder und die Mandatstragenden interviewt. Diese Interviews wurden per Audioaufnahmegeräte mitgeschnitten. Gestützt auf die Audioaufnahmen transkribierten die Studierenden der Forschungsgruppe die Interviews.

4.2.2. Auswertungsmethoden

Kodierung:

In der qualitativen Sozialforschung gibt es zwei Möglichkeiten, Kodierungen zu erstellen. Eine Möglichkeit ist die subsumptive Kodierung, bei der die Kodierung anhand eines vorbereiteten Kategorienschemas erfolgt (Kelle, Kluge, 2010, 56-61). Eine andere Möglichkeit ist die abduktive Kodierung, bei der die Kategorien auf dem Datenmaterial basiert. In diesem Forschungs- und Bachelorarbeitsprojekt verwendeten die Studierenden die subsumptive Kodierung.

Die Studierenden erstellten in Anlehnung an die aufgestellten Forschungsfragen ein Kategorienschema. Bedeutende Passagen der Interviews sollten den nachfolgenden Kategorien und Unterkategorien zugeordnet werden.

1. Klientenautonomie

1.1. Partizipationsstufen

1.1.1. Information

1.1.2. Kooperation

1.1.3. Mitentscheiden

1.1.4. Entscheiden

1.2. Konzepte (explizit)

2. Zusammenarbeit KESB und mandatsführende Dienste

2.1. Strukturen, Funktionen und Austauschgefässe

2.2. Kommunikation und Information

2.3. Interpretation des Mandates und Bewertung

2.4. Macht, gegenseitige Begrenzung und Einflussnahme und Kontrolle

3. Begründungen für Entscheidungen und Handlungen

3.1. Alltagswissen

3.2. Normatives Wissen

3.2.1. Gesetz

3.2.2. Moral

3.3. Wissenschaftliches Wissen

3.4. Expertenwissen weiterer Akteure

3.5. Erwarteter Effekt, Nutzen und Schadensminderung

Die erste Kategorie bildete die Klientenautonomie. Schliesslich steht die Selbstbestimmung der verbeiständeten Personen im Zentrum des Interesses des Forschungsbegehrens. Wie im Kapitel 3.3. ‚Selbstbestimmung‘ dargestellt, kann Selbstbestimmung im Rahmen der Mandatsführung über Partizipation gewährt werden. Deshalb wurden Partizipationsstufen als Unterkategorien

definiert. Weiter interessierte die Zusammenarbeit zwischen der KESB und den mandatsführenden Diensten. Die Zusammenarbeit zwischen der KESB und den mandatsführenden Diensten bildete die zweite Kategorie. Die Forschungsfragen, auf deren Grundlage die Kategorien gebildet wurden, beziehen sich auch auf die Struktur und die Zusammenarbeit zwischen den Behördenmitgliedern und den Mandatstragenden. Als dritte Kategorie wurden Begründungen für Entscheidungen und Handlungen gewählt. Auch hier ist ein Bezug zu den Forschungsfragen ersichtlich, geht es doch auch darum, Verfügungen und professionelles Handeln zu begründen.

Die Studierenden teilten Passagen der Interviews den jeweiligen Kategorien und Unterkategorien zu. Im Anschluss galt es, die gesammelten Daten in der Bachelorarbeit auszuwerten.

Aufbereitung der Daten:

Die Dokumentenanalyse diente primär der Auseinandersetzung mit den Fällen und der Vorbereitung der Interviews. Zudem halfen die ausgefüllten Raster bei der Schilderung der Fälle in Unterkapitel 5.2 ‚Fallbeschreibungen‘.

Im Kapitel 6 ‚Forschungsergebnisse‘ werden die wichtigsten Ergebnisse der Forschung dargelegt. Die gewählten Unterkapitel beziehen sich nur indirekt auf die Forschungsfragen beziehungsweise das Kapitel wurde nicht entsprechend der Forschungsfragen gegliedert. Dies rührt daher, dass in den geführten Interviews nicht zu allen Forschungsfragen Ergebnisse geliefert wurden. Andererseits enthielten die Interviews Passagen, die den Forschungsfragen nicht zugeteilt werden können, aber dennoch relevant für das Thema sind.

Im Kapitel 7 ‚Synthese‘ wird Bezug auf die Forschungsfragen genommen. Die vorliegenden Forschungsergebnisse werden mit den Theorien und Konzepten in Verbindung gebracht.

4.3. Ethische Aspekte und Grenzen der Forschung

Für die Forschungsgruppe war es wichtig, die Personen der KESB und der mandatsführenden Dienste, die Teil des Forschungs- und Bachelorarbeitsprojektes werden sollten, über die Inhalte und Ziele des Vorhabens zu informieren. Nach den telefonischen Anfragen der KESB-Präsidenten liessen ihnen die Studierenden Projektbeschriebe zukommen. Die an der Forschung teilnehmenden Personen konnten so über das Forschungsbegehren informiert werden.

Weiter legten die Studierenden der Forschungsgruppe den KESB-Präsidenten Datenschutzvereinbarungen vor, in denen die Rechtsaspekte rund um die Forschung geregelt wurden. Da die Interviews in unterschiedlichen Kantonen durchgeführt wurden, berücksichtigten die Studierenden bei der Erarbeitung der Vereinbarungen die jeweiligen kantonalen Datenschutzgesetze.

Nicht zuletzt hatten bei der vorliegenden Arbeit die interviewten Behördenmitglieder und Mandatstragenden die Möglichkeit, ihre Zitate vor der Veröffentlichung der Bachelorarbeit zu autorisieren.

Die verbeiständeten Personen wurden nicht interviewt. Obwohl es aufschlussreich gewesen wäre zu erfahren, wie sie die Massnahmen des ESR wahrnehmen und wie sich diese auf ihr Leben auswirken. Die Forschungsgruppe entschied, die Klienten selbst nicht in die Forschung miteinzubeziehen und stattdessen in Bezug auf die Klienten Beobachterrollen der zweiten Ordnung einzunehmen.¹³

¹³ Aufgrund der Aussagen der interviewten Behördenmitglieder und Mandatstragenden erfolgen Schlüsse in Bezug auf den Umgang mit den verbeiständeten Personen und auf die Gewährung von Selbstbestimmung.

5. Untersuchungsfeld

5.1. Modell der Behörde

Die untersuchte Behörde arbeitet mit Amtsbeistandschaften zusammen, die der KESB angegliedert sind. Die Abklärungen werden innerhalb der Behörde vorgenommen. Für jeden Fall ist ein Behördenmitglied zuständig, das mit Unterstützung der internen Abklärungsmitarbeitenden die Abklärungen und die Beschlussverfassung vornimmt.

Nach der Erstellung des Beschlusses erhalten die zwei Behördenmitglieder, die dem Spruchkörper angehören, diesen zur Überprüfung. In der wöchentlichen Sitzung, an der alle Behördenmitglieder teilnehmen, wird jede Massnahme, die errichtet werden soll, kurz besprochen. Die Behördenmitglieder, die zum Spruchkörper gehören und vorgängig den Beschluss vorbereitet haben, können bei der Behördensitzung allfällige Bemerkungen und Änderungen beantragen, wenn sie mit der vorgesehenen Massnahmeerrichtung nicht einverstanden sind.

5.2. Fallbeschreibungen

5.2.1. Frau Schmid¹⁴

Frau Schmid, Jahrgang 1994, hatte eine Attestlehre als Detailhandelsangestellte begonnen, musste diese aber aufgrund des Verlustes ihres Lehrstellenplatzes aufgeben. Danach war sie einige Zeit arbeitslos, bis sie ein dreimonatiges Praktikum in einem Lebensmittelladen absolvierte. Weil sie nach diesem Praktikum keinen neuen Lehrstellenplatz fand, begann sie in einer Familie als Au-Pair-Mädchen zu arbeiten.

Die erste Gefährdungsmeldung erfolgte im Jahr 2014, als Frau Schmid noch ihre Lehrstelle hatte. Ihre Tante wandte sich an die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, da sie sich Sorgen um die Kinder ihrer Schwester machte. Sie nahm wahr, dass die Eltern bei der Kindererziehung überfordert waren und die Wohnung sich in einem desolaten Zustand befand.

Kurz nachdem sich die Tante an die KESB gewandt hatte, meldete sich Frau Schmid durch die Ermutigung ihrer Tante selbst. Sie wurde daraufhin zu einer Anhörung eingeladen.

Bei der Anhörung äusserte Frau Schmid, dass sie sich vor allem um ihren jüngeren Bruder Sorgen mache. Manchmal komme es zuhause zu Handgreiflichkeiten der Eltern gegenüber ihrem Bruder. Zudem sei sie besorgt, da ihre Familie nicht direkt im Dorf lebt und ihr Bruder daher wenige Kontakte zu anderen Kindern habe. Wegen ihrer Attestlehre wohne sie nur am Wochenende zuhause. Sie äusserte zudem, dass sie der unordentliche Zustand ihres Zuhauses störe und dass ihre Eltern intervenieren, wenn sie aufräumen wolle. Auch erzählte Frau Schmid, dass ihre Eltern in Erwägung ziehen würden, sich scheiden zu lassen. Für sich selber habe sie das Bedürfnis nach einer Ansprechperson, die sie nach Erreichen ihrer Volljährigkeit unterstützt.

Am Schluss der Anhörung wiederholte Frau Schmid, dass sie sich vor allem um ihren Bruder Sorgen mache und sie selber, aus ihrer Sicht, zurzeit keine Unterstützung benötige. Da Frau Schmid in Kürze volljährig wurde und keine Anzeichen einer Notwendigkeit für eine Erwachsenenschutzmassnahme bestand, wurde für sie zu diesem Zeitpunkt keine Massnahme erstellt. Für ihren jüngeren Bruder wurde seitens der KESB eine Abklärung für die Errichtung einer Kindesschutzmassnahme in die Wege geleitet.

Zehn Monate nach der Anhörung erhielt die KESB eine neue Gefährdungsmeldung durch den regionalen Sozialdienst. Die Situation hatte sich in der Zwischenzeit wie folgt verändert. Die Eltern hatten sich gerichtlich getrennt und waren auf Arbeitssuche. Die Mutter zog danach mit ihrem Sohn in eine eigene Wohnung. Frau Schmid hatte ihre Lehrstelle verloren. Nach Angaben ihrer Mutter verhielt sich Frau Schmid sehr passiv. Sie hatte sich weder beim RAV angemeldet, noch um eine neue Lehrstelle bemüht. Daraufhin hatte die Sozialarbeiterin des Sozialdienstes Frau Schmid

¹⁴ Abgeänderter Name

schriftlich und mündlich zu einem Gespräch eingeladen, um mit ihr über die berufliche Zukunft zu reden und sie für die Anmeldung beim RAV zu motivieren. Weil Frau Schmid nicht reagierte, löste die Sozialarbeiterin eine Gefährdungsmeldung aus. Aus ihrer Sicht nahm Frau Schmid durch ihre Passivität die Verantwortung für ihre Zukunft und für den weiteren Verlauf ihres Lebens nicht wahr.

Daraufhin wurde Frau Schmid zu einer erneuten Anhörung eingeladen. Sie äusserte, dass sie keine schriftliche Einladung vom Sozialdienst erhalten habe und ihr die Mutter mitgeteilt habe, sie könne zum Sozialdienst gehen. Es sei ihr nicht bewusst gewesen, dass dies eine Verpflichtung sei. In der Anhörung informierte sie über ihre aktuelle Lebenssituation. Mutter und Bruder seien zuhause ausgezogen und sie lebe nun mit ihrem Vater zusammen. Zurzeit absolviere sie ein dreimonatiges Praktikum in einem Lebensmittelladen. Da es keine Möglichkeit gebe, nach dem Praktikum in diesem Laden ihre Lehre weiterzuführen, ziehe sie in Erwägung, ein Praktikum als Au-Pair-Mädchen zu absolvieren. Sie möchte aber ihre Attestlehre beenden. Sie äusserte in dieser Anhörung, dass sie froh wäre, wenn sie Unterstützung bei ihren finanziellen und administrativen Angelegenheiten und der Lehrstellensuche erhalten würde. Frau Schmid wurde im Gespräch über die Möglichkeiten einer Begleit- und Vertretungsbeistandschaft informiert und über das weitere Vorgehen aufgeklärt.

Nach der Anhörung wurde die Errichtung der Beistandschaft in die Wege geleitet. Vor dem Erlass der Verfügung wurde Frau Schmid nochmals über die vorgesehene Massnahme und die zuständige Beiständin informiert und um ihre Zustimmung gebeten. Da Frau Schmid sowohl mit der Massnahme als auch mit der Mandatsträgerin einverstanden war, konnte die Massnahme erstellt werden. Es handelt sich um eine kombinierte Begleit- und Vertretungsbeistandschaft mit Einkommens- und Vermögensverwaltung.

5.2.2. Herr Ultsch¹⁵

Herr Ultsch, Jahrgang 1973, leidet an paranoider Schizophrenie. Er bestreitet seinen Lebensunterhalt mit einer IV-Rente und Ergänzungsleistungen. Von 2005 bis 2012 hatte Herr Ultsch einen Beistand nach Art. 393 des alten Vormundschaftsrechts, der sein Vermögen und Einkommen verwaltete. Die Beistandschaft wurde im Jahr 2012 aufgelöst, weil Herr Ultsch für unbestimmte Zeit in das Herkunftsland seiner Mutter auswanderte. Nach zweijährigem Auslandsaufenthalt kehrte Herr Ultsch in die Schweiz zurück und zog bei seinen Eltern ein.

Die Gefährdungsmeldung wurde durch seine Eltern ausgelöst, auf Empfehlung des Psychiaters von Herrn Ultsch. Aus der Sicht der Eltern hat sich der gesundheitliche Zustand ihres Sohnes seit dem Einzug bei ihnen auffallend verschlechtert. Herr Ultsch habe keine Krankheitseinsicht und wolle sich nicht behandeln lassen. Da die Eltern überfordert waren und Angst hatten, dass die Situation ausser Kontrolle gerät, baten sie die KESB um die Prüfung der Errichtung einer erwachsenenschutzrechtlichen Massnahme. Zudem baten sie die KESB, ihren Sohn beim Suchen nach einer geeigneten Wohnsituation und Therapieform zu unterstützen.

Nach der Gefährdungsmeldung der Eltern wandte sich der Psychiater mit zwei Telefonanrufen und einem Bericht an die KESB. Der Psychiater führte aus, dass Herr Ultsch seiner Meinung nach Unterstützung in den Bereichen Finanzen, Administration und Wohnsituation benötigen würde. Als Beispiele für die Notwendigkeit einer Unterstützung führte der Psychiater aus, dass Herr Ultsch öfters vergesse, den Herd auszuschalten und die Fenster zu schliessen und dass er seine Rechnungen nur mit Unterstützung der Eltern bezahlen kann. Zudem schilderte er, dass beide Eltern von Herrn Ultsch über 75 Jahre alt sind und an ihre Grenzen stossen und dass das gemeinsame Zusammenleben schwierig sei. Der Psychiater führte weiter aus, dass Herr Ultsch nach anfänglicher Skepsis bereit ist, freiwillig Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Als Herr Ultsch zur ersten Anhörung eingeladen wurde, äusserte er, dass er gerne Unterstützung in finanziellen und administrativen Belangen erfahren würde. Zudem möchte er sich eine eigene

¹⁵ Abgeänderter Name

Wohnung suchen, da er nicht auf Dauer bei seinen Eltern leben möchte. In der Haushaltsführung sehe er keinen Bedarf für Unterstützung. Er habe ein schlechtes Kurzzeitgedächtnis, weshalb er manchmal vergesse, den Herd auszuschalten oder die Fenster zu schliessen. Da Herr Ultsch mit einer freiwilligen Massnahme einverstanden war und Pro Infirmis Angebote hat, um Personen in diesen Themenbereichen zu unterstützen, wurde in der Anhörung entschieden, dass Herr Ultsch vor Errichtung einer Massnahme eine Zusammenarbeit mit Pro Infirmis versucht. Es wurde vereinbart, dass sich Herr Ultsch mit der Beratungsstelle in Kontakt setzt und die KESB in einem Monat über den Verlauf informiert.

Nachdem Herr Ultsch zwei Termine bei Pro Infirmis wahrgenommen hatte, teilte die zuständige Sozialarbeiterin der KESB mit, dass aus ihrer Sicht eine Zusammenarbeit auf freiwilliger Basis nicht möglich sei. Herr Ultsch sei zu beiden Terminen ohne Unterlagen erschienen. Bei ihm gebe es im administrativen Bereich vieles zu erledigen. Er benötige Unterstützung von einer Person, die ihn bei der Erledigung und Organisation rechtskräftig vertreten kann. Zudem habe sie den Eindruck, dass seine Schizophrenie sehr intensiv sei und er seine Situation nicht realistisch einschätzen könne.

Zusätzlich erhielt die KESB während dieser Zeit eine erneute Gefährdungsmeldung durch die Eltern. Diese führten aus, dass Herr Ultsch während der ersten Anhörung eine gute Phase hatte. Er könne jedoch die Aufgaben, die er von seiner Sozialarbeiterin von Pro Infirmis erhalte, nicht erledigen, weil er komplett überfordert sei. Die Eltern hatten den Eindruck, dass die Situation immer mehr aus dem Ruder läuft. Sie äusserten weiter, dass sie bereits mehrere Termine mit Herrn Ultsch und seinem Psychiater hatten, um Lösungen für ihr Zusammenleben zu finden. Herr Ultsch sei zwar in der Zwischenzeit in eine eigene Wohnung gezogen, komme aber weiterhin täglich bei ihnen vorbei. Das Zusammenleben sei strapazierend. Sie baten nochmals um die Überprüfung einer erwachsenenschutzrechtlichen Massnahme, die Beantragung eines betreuten Wohnens und die Unterstützung in den administrativen Belangen.

Nach der zweiten Gefährdungsmeldung hatte die KESB nochmals Kontakt mit dem Bruder und dem Psychiater von Herrn Ultsch.

Wie die anderen Beteiligten führte sein Bruder aus, dass Herr Ultsch aus seiner Sicht Unterstützung in administrativen und finanziellen Belangen benötige. Bis anhin sei Herr Ultsch zwar noch nie Rechtsgeschäfte eingegangen, die ihm nachträglich geschadet hätten. Er denke, dass überprüft werden müsse, ob Herr Ultsch alleine wohnen könne. In seiner neuen Wohnung habe es bereits Reklamationen seitens der Nachbarn gegeben. Der Bruder meinte zudem, dass Herr Ultsch in seinen Ansichten und Beziehungsgestaltungen sehr ambivalent sei. Er könne seine Meinung sehr schnell ändern.

Diese Ambivalenz bestätigte sein Psychiater. Auch er hatte die rapiden Meinungswechsel von Herrn Ultsch wahrgenommen. Die Urteilsfähigkeit von Herrn Ultsch sei schwankend. In guten Phasen wirke er sehr orientiert und sei urteilsfähig, in schlechten Phasen bestehe die Schwierigkeit, dass er unberechenbare Handlungen vornehme, wie zum Beispiel die Kündigung der Wohnung. Weiter führte der Psychiater aus, dass Herr Ultsch keinen Bezug zu Geld habe und Unterstützung benötige, da er nicht in der Lage sei, die Bedeutung von Rechnungen zu verstehen. Auch verweigere er die Behandlung mit entsprechenden Medikamenten. Aus seiner Sicht könne Herr Ultsch alleine wohnen, da keine Verwahrlosungstendenzen bestehen. Er würde es aber als sinnvoll erachten, dass bei einer Beistandschaft die mandatstragende Person eine Vermittlerrolle für medizinische Themen und seine Gesundheit übernehme, da dieses Thema die Familie sehr belaste.

Nach den Kontaktaufnahmen mit den verschiedenen Beteiligten wurde Herr Ultsch zu einer zweiten Anhörung eingeladen. Hier äusserte er, dass er sich die Hilfe eines Beistandes vorstellen könne und wünsche sich, dass ihn der Beistand auch bei der Findung einer Tagesstruktur unterstütze. Er erklärte sich auch einverstanden, dass der Beistand ihn in Bezug auf seine Gesundheit und im Bereich Medizin beistehe. Am Schluss der Anhörung fand das rechtliche Gehör

für die vorgesehene Massnahme statt. Da Herr Ultsch mit der Massnahme einverstanden war, wurde eine Vertretungsbeistandschaft mit Einkommens- und Vermögensverwaltung errichtet.

5.3. Beschreibung der Interviewpartner

	Frau Schmid (Fall 1)	Herr Ultsch (Fall 2)
Interviewpartner der Behörde	Behördenmitglied 1 (BM1)	Behördenmitglied 2 (BM2)
Interviewpartner der Amtsbeistandschaft	Mandatstragende 1 (MT1)	Mandatstragender 2 (MT2)

BM1

Beim ersten Behördenmitglied handelt es sich um eine Frau zwischen 35-45 Jahren. Als Zweitausbildung hat sie ein Studium zur Sozialarbeiterin absolviert. Vor ihrem Stellenantritt in der KESB war sie in verschiedenen Beratungsbereichen tätig und führte im alten Vormundschaftsrecht zivilrechtliche Mandate.

MT1

Die erste Mandatsträgerin ist zwischen 30-35 Jahre alt und ausgebildete Sozialarbeiterin. Sie ist seit 4 Jahren als Beiständin tätig und bringt Berufserfahrung aus anderen Beratungsbereichen in der Sozialarbeit mit.

BM2

Beim zweiten Behördenmitglied handelt es sich um eine Juristin im Alter zwischen 30-40 Jahren. Vor ihrem Stellenantritt bei der KESB hat sie beim Gericht gearbeitet.

MT2

Der zweite Mandatsträger ist zwischen 50-60 Jahre alt. Er hat ein Psychologiestudium absolviert und bringt viel Arbeitserfahrung im Bereich sozialhilferechtlicher Unterstützung und im Bereich der Mandatsführung mit.

6. Forschungsergebnisse

6.1. Massnahmeerrichtung

6.1.1. Beachtung der Subsidiarität

Bei beiden Abklärungen wurde das Thema Subsidiarität thematisiert.

Bei Herrn Ultsch prüfte BM2 vor der Anordnung der Massnahme eine Zusammenarbeit mit Pro Infirmis, um festzustellen, ob Herr Ultsch subsidiär unterstützt werden kann. Da die Zusammenarbeit mit Pro Infirmis für Herrn Ultsch nicht ausreichend war, wurde nach den Abklärungen eine Vertretungsbeistandschaft errichtet.

Bei Frau Schmid wurde das Thema Subsidiarität in der Behördensitzung, in der wöchentlich die Beschlüsse genehmigt werden, diskutiert. BM1 begründete die Massnahmenerrichtung wie folgt: Frau Schmid wurde bis anhin durch einen regionalen Sozialdienst betreut. Die Gefährdungsmeldung löste die zuständige Sozialarbeiterin aus, da sich Frau Schmid in der Zusammenarbeit nicht verbindlich zeigte und aus der Sicht der Sozialarbeiterin Unterstützung benötigte. Weil die Gemeinde den Vertrag mit dem regionalen Sozialdienst kündigte und neu ein neuer Dienst zuständig war, sah BM1 die Errichtung der Massnahme als notwendig. Der neue Dienst verfügt nicht über genügend zeitliche und personelle Ressourcen, um Frau Schmid adäquat anzuleiten.

„(...) Wenn weiterhin der Sozialdienst X., der die personellen und die fachlichen Ressourcen hat, zuständig gewesen wäre, hätte man erneut eine Runde machen und versuchen können, Frau S. gut in das Konstrukt einzubinden. Durch das aber, dass die Gemeinde X. den Vertrag mit dem regionalen Sozialdienst gekündigt hat und jetzt ein neuer Dienst zuständig ist, haben wir sagen müssen, aufgrund von deren ihren zeitlichen und personellen Ressourcen, muss man davon ausgehen, dass sich das im Kreis drehen würde. Und dass man das Ziel, das man mit Frau S. hat, nicht erreichen würde. Nämlich, dass sie baldmöglichst ihre Selbständigkeit durch eine adäquate Anleitung erlangen könnte.“ BM1, Zeile 484-496

Bei Frau Schmid wurde zusätzlich festgehalten, dass es sich um eine vorübergehende Massnahme handeln soll, mit dem Ziel, dass Frau Schmid baldmöglichst wieder ihre Selbständigkeit erlangt und die Massnahme aufgelöst werden kann.

6.1.2. Einbezug der Meinung der verbeiständeten Personen in die Massnahmenerrichtung

Bei beiden Fällen fanden mehrere Anhörungen mit den Betroffenen statt.

Nach BM2 dient die erste Anhörung dazu, einen Eindruck von der betroffenen Person zu erhalten, insbesondere sie erzählen zu lassen und um dann die Möglichkeiten zu prüfen und gegebenenfalls zu besprechen. Die Aussagen der betroffenen Person werden mit den Ergebnissen der weiteren Abklärungen und Empfehlungen der Abklärungsmitarbeitenden in die Entscheidungsfindung miteinbezogen.

Gemäss den Akten wurde Herr Ultsch zweimal zu einer Anhörung eingeladen. Bei der ersten wurde die Zusammenarbeit mit Pro Infirmis vereinbart. Nach der Feststellung, dass diese Zusammenarbeit nicht ausreichend war, wurde Herr Ultsch ein zweites Mal eingeladen. Bei der zweiten Anhörung fand gleichzeitig das rechtliche Gehör für die bevorstehende Massnahme statt. Herr Ultsch war mit der vorgesehenen Massnahmeerrichtung einverstanden. Sein Wunsch, dass der Beistand ihn auch bei der Findung einer Tagesstruktur unterstützt, wurde von der Behörde in die Verfügung aufgenommen. BM2 äusserte, dass sie grundsätzlich die Wünsche der Betroffenen berücksichtigen, wenn diese aufgrund der Abklärungen angemessen beziehungsweise möglich seien, da mit dem Einverständnis des Betroffenen in der Regel alles einfacher geht.

Wie Herr Ultsch wurde auch Frau Schmid zu zwei Anhörungen eingeladen. Gemäss den Akten fand die erste nach der Gefährdungsmeldung durch ihre Tante statt. Da Frau Schmid zu diesem

Zeitpunkt äusserte, dass sie keine Unterstützung benötige, sie in Kürze volljährig wurde und aus der Sicht der KESB keine Anzeichen für die Notwendigkeit einer Erwachsenenschutzmassnahme bestand, wurde zu diesem Zeitpunkt keine Massnahme errichtet. Die zweite Anhörung fand zehn Monate später statt, als eine Gefährdungsmeldung durch den Sozialdienst einging. Nun äusserte Frau Schmid, dass sie froh wäre, Unterstützung bei ihren finanziellen und administrativen Angelegenheiten und bei der Lehrstellensuche zu erhalten. Da Frau Schmid mit der Massnahme einverstanden war, wurde eine kombinierte Begleit- und Vertretungsbeistandschaft mit Einkommens- und Vermögensverwaltung erlassen.

Weil Frau Schmid niemanden aus ihrem privaten Umfeld als mandatsführende Person vorschlug, erhielt sie eine Berufsbeiständin. Bevor diese in der Verfügung festgelegt wurde, holte die Behörde die Zustimmung von Frau Schmid ein.

BM1 äusserte im Interview, dass sie vermutet, dass Frau Schmid aus anderen Gründen als die Behörde mit der Massnahmeerrichtung einverstanden war. Die Behörde verfolgte das Ziel, dass Frau Schmid durch eine adäquate Anleitung baldmöglichst wieder ihre Selbständigkeit erlangen kann. BM1 vermutete hingegen, dass bei Frau Schmid der Gedanke vordergründig war, dass sich durch die Beistandschaft jemand um ihre administrativen und finanziellen Angelegenheiten kümmert.

„Und die junge Frau hat eigentlich auch in der Anhörung gesagt, dass sie die Unterstützung einer Beiständin gerne in Anspruch nehmen möchte. Ihre Motivation dazu ist vielleicht ein wenig eine andere, als wir gedacht haben. Ich gehe davon aus, dass die junge Frau in erster Linie einfach gesehen hat, dass dann jemand da ist, der ihre Finanzen regelt und vielleicht auch ein wenig der Gedanke, dass sie sich selber nicht darum kümmern muss. Aber es ist wirklich das Ziel, dass sie je länger je mehr Eigenverantwortung für sich übernehmen sollte.“ BM1, Zeile 143-151

Zudem äusserte BM1 im Interview, dass sie sich nicht sicher sei, ob es wirklich Sinn mache, dass Frau Schmid bei ihrem Vater lebt, obwohl sie meinte, das sei gut für sie. Sie wüssten nicht, ob Frau Schmid das real einschätzen könne. Deshalb hätte die Beiständin den Auftrag erhalten, Frau Schmid in Bezug auf ihre Wohnsituation zu unterstützen. Die Beiständin denke, dass im Rahmen der Begleitung dieses Thema angesprochen werden könne und dass Frau Schmid vielleicht selber feststelle, dass ein begleitetes Wohnen eine adäquatere Form für sie sei. Bei Erwachsenen sei es im Gegensatz zu Kindern und Jugendlichen nicht mehr möglich, ein begleitetes Wohnen anzuordnen.

6.1.3. Umgang mit Widerstand

Wenn Personen sich gegen einen Entscheid wehren, versucht BM1, vor dem Verweis auf den Beschwerdeweg, anderweitig eine Lösung zu finden. Sie erzählte, dass sie in solchen Fällen versucht, noch mehr Informationen einzuholen, indem sie involvierte Stellen und Fachpersonen nach ihrer Einschätzung befragt und in der Regel eine medizinische Einschätzung einholt. In einigen Fällen versucht sie auch abzuklären, ob einzelne Bereiche durch Familienmitglieder oder Beratungsstellen abgedeckt werden können. Manchmal kann es aus ihrer Sicht auch hilfreich sein, den betroffenen Personen die vorgesehene mandatsführende Person vorzustellen. Zudem lädt sie die betroffenen Personen meistens zu einem Gespräch ein, um ihnen persönlich die Abklärungsresultate und die Gründe für die Massnahmeerstellung aufzuzeigen. Wenn trotz diesen Bemühungen der Widerstand bestehen bleibt, werden die betroffenen Personen auf den Beschwerdeweg verwiesen.

6.1.4. Massschneidung der Fälle

Für BM1 ist die Massschneidung in der Praxis eine Herausforderung. Standardisiert sind aus ihrer Sicht die vier Arten von Beistandschaften, die vorgegeben sind. Für sie findet die Massschneidung bei der Festlegung der Aufgabenbereiche nach den Bedürfnissen der

Betroffenen statt. Jedoch stellt BM1 auch bei der Massschneidung der Aufgabenbereiche fest, dass die Formulierungen meistens standardisiert sind, da sie den rechtlichen Vorgaben entsprechen müssen, aber auch, weil die betroffenen Personen oftmals über ähnliche Bedürfnisse verfügen.

„Ja, dass mit dem Massgeschneiderten auf jeden Einzelfall ist in der Praxis eine Herausforderung. Dass es überhaupt mag „verhabe“. Und oftmals sind es die gleichen Bedürfnisse, bei denen man wieder die gleiche Formulierung nehmen kann oder sie dann auch leicht anpasst.“ BM1, Zeile 552-556

Dass in verschiedenen Verfügungen oftmals ähnliche Aufgabenbereiche anzutreffen sind, zeigte auch die Antwort der mandatsführenden Personen auf die Frage, welche Bestandteile in der Verfügung massgeschneidert und welche standardisiert sind. Beide mandatsführenden Personen antworteten auf diese Frage, indem sie zur vorliegenden Verfügung ausführten, welche Aufgabenbereiche häufig anzutreffen sind und welche sie bis anhin eher selten gesehen haben.

„Die berufliche Ausbildung ist sicher auf sie zugeschnitten. Und dann die Allgemeinen wie Administration und Einkommens- und Vermögensverwaltung. Das sind Stammaufträge, die wir eigentlich bei allen haben.“ MT1, Zeile 366-369

Nach BM2 ist die Massnahme von Herrn Ultsch massgeschneidert. Die Beistandschaft beinhaltet die Aufgabenbereiche, in denen er Unterstützung benötigt. Nach BM2 sind die Massnahmen durch das neue Erwachsenenschutzrecht individualisierter geworden. In der Praxis wird versucht, massgeschneiderte Lösungen entsprechend den Bedürfnissen der Klienten zu finden.

MT2 und BM1 stellten eine weitere Erkenntnis zu den neuen Massschneidungen fest. Aus ihrer Sicht sind im neuen Recht die Aufträge viel klarer definiert und dadurch ist der Handlungsspielraum der mandatsführenden Personen kleiner geworden.

6.1.5. Einfluss der Mandatstragenden auf die Massnahmeerrichtung

In der Behörde X. hatten die Mandatstragenden in den untersuchten Fällen keinen Einfluss auf das Abklärungsverfahren und die Massnahmeerrichtung. Auch MT2, der frühere Beistand von Herrn Ultsch, wurde weder in den Abklärungsprozess einbezogen noch hatte er Einfluss darauf. Einzig am Schluss der Abklärung wurden bei ihm einige Informationen eingeholt.

MT1 äusserte, dass sie hingegen bei den Umschreibungen die Möglichkeit haben, einen Einfluss auf die Massnahmeerstellung zu nehmen. Bei den Umschreibungen der Mandate vom alten ins neue Recht hatten die Mandatstragenden die Möglichkeit, die Fälle im Team zu erörtern und den Behördenmitgliedern Empfehlungen zu unterbreiten. Auch beim Rechenschaftsbericht nimmt MT1 wahr, dass die Behördenmitglieder auf ihre Empfehlungen für eine Massnahmenanpassung Bezug nehmen und diese meistens nach einer Abklärung umsetzen.

6.2. Mandatsführung

6.2.1. Mandatsträgerwahl

Personen, bei denen eine Beistandschaft errichtet wird, haben die Möglichkeit eine private Person als Mandatstragende vorzuschlagen. Die Behörde überprüft diese Person auf ihre Eignung. Wenn keine geeignete private Mandatstragende zur Verfügung steht, wird eine Professionelle bestimmt. Diese wird innerhalb der Behörde von der Amtsbeistandschaft festgelegt.

Während den Abklärungen erhält die zuständige Amtsbeistandschaft von der Behörde eine Anfrage mit einem kurzen Beschrieb der Person und der vorgesehenen Massnahme. Innerhalb der Amtsbeistandschaft wird entschieden, wer den Fall übernimmt. Die Behördenmitglieder haben

keinen Einfluss auf die Mandatsträgerwahl. Einzig in einzelnen Fällen beantragen sie eine weibliche oder männliche Person, wenn dies aufgrund der Konstellation sinnvoll ist.

„Also wir können die Beistände nicht selber auswählen, sondern wir müssen eine Anfrage an die jeweilige Amtsbeistandschaft starten. Wir beschreiben kurz den Fall, was das Thema ist und was wir für eine Begleitmassnahme zu errichten gedenken. Und dann erhalten wir die Mitteilung, wer es übernehmen kann, wer die Kapazität zum Übernehmen hat. Es gibt einzelne Fälle, bei denen ich zusätzlich notiere, dass aufgrund der Konstellation eine männliche oder weibliche Begleitung sinnvoller wäre. Aber auswählen können wir schlussendlich nicht selber.“ BM1, Zeile 208-216

6.2.2. Informationen bei der Mandatsübernahme

Bei der Übernahme des Falles erhalten die mandatsführenden Personen den Beschluss mit den wichtigsten Abklärungsresultaten und dem Auftrag. Neben dem Beschluss erhalten sie keine weiteren Informationen oder Unterlagen zu den Abklärungen. Die Mandatstragenden haben die Möglichkeit, bei der Behörde Akteneinsicht zu nehmen.

Bei den Interviews stellte ich fest, dass es verschiedene Aussagen über die Mitnahme von Kopien bei der Akteneinsicht gibt. Gemäss MT2 ist es nicht möglich, sich Kopien anzufertigen oder zusenden zu lassen. Hingegen äusserte BM1, dass Beistände in Rücksprache mit ihr wichtige Unterlagen kopieren dürfen.

Unabhängig, ob die Mandatstragenden Kopien anfertigen dürfen oder nicht, betonten beide mandatsführenden Personen ihre Schwierigkeiten mit dem Vorgehen. MT2 erwähnte, dass er Mühe hat, weil er zur Akteneinsicht die KESB aufsuchen muss. Dies beansprucht viel Zeit, die er unter dem vorhandenen Zeitdruck nicht besitzt. So schätzt er im Einzelfall ab, ob eine Akteneinsicht sinnvoll ist. MT1 führte aus, dass sie nicht nachvollziehen kann, warum sie keine Einsicht in die Abklärungsunterlagen hat. Sie erachtet es als mühsam, dass sie Dokumente, die die Klienten bereits bei den Abklärungen eingereicht haben, erneut einfordern muss.

„Für mich ist nicht nachvollziehbar, dass sie zur Errichtung der Massnahme bereits viele Abklärungen gemacht haben und wir die Abklärungsunterlagen nicht einsehen dürfen. Also wenn sie bereits ein Scheidungsurteil eingeholt haben, müssen wir dieses erneut einfordern. Und die Klienten ärgern sich und sagen: „Jetzt haben wird das bereits abgegeben, wieso haben sie das nicht mehr?“. Wo ich auch finde, dass das absolut unnötig ist. Also erstens bis wir die Unterlagen von den Klienten erhalten. Gewisse Klienten haben ja auch Mühe mit ihrer Administration und deshalb einen Beistand. Also in solchen Situationen finde ich es mühsam, dass wir die Unterlagen nicht haben. Das ist für uns ein sehr grosser Aufwand.“ MT1, Zeile 502-515

6.2.3. Gestaltung des Zusammenarbeitsprozesses

Bis anhin traf MT2 Herrn Ultsch alle ein bis zwei Monate zu einer Besprechung, an der seine Eltern und sein Bruder meistens teilnahmen. Ein Thema, das gemeinsam besprochen wurde, war die Wohnungssuche. Herr Ultsch wollte sich eine neue Unterkunft suchen, da er sich in der bisherigen Wohnung nicht mehr wohlfühlte. MT2 unterstützte und begleitete ihn zu einer Wohnungsbesichtigung, bei der kein Mietvertrag zustande kam.

Neben den Gesprächsterminen war MT2 in regelmässigem Austausch mit Herrn Ultschs Psychiater und nahm an einzelnen gemeinsamen Besprechungsterminen teil.

Aus der Sicht von MT2 hat sich seit der Mandatsübernahme nicht viel verändert. Eine Zusammenarbeit mit Herrn Ultsch war schwierig, weil er an paranoider Schizophrenie leidet und sich nicht mit Medikamenten behandeln lassen will.

„Ansonsten hat es von mir aus nicht so viele Themen gegeben. Weil ich habe einfach gewusst, solange er keine Medikamente nimmt, kann man nicht viel an seiner Situation ändern.“ MT2, Zeile 315-317

MT2 übte aber keinen Druck auf Herrn Ultsch aus, da keine Fremd- oder Selbstgefährdung wahrzunehmen war. Zu einem späteren Zeitpunkt kam es, ohne das Mitwirken von MT2, zu einer fürsorglichen Unterbringung durch den Psychiater. Seit diesem Zeitpunkt hielt sich Herr Ultsch stationär in der Klinik auf und liess sich mit Medikamenten behandeln. In naher Zukunft wird er in ein begleitetes Wohnen übertreten können. Nach MT2 werden in der Regel viele Kompetenzen an die Sozialpädagogen vor Ort abgetreten, wenn eine verbeiständete Person stationär begleitet wird. Die Sozialpädagogen können ihre Klienten durch die alltägliche Betreuung besser kennen und intensiver betreuen.

Bei MT2 konnte im Interview festgestellt werden, dass bei ihm die zeitlichen Ressourcen ein grosses Thema sind. Die Wahl einzelner Handlungen begründete er mit dem Abwägen des Nutzens und der vorhandenen zeitlichen Ressourcen.

„Eigentlich hätte ich ja nichts machen dürfen. Aber durch das, dass eine Kollegin, eine Arbeitskollegin von mir eine Wohnung in Y. gekündigt hat und ich gewusst habe, dass er nicht bei den Eltern bleiben kann, sondern dass er eine eigene Wohnung braucht, habe ich dann bereits in der Abklärungszeit geschaut, dass es dort zu einem Mietvertrag für ihn kommt. (...) Sonst hätte ich einfach nachher viel mehr zu tun gehabt. Und ich kann es mir nicht leisten, einfach eine Wohnung, die ich in Aussicht habe, fallen zu lassen und anschliessend etwas suchen zu müssen.“ MT2, Zeile 124-135

MT2 erwähnte, dass man aufgrund des neuen Gesetzes viel weniger Zeit für die Klienten hat. Aus seiner Sicht wurden zu wenige Zeitressourcen für die Begleitung der verbeiständeten Personen bei der Ausarbeitung des neuen Gesetzes einberechnet. Dies führt dazu, dass die Förderung der Selbstbestimmung, die das neue Gesetz bewirken möchte, nicht eintritt, da weniger Zeitressourcen pro Person zur Verfügung stehen, als dies im alten Recht der Fall war.

„Im Schnitt habe ich sechzehn Stunden pro Jahr Zeit für einen Klienten. Und das heisst natürlich, dass man bei komplizierten Fällen schnell das Drei- oder das Vierfache erreicht hat. Das heisst, für den Durchschnittsklienten sind längst nicht mehr sechzehn Stunden, sondern vielleicht noch acht Stunden pro Jahr vorhanden. Also man hat vielleicht 70% von der Zeit, die man früher als Amtsvormund gehabt hat.“ MT2, Zeile 566-574

MT1 legte zu Beginn der Mandatsführung alle drei Wochen einen Termin mit Frau Schmid fest. Im Verlauf der Begleitung schaut sie, wie viele Termine pro Jahr notwendig sind.

MT1 arbeitet mit ihren Klientinnen und Klienten mit Zielvereinbarungen, die gemeinsam festgelegt werden. Sie führte aus, dass oftmals die Ziele die persönlichen Anliegen der verbeiständeten Personen sind. Es ist aber nicht mit allen Personen möglich, gemeinsame Ziele zu vereinbaren, wie zum Beispiel mit demenzkranken Personen in Altersheimen. Im Rechenschaftsbericht werden alle zwei Jahre die alten Ziele ausgewertet und neue für die kommende Zeit vereinbart. Bei Frau Schmid wurde ihr persönlicher Wunsch, ihre Lehre als Detailhandelsangestellte zu beenden, als Ziel bestimmt.

Für MT1 ist es wichtig, mit jungen Personen, wie Frau Schmid, von Anfang an auf eine Ablösung hinzuwirken und ihnen ab Beginn möglichst viel Verantwortung zu übertragen.

„Am Anfang ist es ein wenig ein Abschätzen, was klappt und wo es es noch mehr Unterstützung braucht. In welchen Bereichen kann man ihr mehr Verantwortung übergeben, in welchen weniger. Das ist am Anfang ein Abtasten. Das Ziel, das ich auch mit ihr besprochen habe, ist, dass sie laufend mehr machen kann.“ MT1, Zeile 218-223

Zudem führte MT1 im Interview mehrmals aus, dass die Transparenz in der Zusammenarbeit mit den Klientinnen und Klienten für sie sehr relevant ist.

„Sie lesen den Bericht durch, damit sie wissen, was ich mache und was für Informationen ich weitergebe. Dass ich nicht in einer geheimen Kammer an etwas arbeite und irgendwelche

Informationen weitergebe, sondern, dass sie wirklich wissen, MT1 hat das und das geschrieben und ich bin nicht mit allem einverstanden. Ich finde das nicht nur toll, was sie dort schreibt, aber sie hat es mir zum Lesen gegeben und ich weiss, was im Bericht steht.“ MT1, Zeile 557-563

Da die Beistandschaft von Frau Schmid erst vor kurzem errichtet wurde, sind in der Zusammenarbeit zurzeit die Erstellung des Budgets und die Planung der beruflichen Zukunft wesentliche Themen. Frau Schmid wird in Kürze ihr Praktikum als Au-Pair-Mädchen beenden, weshalb die Suche nach einer beruflichen Anschlusslösung zurzeit vordergründig ist.

6.2.4. Vermögensverwaltung

Sowohl bei Herrn Ultsch als auch bei Frau Schmid handelt es sich bei der Massnahme um eine Vertretungsbeistandschaft mit Einkommens- und Vermögensverwaltung.

Da Herr Ultsch Mühe hat, sein Geld einzuteilen, überweist ihm MT2 in wöchentlichen Raten das Geld für den Lebensunterhalt. Das restliche Einkommen und Vermögen wird von MT2 verwaltet.

Frau Schmid besitzt ein Unterkontokonto, bei dem sie selber für die Einteilung ihres Geldes zuständig ist. Wie oben ausgeführt versucht MT1 bei jungen Personen von Anfang an, auf eine Ablösung hinzuarbeiten und übergibt ihnen möglichst viel Verantwortung. Dieser Grundsatz zeigt sich in der Geldverwaltung. Während MT1 bei einigen Personen, zum Beispiel das Kleidergeld verwaltet, überlässt sie dies jungen Erwachsenen.

„Und bei jungen Personen sage ich oft: „Gut, du erhältst jeden Monat dein Kleidergeld und du musst es dir selber einteilen. Du kannst entweder alles brauchen oder du kannst es sparen. Das ist in deinem Ermessen, wie du es machen möchtest.“ Und so versuche ich mit jungen Personen die Selbständigkeit zu fördern und diese auch immer mehr zu übergeben.“ MT1, Zeile 231-237

MT1 führte weiter aus, dass sie bis auf das Unterkontokonto alle Konten der verbeiständeten Person führt. Im Verlauf der Mandatsführung versucht sie herauszufinden, welche Bereiche die verbeiständete Person selbständig verwalten kann. Bei MT1 konnte in vielen Handlungen festgestellt werden, dass sie stufenweise die Verantwortung zurückgibt. So erzählte sie, dass sie den Klientinnen und Klienten vorerst Rechnungen zum Erledigen übergibt, die unbezahlt weniger gravierende Konsequenzen nach sich ziehen würden, als zum Beispiel eine unbezahlte Wohnungsmiete.

Im Allgemeinen versucht MT1 schrittweise mehr Selbständigkeit an die Klientinnen und Klienten zu übergeben. Sobald sie aber bemerkt, dass zum Beispiel jemand nicht mehr zuverlässig seine Rechnungen bezahlt, geht sie wieder einen Schritt zurück, indem sie die anstehenden Rechnungen wieder selber begleicht. Zu einem späteren Zeitpunkt unternimmt sie einen neuen Versuch, die Verantwortung wieder an die Klientinnen und Klienten zu übergeben.

6.2.5. Kontakt zwischen den Mandatstragenden und der KESB während der Mandatsführung

In der untersuchten Behörde findet regelmässig ein Austausch zwischen den Mandatstragenden und der KESB statt. In gewissen Abständen geht der KESB-Präsident mit einem Behördenmitglied, als Vertretung der KESB, zu den Amtsbeistandschaften. Hier haben die Mandatstragenden die Möglichkeit, Fragen zu Fällen und rechtlichen Aspekten zu stellen. MT1 findet diesen Austausch sehr wertvoll. Er ermöglicht es, einander besser kennenzulernen und die Zusammenarbeit zu besprechen.

Der Rechenschaftsbericht stellt in der Fallführung den konstantesten und zentralsten Kontakt zwischen KESB und Mandatstragenden dar. Alle zwei Jahre geben die Mandatstragenden der KESB einen Bericht über den Verlauf der Mandatsführung ab und unterbreiten die Rechnung zur Genehmigung.

Nach BM2 dient der Rechenschaftsbericht alle zwei Jahre dazu, ein umfassendes Bild über die persönliche und finanzielle Situation der Verbeiständeten, Information über die Tätigkeit der

mandatsführenden Person und über die Notwendigkeit der Weiterführung der Massnahme zu erhalten. Auch BM1 betonte, dass es ihr wichtig ist, dass im Rechenschaftsbericht begründet wird, ob die Massnahme noch angemessen ist oder angepasst werden muss.

„Er soll Auskunft darüber geben, ob die Massnahme weiterhin notwendig ist, ob man sie anpassen muss oder ob sie so weitergeführt werden kann und wenn ja, warum. Also auch, dass die Begründung vorliegt. Dass ich wirklich nachvollziehen kann, was passiert ist. Hat es einen Entwicklungsprozess oder hat es eher eine Verschlechterung der Situation gegeben. Gibt es etwas, das man vielleicht noch einmal genauer anschauen müsste?“ BM1, Zeile 942-948

MT1 nimmt den Rechenschaftsbericht als wichtiges Arbeitsinstrument wahr. Das Verfassen des Berichtes ermöglicht es ihr, die Zusammenarbeit mit der verbeiständeten Person in den letzten zwei Jahren zu reflektieren und das weitere Vorgehen zu planen. Für MT2 hingegen ist der Rechenschaftsbericht weniger hilfreich, da er viel Zeit in Anspruch nimmt. Ihn stört es, dass bestimmte Fragen und Kriterien vorgegeben sind, die, unabhängig des Falls, beantwortet und erfüllt sein müssen.

Bei der untersuchten Behörde sind die Behördenmitglieder nur aktiv, wenn eine Meldung vorliegt oder ein Abklärungsverfahren offen ist. In der übrigen Zeit, das heisst, während der laufenden Massnahme, ist das Falldossier bei der KESB geschlossen. Wird wieder ein neues Verfahren betreffend die gleiche Person eröffnet, wird nach BM2 in der Praxis versucht, den neuen Fall in der Regel wieder dem gleichen Behördenmitglied zuzuteilen.

MT1 findet dieses System manchmal herausfordernd, da sie nicht immer weiss, welches Behördenmitglied der KESB bei einer Anfrage zuständig ist. Sie ruft in der Regel auf die Hauptnummer der KESB an, um abzuklären, an wen sie sich zu wenden hat oder meldet sich laut Klientenmanagementsystem bei der letztmals zuständigen Person. Eine weitere Möglichkeit ist, ein schriftliches Formular mit einer Anfrage an die KESB zu richten, woraufhin sich das zuständige Behördenmitglied meldet.

BM1 äusserte, dass es sehr personenabhängig ist, wie oft sich die Mandatsführenden bei der KESB melden. Die Mandatstragenden gelangen mit unterschiedlichen Anliegen an die KESB, wie zum Beispiel mit Fragen zum Vorgehen bei einem komplexen Fall oder Fragen zur erlassenen Verfügung. Gemäss ihren bisherigen Erfahrungen findet es BM1 sinnvoll, dass sich die Mandatstragenden bei Anpassungen im Voraus bei der KESB informell erkundigen, ob aus deren Sicht eine Anpassung Sinn macht.

„Es gibt Beistände, die sich im Voraus erkundigen und den Sachverhalt kurz schildern. Informell fragen: „Soll ich einen Antrag schreiben oder soll ich es nicht machen?“ Es gibt Beistände, die den Antrag relativ schnell schreiben, bei denen ich dann sagen muss: „Hm, ich weiss eigentlich gar nicht, was jetzt damit gemeint ist.“ Ich muss dann nachfragen und habe bereits ein Verfahren eröffnet, bei dem sich dann vielleicht im Nachhinein herausstellt, dass das gar nicht notwendig ist. (...) Darum finde ich die Variante sympathischer, zuerst informell abzuklären, ob der Antrag Sinn macht. Dies braucht schlussendlich weniger Aufwand von beiden Seiten.“ BM1, Zeile 897 – 908

Wenn der Fall bei der Behörde abgeschlossen ist, sind die Mandatstragenden für die Fallführung zuständig. Folgende Erwartungen haben die Behördenmitglieder an die Mandatstragenden.

Für BM1 ist es wichtig, dass die Mandatstragenden eine gewisse Professionalität an den Tag legen. Sie sollen sich ihrer Rolle und Verantwortung bewusst sein und sich das notwendige Hintergrundwissen beschaffen. Sie sollen sich abgrenzen können und mit Familien systemisch arbeiten. Sie sollen nach dem vorgegebenen Auftrag die Personen begleiten und unterstützen und sich melden, wenn Anpassungen vorgenommen werden müssen. Nicht zuletzt sollen sie den verbeiständeten Personen mit Toleranz und Respekt begegnen.

BM2 erwartet von den Mandatstragenden, dass sie den Auftrag der KESB selbständig umsetzen, geeignete Methoden für die Zusammenarbeit mit den verbeiständeten Personen wählen, die

Interessen der Verbeiständeten vertreten und der KESB melden, wenn eine Anpassung der Massnahme nötig wird.

Zudem äusserte BM2 auf die Frage, wie die Mandatsführenden in der Praxis mit dem Risiko Schutz/Selbstbestimmung umgehen sollen, dass die Mandatstragenden zuständig sind, anhand der Gespräche zu prüfen, wie viel Selbstbestimmung sie der verbeiständeten Person überlassen können und bei Schwierigkeiten nach Lösungen zu suchen.

„Diese Einschätzung hat der Beistand aufgrund der Gespräche mit dem Klienten, eventuell Angehörigen und involvierten Stellen zu machen, was je nach Situation für den Beistand nicht immer einfach ist. Wenn immer möglich, soll es aber darum gehen, einvernehmliche Lösungen zu finden.“

BM2, Zeile 408-415; nachträglich durch BM2 angepasste Textfassung

Ein letzter Punkt, der einen Einfluss auf die Zusammenarbeit hat, ist die Struktur der Behörde. Sowohl die Behördenmitglieder als auch die Amtsbeistandschaften sind dem KESB-Präsidenten unterstellt. MT1 äusserte, dass sie Mühe mit diesem System hat. Sie führte aus, dass die Interessen der Mandatstragenden nicht mit den Interessen der Behördenmitglieder übereinstimmen müssen. Aus ihrer Sicht ist es nicht möglich, dass eine Person gleichzeitig zwei Parteien, die Sichtweise der Behördenmitglieder und die Sichtweisen der Amtsbeistandschaften, vertreten kann. Deshalb würde sie sich wünschen, dass sowohl die KESB als auch die Amtsbeistandschaft eine eigene Führungsperson hat, die die Interessen der jeweiligen Partei vertreten kann. Auch BM1 äusserte, dass sie sich vorstellen kann, dass einige Mandatstragende Mühe haben, den gleichen Amtsvorsteher wie die Behördenmitglieder zu haben. Aus ihrer Sicht findet sie es wichtig, dass die vorliegende Struktur kritisch betrachtet wird, um zu überprüfen, ob diese in der Form Sinn macht.

7. Synthese

7.1. Forschungsfragen

7.1.1. Erste Forschungsfrage

Welche Typen der Beistandschaft werden verfügt und wie werden diese begründet? Wie berücksichtigen Massnahme und Begründung die Klientenautonomie?

Begründung der verfügten Beistandschaft

Nach Art. 390 ZGB wird bei einer volljährigen Person eine Beistandschaft errichtet, wenn sie aufgrund eines in der Person liegenden Schwächezustandes, wie einer geistigen Behinderung oder psychischen Störung, gewisse Aufgaben nicht mehr selber erledigen kann.

Im Fall von Herrn Ultsch wurde eine Vertretungsbeistandschaft mit Einkommens- und Vermögensverwaltung nach Art. 394 und 395 ZGB errichtet.

Sein Schwächezustand wurde aufgrund seiner psychischen Erkrankung begründet. In der Verfügung wurde dieser Schwächezustand, neben der Aufführung der verschiedenen Abklärungsresultate und der schutzbedürftigen Bereiche, nicht näher beschrieben.

Bei Frau Schmid's Massnahme handelte es sich um eine kombinierte Begleit- und Vertretungsbeistandschaft mit Einkommens- und Vermögensverwaltung nach Art. 393 - 395 ZGB.

Ihr Schwächezustand wurde dadurch begründet, dass sie derzeit nicht in der Lage war, ihre administrativen und finanziellen Angelegenheiten selbständig zu regeln. Sie erhielt in diesen Bereichen bis anhin wenig Anleitung und hatte niemanden, der sie dabei unterstützen konnte. Zudem erwies sich der Berufseinstieg bis anhin als schwierig, was eine zusätzliche Belastung darstellte. In der Begründung wurde zudem festgehalten, dass es sich um eine vorübergehende Massnahme handeln sollte. Die Beiständin sollte Frau Schmid anleiten, dass sie in Zukunft selbständig ihre administrativen und finanziellen Angelegenheiten regeln kann.

Aufgrund der vorgegebenen Kriterien der Forschungsgruppe wurden Vertretungsbeistandschaften untersucht. Bei beiden Fällen wurden aufgrund unterschiedlicher Schwächezustände Vertretungsbeistandschaften errichtet. Während bei Frau Schmid der Schwächezustand sehr ausführlich beschrieben wurde, fehlten bei Herrn Ultsch nähere Details diesbezüglich. Ein möglicher Grund, dass bei Herrn Ultsch auf die erneute Ausführung des Schwächezustandes verzichtet wurde, könnten die detaillierten Abklärungsresultate in der Verfügung sein. Auf der anderen Seite ist aber auch denkbar, dass bei Frau Schmid eine detaillierte Begründung vorgenommen wurde, weil in der Behördensitzung die Notwendigkeit der Errichtung diskutiert wurde und auch der Entschluss festgehalten werden musste, dass es sich um eine vorübergehende Massnahme handeln sollte.

Berücksichtigung der Klientenautonomie in der Massnahme und Begründung

Die Klientenautonomie wurde in beiden Fällen in der Massnahme und Begründung berücksichtigt, insofern, dass bei beiden Personen, wie nach Art. 389 ZGB vorgegeben, die Subsidiarität und Verhältnismässigkeit vor der Errichtung der Massnahme überprüft wurden. Bei Frau Schmid wurde zudem festgehalten, dass es sich um eine vorübergehende Massnahme handeln sollte.

Zur Berücksichtigung der Klientenautonomie soll auch die Massschneiderung beitragen. Nach Aussagen der zwei Mandatstragenden sind in den Verfügungen, trotz der gesetzlich vorgegebenen Massschneiderung, oftmals ähnliche Aufgabenbereiche anzutreffen. Auch BM1 stellt bei der Massschneiderung der Aufgabenbereiche fest, dass die Formulierungen meistens standardisiert sind, da sie den rechtlichen Vorgaben entsprechen müssen. Aber auch, weil die betroffenen Personen oftmals ähnliche Bedürfnisse aufweisen.

Neben der ausgeführten Argumentation von BM1 kann anhand der Werterwartungstheorie eine weitere Annahme als Erklärung aufgestellt werden. Die Werterwartungstheorie geht davon aus, dass sich Personen für die Handlungsalternative entscheiden, bei welcher der zu erwartende Nutzen und dessen Eintrittswahrscheinlichkeit am höchsten ist (Esser, 1996, 94-96)¹⁶. Aufgrund des herrschenden Zeitmangels bei den Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden in der Schweiz kann vermutet werden, dass bei der Bildung und Benutzung von standardisierten Formulierungen am meisten Nutzen erwartet wird, da diese immer wieder verwendet werden können und zur Einsparung von Zeitressourcen beitragen.

Überdies kann eine Parallele zu der Rechtssoziologie hergestellt werden. Die Rechtssoziologie unterscheidet zwischen geltenden Rechtsnormen und dem lebenden Recht (Rehbinder 1977, 10)¹⁷. Die Aussagen von BM1 und den zwei Mandatstragenden können darauf hinweisen, dass die Massschneiderung in der Praxis anders als im Gesetz vorgegeben umgesetzt wird. Zudem sieht die Rechtssoziologie das Recht als Ergebnis gesellschaftlicher Prozesse und untersucht die Entstehung von rechtlichen Grundsätzen aus dem Sozialleben (Rehbinder, 1971, 1-18). Wenn sich in der Praxis etablieren würde, dass bei den Massschneiderungen auf standardisierte Massnahmentypen zurückgegriffen wird, könnte dies zur Folge haben, dass die geltenden Rechtsnormen mit der Zeit dem lebenden Recht angepasst werden müssten.

7.1.2. Zweite Forschungsfrage

Welche Rolle spielen die mandatsführenden Dienste bei Gefährdungsmeldungen, Abklärungen und Formulierung der Mandate?

Rolle der Amtsbeistandschaften bei den Gefährdungsmeldungen

Mit der Eingabe von Gefährdungsmeldungen kommen die Mandatstragenden der Amtsbeistandschaft selten in Kontakt. Im Gegensatz zu Sozialarbeitenden von polyvalenten Sozialdiensten haben sie nur mit Personen Kontakt, bei denen bereits eine erwachsenen- oder kindesschutzrechtliche Massnahme errichtet wurde. So werden von ihnen nur Gefährdungsmeldungen eingereicht, wenn sie bei der Führung einer Massnahme im privaten Umfeld der verbeiständeten Person die Gefährdung einer Drittperson wahrnehmen.

Rolle der Amtsbeistandschaften bei der Abklärung und Mandatsformulierung

In Art. 440-456 ZGB wird die Organisation des neuen Erwachsenenschutzrechtes geregelt. Bei den KESB werden einige grundlegende Sachen, wie die Interdisziplinarität und das Treffen von Entscheidungen in Dreiergremien, vorgegeben. Neben den feststehenden Aspekten sind die Kantone für die weitere Ausgestaltung zuständig (Häfeli, 2013a, 319-321)¹⁸.

Bezüglich den Abklärungen gibt es Behörden, die diese selber mithilfe von internen Abklärungsmitarbeitenden durchführen oder diese an externe Dienste delegieren.

In der vorliegenden Behörde finden die Abklärungen intern statt. Die Mandatstragenden der Amtsbeistandschaften werden nicht in den Abklärungsprozess einbezogen, ausgenommen bei der professionellen Mandatsträgerwahl. Hier wird nach Anfrage der Behörde innerhalb der Amtsbeistandschaft entschieden, wer die Massnahme übernimmt.

Bei der Mandatsübernahme erhalten die zuständigen professionellen Mandatstragenden die Verfügung, jedoch keine weiteren Unterlagen zu den Abklärungen. Sie haben die Möglichkeit, bei der KESB Akteneinsicht zu nehmen.

Somit kann bei der untersuchten Behörde eine klare Rollenteilung zwischen Massnahmeerrichtung und Mandatsführung festgestellt werden.

¹⁶ Vgl. Kapitel 3.3.2

¹⁷ Vgl. Kapitel 3.3.1

¹⁸ Vgl. Kapitel 3.2.1

Bei den Interviews konnte kein Grund erörtert werden, wieso die Mandatstragenden keinen direkten Zugang zu den Abklärungsunterlagen besitzen. Ein möglicher Vorteil dieser klaren Rollenteilung und des fehlenden direkten Zugangs zu den Abklärungsunterlagen könnte sein, dass die mandatsführenden Personen die Zusammenarbeit mit den verbeiständeten Personen aus einer neutralen, unvoreingenommenen Perspektive angehen können. Andererseits zeigte sich bei den Interviews mit den Mandatsführenden, dass der fehlende direkte Zugang zu den Abklärungsunterlagen zur Folge hat, dass die Mandatstragenden zur Akteneinsicht die KESB aufsuchen und einige Dokumente erneut einfordern müssen. Dies bringt einen grösseren Zeitaufwand für die Mandatstragenden mit sich.

Hier kann eine Parallele zu der Machtthematik von Staub-Bernasconi gezogen werden. Staub-Bernasconi (2014, 375ff) unterscheidet zwischen Behinderungs- und Begrenzungsmacht. Unter Begrenzungsmacht wird verstanden, wenn trotz unterschiedlichen Positionen die Rechte und Pflichten in jeder Position ausgewogen sind. Die Begrenzungsmacht hat in ihrer Organisation Strukturen, wie zum Beispiel die Gewaltenteilung, die vor zu grossen Machtkonzentrationen schützen soll. Bei der Behinderungsmacht hingegen sind die Rechte und Pflichten unausgeglichen. So kann es sein, dass die höheren Positionen fast ausschliesslich Rechte haben, während die untergeordneten für die Ausführungen zuständig sind.¹⁹

Die Behördenmitglieder haben mit der Abklärung und der Massnahmeerrichtung eine andere Aufgabe und somit andere Rechte und Pflichten als die Mandatstragenden bei der Mandatsführung. Wenn die Mandatstragenden für die Ausübung ihrer Aufgabe vermehrt auf die Abklärungsunterlagen angewiesen sind, kann dieser fehlende direkte Zugang als Behinderungsmacht interpretiert werden.

Des Weiteren kann das interpretative Paradigma zu zusätzlichen Interpretationen herangezogen werden. Im Gegensatz zum normativen Paradigma, das davon ausgeht, dass sich Personen bei ihren Handlungen an vorgegebenen Normen und Rollenerwartungen orientieren, nimmt das interpretative Paradigma an, dass Personen, nach einer gemeinsamen Situationswahrnehmung, aktiv am Deutungsprozess über Art und Ablauf von Handlungen beteiligt sind. Zudem werden Rollen aktiv übernommen (Keller, 2009, 21-23). Nach den Ausführungen von Birgit Kreuzer in Kapitel 3.3.3 bedeutet dies, „dass die Handelnden gemeinsame Situationswahrnehmung aufbauen und ihre Rollen sowie die damit verbundenen Handlungen und Interaktionen in einem permanenten Deutungsprozess aktiv übernehmen und gestalten.“²⁰

Im Gegensatz zu den Sozialarbeitenden, die neben der Mandatsführung Abklärungen für die KESB durchführen, finden bei der vorliegenden Behörde weniger Kontakte zwischen der KESB und den Mandatstragenden statt. Dies kann zur Folge haben, dass die Situationswahrnehmungen und der permanente Deutungsprozess der Rollen und Handlungen unabhängig voneinander geschehen. Hingegen können die unterschiedlichen Perspektiven zum Vorteil haben, dass bei einem Austausch Denkprozesse angestossen werden, da das interpretative Paradigma davon ausgeht, dass Denken durch Handlungsirritationen entsteht (Keller, 2009, 23).

Obwohl die Mandatstragenden keinen Einfluss auf die Abklärungen und die Massnahmeerrichtung nehmen können, konnte bei den Interviews in Erfahrung gebracht werden, dass die Mandatstragenden einen Einfluss auf die Massnahmenanpassung haben. MT1 nimmt in der Praxis wahr, dass ihre Anträge für Massnahmenanpassungen von den Behördenmitgliedern berücksichtigt und oft nach einer Abklärung umgesetzt werden. So äusserten auch die beiden Behördenmitglieder, dass sie die Erwartung haben, dass die Mandatstragenden Massnahmenanpassungen beantragen, wenn sich die Situation der verbeiständeten Personen verändert hat.

Im Gegensatz zu der Massnahmeerrichtung sind die Behördenmitglieder bei den Massnahmenanpassungen auf die Informationen der Mandatstragenden angewiesen, da diese im

¹⁹ Vgl. Kapitel 3.3.4

²⁰ Vgl. Kapitel 3.3.3

Alltag mit den verbeiständeten Personen zusammenarbeiten und relevante Veränderungen wahrnehmen.

7.1.3. Dritte Forschungsfrage

Von welchen Gesichtspunkten (Kontrolle / Autonomie) lassen sich die institutionellen Akteure im Verfahren leiten? Wie ziehen sie die Klienten bei der Entscheidvorbereitung mit ein?

Einbezug der Klientel in die Entscheidvorbereitung

In Art. 447 ZGB ist vorgegeben, dass jede Person vor der Errichtung einer Beistandschaft persönlich angehört werden muss, insofern dies verhältnismässig ist. Sowohl Herr Ultsch als auch Frau Schmid wurden vor der Errichtung der Massnahme angehört.

Herr Ultsch äusserte bei der zweiten Anhörung den Wunsch, dass ihn der Beistand bei der Findung einer Tagesstruktur unterstützen sollte. Diese Bitte wurde in die Verfügung aufgenommen. BM2 äusserte, dass sie grundsätzlich die Wünsche der Betroffenen berücksichtigen, wenn diese aufgrund der Abklärungen angemessen beziehungsweise umsetzbar seien, da mit dem Einverständnis des Betroffenen in der Regel alles einfacher geht.

Im Fall von Frau Schmid wurde zweimal ein Abklärungsverfahren eröffnet. Im ersten Verfahren äusserte sie, dass sie aus ihrer Sicht zurzeit keine Unterstützung benötige. Aufgrund der Tatsache, dass sie in Kürze volljährig wurde und auch die Behörde keine Anzeichen für die Notwendigkeit einer Erwachsenenschutzmassnahme sah, wurde keine Massnahme errichtet. Zehn Monate später, im zweiten Abklärungsverfahren, war Frau Schmid mit der Errichtung einer Begleit- und Vertretungsbeistandschaft mit Einkommens- und Vermögensverwaltung einverstanden.

An dieser Stelle werden zur Interpretation die Partizipationsstufen von Strassburger und Rieger herangezogen. Strassburger und Rieger (2014, 24-26) unterscheiden bei der Partizipation zwischen folgenden sechs Stufen: Information, Erfragung der Meinung, Einholen der Lebensweltexpertise, Zulassung von Mitbestimmung, teilweise Übertragung von Entscheidungskompetenzen und Übertragung der Entscheidungsmacht. Während die ersten drei Stufen die Vorstufen der Partizipation darstellen und die Betroffenen keinen direkten Einfluss auf die Entscheidung nehmen können, repräsentieren die letzten drei die eigentlichen Stufen der Partizipation.²¹

Die Forschungsergebnisse zeigen auf, dass bei der KESB nur die ersten drei Stufen der Partizipation möglich sind. Neben der Information und der Erfragung der Meinung der Betroffenen werden je nach Fall zusätzlich die Einschätzung der involvierten Fachpersonen und Angehörigen aus dem Lebensumfeld der betroffenen Personen eingeholt. Bei der KESB sind nur die Vorstufen der Partizipation möglich, da diese den Auftrag hat, nach einer Gefährdungsmeldung die Notwendigkeit einer Massnahme zu überprüfen. Unabhängig vom Einverständnis der jeweiligen Person wird eine Massnahme errichtet, wenn dies der vorliegende Sachverhalt erfordert.

So wurde der Wunsch von Herrn Ultsch, dass der Beistand ihn auch bei der Findung einer Tagesstruktur unterstützt, berücksichtigt, da die Behörde es ebenfalls als sinnvoll erachtete, dass er in diesem Bereich Unterstützung erhält. Zugleich konnte Frau Schmid's Verzicht auf die Errichtung einer Massnahme im ersten Abklärungsverfahren nur berücksichtigt werden, weil die KESB zu diesem Zeitpunkt auch keinen Grund für die Notwendigkeit einer Massnahme feststellte. Dies zeigt auf, dass die Meinungen der betroffenen Personen und der anderen Involvierten angehört werden, die Entscheidungsmacht aber letztlich der KESB obliegt.

²¹ Vgl. Kapitel 3.2.2

Gesichtspunkte Kontrolle und Autonomie

Ob sich die Behördenmitglieder im Verfahren von dem Gesichtspunkt Kontrolle oder Autonomie leiten lassen, kann aufgrund der vorliegenden Forschungsergebnisse nicht festgestellt werden. Einige Sachverhalte, wie die Beachtung der Subsidiarität, die Anhörung der Betroffenen, die Berücksichtigung des Wunsches von Herrn Ultsch durch BM2 und die Suche nach anderweitigen Lösungen bei Widerstand durch BM1, weisen auf die Berücksichtigung der Autonomie hin. Auf der anderen Seite sind die Beachtung der Subsidiarität und die Anhörung der Betroffenen gesetzlich vorgegeben.

Die Handlungsbegründungen der Behördenmitglieder lassen keinen Schluss zu. Um Feststellungen machen zu können, von welchem Gesichtspunkt sich die Behördenmitglieder im Verfahren leiten lassen, müssten mehrere Fälle pro Behördenmitglied untersucht und verglichen werden.

7.1.4. Vierte Forschungsfrage

Wie werden die Aufträge von den Mandatstragenden verstanden und umgesetzt? Inwieweit berücksichtigen Mandatstragende bei der Interpretation des Mandats die Sichtweise der Klienten?

Auswirkungen des neuen Rechtes auf die Mandatsführung

Aus der Sicht von MT2 sind bei der Ausarbeitung des neuen Gesetzes zu wenige Zeitressourcen für die Begleitung verbeiständeter Personen einberechnet worden. Dies hat seiner Meinung nach zur Folge, dass die Förderung der Selbstbestimmung, die das neue Gesetz bewirken möchte, nicht eintritt, da weniger Zeitressourcen pro Person zur Verfügung stehen, als dies unter altem Recht der Fall war.

Wenn zu wenige Zeitressourcen bei der Mandatsführung vorhanden sind, kann dies Auswirkungen auf die Zusammenarbeit mit den verbeiständeten Personen haben. Es besteht die Gefahr, dass die Mandatstragenden bevorzugen, die Aufgaben für die verbeiständeten Personen selber zu erledigen, als mit ihnen darauf hinzuwirken, dass sie diese wieder selbständig ausführen können. Es kann aber auch dazu führen, dass aufgrund der mangelnden Zeitressourcen die Mandatstragenden versuchen, möglichst viele Aufgaben an die Verbeiständeten zu retournieren und diese so wieder mehr Verantwortung und Freiräume erhalten.

Des Weiteren stellte MT2 fest, dass im neuen Recht die Aufträge viel klarer definiert sind und als Folge davon der Handlungsspielraum der Mandatstragenden kleiner geworden ist. Aus der Sicht von MT2 kann dies zum Nachteil haben, dass die Mandatstragenden weniger flexibel in ihrer Arbeit sind und vermehrt Anträge für Anpassungen stellen müssen.

Hingegen führte MT1 aus, dass sie die klare Auftragsdefinition schätzt. Im alten Recht hatte sie oft wahrgenommen, dass Drittpersonen davon ausgingen, dass die Mandatstragenden für alle Handlungen zuständig sind, wenn für eine Person eine vormundschaftliche Massnahme errichtet worden war. Auch die betroffenen Personen selbst wussten oftmals nicht, für welche Aufgaben die Mandatstragenden zuständig waren. MT1 äusserte weiter, dass die Aufgaben der Mandatstragenden im neuen Recht nun klarer definiert sind. Dies hat ihrer Meinung nach auch den Vorteil, dass sie anhand der Aufgabenbereiche mit den verbeiständeten Personen klar umschriebene Ziele ausarbeiten und so die Selbständigkeit besser fördern kann.

Umsetzung der Aufträge

MT1 erhielt als Beiständin die Aufträge, Frau Schmid bezüglich ihrer Wohnsituation und der Geltendmachung ihrer finanziellen Ansprüche sowie bei Fragen hinsichtlich ihrer Berufsausbildung und Arbeit begleitend zu unterstützen. Weiter muss sie Frau Schmid bei der Erledigung administrativer und finanzieller Angelegenheiten vertreten und ihr Einkommen und Vermögen verwalten.

Da die Beistandschaft von Frau Schmid erst kürzlich errichtet wurde, führte MT2 im Interview aus, dass die Erstellung des Budgets vordergründig sei. Weiter wichtig sei die Planung der beruflichen Zukunft, da Frau Schmid in Kürze ihr Praktikum als Au-Pair-Mädchen beenden werde.

MT2 erhielt als Beistand die Aufgaben, Herrn Ultsch bei der Findung einer geeigneten Beschäftigung zu unterstützen und für eine geeignete Wohnsituation besorgt zu sein. Weiter muss MT2 für das gesundheitliche Wohl seines Klienten sowie für eine hinreichende medizinische Unterstützung sorgen, ihn bezüglich medizinischer und gesundheitlicher Anliegen beraten und allfällige Arzttermine koordinieren. Ferner muss MT2 das Einkommen und Vermögen von Herrn Ultsch verwalten und ihn bei der Erledigung von administrativen und finanziellen Angelegenheiten vertreten.

Bis zum Zeitpunkt des Interviews traf MT2 Herrn Ultsch alle ein bis zwei Monate zu einer Besprechung, an der meistens die Eltern und der Bruder teilnahmen. Ausserdem stand MT2 im Austausch mit Herrn Ultschs Psychiater und er nahm an einzelnen Gesprächsterminen der beiden teil. Da Herr Ultsch vor seinem stationären Aufenthalt mit der aktuellen Wohnunterkunft nicht mehr zufrieden war, unterstützte ihn MT2 bei der Suche nach einer neuen Wohnung. Nicht zuletzt verwaltet MT2 das Vermögen und Einkommen von Herr Ultsch. Wöchentlich überweist er ihm das Geld für den Lebensunterhalt. Die Aufgabe bezüglich der Findung einer Tagesstruktur für Herrn Ultsch konnte mit dem bevorstehenden Eintritt in das begleitete Wohnen erfüllt werden. Ein entsprechendes Beschäftigungsprogramm wurde bis zum Zeitpunkt des Interviews nicht gefunden. Die Gründe hierfür führte MT2 nicht näher aus.

Bei MT2 kann festgestellt werden, dass er sich bei der Zusammenarbeit mit Herrn Ultsch an seinen Aufträgen orientiert. Bei MT1 hingegen können keine Schlüsse gezogen werden, da die Beistandschaft vor Kurzem errichtet wurde und deshalb noch nicht viele Aufträge umgesetzt werden konnten.

Berücksichtigung der Klientenautonomie

MT1 arbeitet mit Zielvereinbarungen, die gemeinsam mit den verbeiständeten Personen definiert werden. Ebenso versucht sie, transparent zu arbeiten und den verbeiständeten Personen schrittweise die Verantwortung zurückzugeben.

Hier kann eine Parallele zu Kähler und Zobrist gezogen werden. Wie MT1 führen Kähler und Zobrist (2013, 86-101) das Aushandeln von Zielen und die Berücksichtigung der Transparenz als wichtige Punkte in der Zusammenarbeit mit Klientinnen und Klienten im Pflichtkontext aus. Des Weiteren weisen Kähler und Zobrist (2013, 33-43) darauf hin, dass Personen unterschiedliche Ziele, Motive oder Bedürfnisse verfolgen und somit unterschiedlich motiviert sein können.²²

Die gemeinsamen Zielvereinbarungen können gute Möglichkeiten darstellen, um zu erfahren, für welche Veränderungen die verbeiständeten Personen motiviert sind. Auf der anderen Seite müssen sich die Mandatstragenden bewusst sein, dass die verbeiständeten Personen andere Ziele als sie selbst verfolgen können. So muss es nicht sein, dass die verbeiständeten Personen motiviert sind, an sich zu arbeiten und wieder mehr Verantwortung zu übernehmen. Kähler und Zobrist unterscheiden zwischen Personen, die motiviert sind, sich zu verändern und Personen, die ausschliesslich motiviert sind, mit den Mandatstragenden in Kontakt zu treten (Kähler und Zobrist, 2013, 37-38).

Des Weiteren erlauben die Ausführungen von MT1 hinsichtlich der Zusammenarbeit mit verbeiständeten Personen aufzuzeigen, dass in der Mandatsführung alle Partizipationsstufen (Information, Erfragung der Meinung, Einholen der Lebensweltexpertise, Zulassung von Mitbestimmung, teilweise Übertragung von Entscheidungskompetenzen und Übertragung der Entscheidungsmacht) möglich sind. Einige von MT1 veranschaulichte Beispiele hierzu sind, dass die verbeiständeten Personen den Rechenschaftsbericht zum Lesen erhalten, die Ziele für die Zusammenarbeit gemeinsam formuliert werden und junge Personen ihr Kleidergeld selbständig

²² Vgl. Kapitel 3.3.5

verwalten. Auch bei der Zusammenarbeit von Herr Ultsch und MT2 können mehrere Partizipationsstufen beobachtet werden.

Bei MT2 können weniger Schlüsse gezogen werden, wie seine Zusammenarbeit mit verbeiständeten Personen aussieht, da er aufgrund der fallspezifischen Fragen ausschliesslich die Zusammenarbeit mit Herrn Ultsch schilderte. Aus der Sicht von MT2 hat sich seit Beginn der Mandatsführung wenig verändert. Die Zusammenarbeit mit Herrn Ultsch war schwierig, weil dieser an paranoider Schizophrenie leidet und sich nicht mit Medikamenten behandeln lassen will. An dieser Stelle würde es Hintergrundwissen zum Krankheitsbild der Schizophrenie benötigen, um näher darauf eingehen zu können, wie mit betroffenen Personen zusammengearbeitet und in welchen Rahmen ihre Selbstbestimmung berücksichtigt werden kann.

Bei beiden Mandatstragenden kann festgestellt werden, dass die Gestaltung der Mandatsführung auf die jeweiligen Personen und deren Schwächezustand angepasst wird. So wird zum Beispiel unterschieden, ob es sich um eine Zusammenarbeit mit einer jungen Frau oder mit einer demenzkranken Person im Altersheim handelt.

Positiv zu werten ist, dass die erwähnten Beispiele aufzeigen, dass die Mandatstragenden individuell auf die verbeiständeten Personen eingehen. Auf der anderen Seite kann anhand der Werterwartungstheorie vermutet werden, dass die Mandatstragenden aufgrund der hohen Fallbelastung mehr Zeit für die Autonomiegewährung bei denjenigen verbeiständeten Personen investieren, bei denen die Aussicht auf eine Verbesserung der Situation realistisch ist.

7.1.5. Fünfte Forschungsfrage

Wie kontrollieren die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden die Respektierung der Klientenautonomie durch die mandatsführenden Dienste?

Der Rechenschaftsbericht stellt das Kontrollinstrument der Behörde dar. Wenn es zwischenzeitlich zu keinen Vorfällen kommt, wie zum Beispiel der Eingang einer Beschwerde durch eine verbeiständete Person oder die Beantragung von Unterstützung durch einen Mandatstragenden, wird die KESB alle zwei Jahre bei der Kontrolle des Rechenschaftsberichtes über den Verlauf der Mandatsführung informiert.

Beim Rechenschaftsbericht sind bestimmte Kriterien und Fragen vorgegeben, die erfüllt beziehungsweise beantwortet werden müssen. Innerhalb des Rechenschaftsberichtes können die Behördenmitglieder sehen, wie die Mandatsführung in den letzten zwei Jahren gehandhabt wurde.

Aus den geführten Interviews geht nicht hervor, ob und inwiefern die Behördenmitglieder eingreifen, wenn sie mit der Mandatsführung nicht einverstanden sind oder wenn aus ihrer Sicht die verbeiständeten Personen zu wenig einbezogen wurden.

Der Rechenschaftsbericht und die Rechnung stellen das einzige Kontrollinstrument der KESB dar. Kritisch betrachtet werden kann, dass der Rechenschaftsbericht durch die mandatstragenden Personen selber verfasst wird. Die verbeiständeten Personen befinden sich in einem ungleichen Machtverhältnis zu den Mandatstragenden. Bei Unrechtserfahrungen können sich die verbeiständeten Personen mit einer Beschwerde an die Behörde richten, wobei zu hinterfragen ist, ob alle Personen, die aufgrund eines Schwächezustandes verbeiständet worden sind, dazu in der Lage sind.

Andererseits zeigt diese Handhabung auf, dass die Mandatstragenden viel Verantwortung tragen. Nach der Errichtung der Massnahme sind sie für die Massnahmengestaltung zuständig. Innerhalb der Mandatsführung tragen sie die Verantwortung und das Risiko für die Autonomiegewährung. Wie aus dem Interview mit BM2 hervorgeht, sieht sie es als Aufgabe der Mandatstragenden, anhand der Gespräche zu prüfen, wie viel Selbstbestimmung sie der verbeiständeten Person überlassen kann, und bei Schwierigkeiten nach Lösungen zu suchen.

Hier kann eine Parallele zum Doppel- und Tripelmandat von Staub-Bernasconi gezogen werden. Das Doppelmandat bedeutet für die Sozialarbeitenden ein Spannungsverhältnis „zwischen den Anliegen, Interessen und Rechten der Klientel sowie den Aufträgen, Interessen und Pflichtvorstellungen der Träger“ (Staub-Bernasconi, 2007, 6). Im Tripelmandat wird die Sozialarbeit als Profession angesehen. Die Sozialarbeitenden nehmen eigenständig Situationsbeurteilungen und Entscheidungsfindungen vor, bei denen sie sich auf den Ethikkodex und die Handlungstheorien der Profession Sozialer Arbeit stützen. Die Orientierung am Ethikkodex und an wissenschaftlich fundierten Methoden legitimieren die Soziale Arbeit, sich eigene, professionelle Aufträge zu geben (Staub-Bernasconi, 2007, 6-7).²³

Wie beim Doppel- und Tripelmandat beschrieben befinden sich die Mandatstragenden in einem Spannungsverhältnis zwischen den Aufträgen und Anforderungen der KESB und den Anliegen der verbeiständeten Personen. Wenn vom Tripelmandat ausgegangen wird, kommen die Aufträge der Sozialarbeitenden, die sie aufgrund ihres Berufskodexes und ihrer Handlungstheorien verfolgen, hinzu. Die Mandatstragenden haben in der Praxis die herausfordernde Aufgabe, zwischen den drei verschiedenen Interessensparteien einen Konsens zu finden.

7.1.6. Sechste Forschungsfrage

Wie hängen die Beziehung zwischen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden, den mandatsführenden Diensten und der Klientel mit der kantonal unterschiedlichen Behördenstruktur zusammen?

Die letzte Fragestellung wird von der Forschungsgruppe ausserhalb des Rahmens der Bachelorarbeit bearbeitet. Innerhalb der Bachelorarbeit wurde bei der Forschung auf ein einheitliches Vorgehen geachtet. Zur Beantwortung der oben genannten Fragestellung werden nach der Publizierung der Bachelorarbeiten die Resultate der verschiedenen Behörden verglichen und die Veröffentlichung der Forschungsergebnisse in einem Fachartikel in Erwägung gezogen.

7.2. Schlussfolgerung

Wie wird das Prinzip der Klientenautonomie im Zusammenspiel zwischen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden und mandatsführenden Diensten umgesetzt?

Nach der Beantwortung der verschiedenen Forschungsfragen wird zur Abrundung der Synthese in diesem Kapitel auf die Hauptforschungsfrage eingegangen.

Wie bereits bei den vorherigen Forschungsfragen erwähnt worden ist, findet bei der vorliegenden Behörde eine klare Rollenteilung statt. Während die KESB für die Abklärungen und Massnahmeerrichtungen zuständig ist, sind die Mandatstragenden für die Gestaltung der Mandatsführung verantwortlich. Diese klare Rollenteilung nimmt Einfluss auf die Zusammenarbeit zwischen Mandatstragenden und Behördenmitgliedern und somit auf die Gewährung der Klientenautonomie.

Für die Mandatstragenden kann die Rollenteilung zum Vorteil haben, dass sie bei der Gestaltung der Mandatsführung über viele Handlungsspielräume verfügen. Wenn es zu keinen Zwischenfällen kommt, überprüft die Behörde alle zwei Jahre die Mandatsführung der Mandatstragenden, indem sie den Rechenschaftsbericht und die Rechnung kontrolliert. Kritisch zu betrachten ist, dass der Rechenschaftsbericht von den mandatstragenden Personen selbst verfasst wird. Überdies muss hinterfragt werden, inwiefern der Rechenschaftsbericht über die Gewährung der Autonomie Auskunft gibt und ob die Behördenmitglieder überhaupt eingreifen

²³ Vgl. Kapitel 3.2.4

würden, wenn sie der Ansicht sind, dass die Anliegen der verbeiständeten Personen und deren Selbstbestimmung zu wenig berücksichtigt werden.

Auf der anderen Seite hat die klare Rollenteilung für die Mandatstragenden zur Folge, dass sie nach der Errichtung der Massnahme die Verantwortung für die Mandatsführung und die Autonomiegewährung tragen. Sie haben die Aufgabe, in der Zusammenarbeit mit den verbeiständeten Personen immer wieder abwägend zwischen den beiden Polen Schutz und Selbstbestimmung zu agieren. Zudem müssen sie den vorgegebenen Auftrag umsetzen, ohne dass sie die Möglichkeit hatten, bei der Massnahmeerrichtung mitzuwirken. Aus diesem Grund stellt die Beantragung einer Massnahmenanpassung ein wichtiges Instrument dar, welches den Mandatstragenden ermöglicht, auf die Massnahmenformulierung Einfluss zu nehmen.

Auch für die Behördenmitglieder bringt die klare Rollenteilung Vor- und Nachteile mit sich. Wenn die Abklärungen innerhalb der Behörden stattfinden, kann davon ausgegangen werden, dass sich im Laufe der Zeit eine Praxis einspielt. Die Behördenmitglieder müssen sich mit weniger Interessenkonflikten auseinandersetzen, weil die Mandatstragenden bei der Massnahmenformulierung nicht mitreden können. Auf der anderen Seite würde die Mitsprache der Mandatstragenden bei den Abklärungen zum Vorteil haben, dass aufgrund der unterschiedlichen Perspektiven eine Diskussion stattfinden würde und dadurch alle Beteiligten ihre Ansichten neu überdenken müssten.

Deshalb ist in der vorliegenden Behörde die Beantragung einer Massnahmenanpassung relevant, da dadurch ein Austausch über die Formulierung der Massnahme zwischen Behördenmitgliedern und Mandatstragenden stattfindet. Dieser Austausch ist auch von Bedeutung, da das neue Erwachsenenschutzrecht viele Änderungen mit sich bringt. Es muss ein neuer Umgang mit den verschiedenen Handlungsspielräumen gefunden werden, da keine Möglichkeit mehr besteht, auf bekannte Routinen zurückzugreifen.

Auf der anderen Seite ist die Massnahmenformulierung sehr wesentlich, da bereits hier entschieden wird, in welchen Bereichen die Personen vertreten und dadurch ihre Selbstbestimmung beschränkt wird.

Zum Austausch der vorliegenden Behörde mit den Amtsbeistandschaften tragen auch die regelmässigen gemeinsamen Treffen bei, an denen über Fälle und Fragen gesprochen wird.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Mandatstragenden viel Spielraum bei der Umsetzung der Massnahmen haben. Die Forschungsergebnisse zeigen auf, dass alle Partizipationsstufen möglich sind. Es hängt jedoch sehr von den Mandatstragenden ab, inwieweit die Selbstbestimmung berücksichtigt wird. Dabei nimmt der Umgang mit den knappen zeitlichen Ressourcen und das Abwägen der Risiken, die mit der Gewährung von Selbstbestimmung einhergehen, einen wichtigen Einfluss.

Bei Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden kann schlussfolgernd gesagt werden, dass aufgrund ihres Auftrages nur die Vorstufen der Partizipation möglich sind. Jedoch ist der Einbezug der betroffenen Personen und die Berücksichtigung ihrer Selbstbestimmung durch rechtliche Vorgaben, wie das Recht auf Anhörung, das Prinzip der Verhältnismässigkeit und der Subsidiarität, die Berücksichtigung des Vorsorgeauftrages, festgelegt. Bei der Massschneiderung kann vermutet werden, dass aufgrund der zeitlichen Ressourcen eine erneute Typisierung stattfindet. Die Aufgabenbereiche werden zwar aufgrund der Bedürfnisse der Betroffenen beschrieben, aber für die verschiedenen Aufgabenbereiche gibt es vorgegebene Formulierungen, auf die bei der Massnahmenformulierung zurückgegriffen werden kann.

8. Fazit

8.1. Persönliche Stellungnahme

Das Verfassen der Bachelorarbeit und die erforderlichen Vorarbeiten, wie zum Beispiel die geführten Interviews mit den Behördenmitgliedern und Mandatstragenden der untersuchten Behörde, waren eine sehr spannende, intensive und auch herausfordernde Erfahrung. Es war meine erste grössere Forschungsarbeit. Ich lernte die verschiedenen Gesichtspunkte und das Vorgehen einer Forschung kennen sowie auch unterschiedliche Forschungs- und Auswertungsmethoden.

Neben der Forschung war für mich die vertiefte Auseinandersetzung mit dem Erwachsenenschutzrecht relevant. Im August 2015 trat ich meine erste Arbeitsstelle bei einem polyvalenten Sozialdienst an. Im Dezember 2015 wurden mir die ersten erwachsenenschutzrechtlichen Massnahmen übertragen. Vor meiner Bachelorarbeit kannte ich das Erwachsenenschutzrecht hauptsächlich vom vorgegebenen Recht her. Meiner Meinung nach werde ich in meinem Berufsalltag sehr davon profitieren, dass ich durch meine Bachelorarbeit die Möglichkeit hatte, bei einer Behörde die Umsetzung der Klientenautonomie aus der Perspektive des Beobachters zu erforschen. Die gesammelten Erkenntnisse kann ich in meinen Berufsalltag mitnehmen. So konnte ich zum Beispiel bei meiner Forschung feststellen, dass die Mandatstragenden nach der Errichtung der Massnahme die Verantwortung für die Autonomiegewährung und die Gestaltung der Mandatsführung tragen. Mir wurde auch bewusst, dass die Mandatstragenden neben den vorgegebenen Aufträgen einen grossen Gestaltungsspielraum haben, innerhalb dem sie frei sind, mit verschiedenen Methoden zu arbeiten und die Möglichkeit haben, diesen Gestaltungsspielraum zugunsten der verbeiständeten Personen zu nutzen. Nicht zuletzt lernte ich durch die Beschäftigung mit der Thematik neue Theorien und Konzepte kennen, die für meinen Berufsalltag nützlich sind. Insbesondere die Partizipationsstufen von Strassburger und Rieger und die Werterwartungstheorie werden mir präsent bleiben. Meiner Ansicht nach können die Partizipationsstufen im Berufsalltag hilfreich sein, um zu reflektieren, inwieweit die Klientinnen und Klienten einbezogen werden und wie die Partizipation erweitert werden kann. Das Werterwartungsmodell kann zur Erklärung der eigenen Entscheidungsfindung oder der Entscheidungsfindung Dritter herangezogen werden.

Nachdem ich mich intensiv mit dem Erwachsenenschutzrecht in meiner Bachelorarbeit auseinandersetzen konnte, bin ich gespannt, wie es mir in der Praxis gelingen wird, die Förderung der Selbstbestimmung umzusetzen und die Balance zwischen Selbstbestimmung und Schutz herzustellen.

8.2. Grenzen der Forschung

In unserer Forschung führten wir fallspezifische Interviews durch. Diese ermöglichten uns, ohne die Thematik Selbstbestimmung anzusprechen, zu erfahren, wie die Professionellen in der Praxis die Massnahmeerrichtung und Mandatsführung handhaben und wie sie die betroffenen Personen in diesen Prozess miteinbeziehen. Zudem konnten wir dank der vorgängigen Dokumentenanalyse spezifische Klärungsfragen stellen und Widersprüche zwischen den Interviews und den Inhalten der Akten ausmachen. Der grosse Vorteil der fallspezifischen Forschung war, dass wir sehr konkrete und praxisnahe Antworten erhielten.

Grenzen in unserem Forschungsvorgehen stellte ich bei der Bearbeitung des Forschungsmaterials fest. Durch die fallspezifischen Interviews sind allgemeine Schlüsse nur bedingt möglich. In den Interviews erfuhren wir, wie die Professionellen beim jeweiligen Fall vorgegangen sind. Dieses Vorgehen kann nicht verallgemeinert werden, da ich bereits beim Vergleich der Mandatstragenden feststellte, dass die Gestaltung der Zusammenarbeit je nach verbeiständeter Person und je nach ihrem Schwächezustand anders gehandhabt wird. Um eine grössere

Vergleichbarkeit herstellen zu können, müssten zwei Fälle mit ähnlichem Schwächezustand erforscht werden.

Die gleiche Schwierigkeit stellte ich bei der Beantwortung der Forschungsfragen fest. Zu Beginn der Forschung waren unsere Fragen sehr allgemein, wie zum Beispiel, von welchen Gesichtspunkten sich die Professionellen im Verfahren leiten lassen. Auch hier ist es aufgrund unseres Forschungsvorgehens nicht möglich, diese Frage ganzheitlich zu beantworten. Wir können diese Frage nur aufgrund des Vorgehens beim vorliegenden Fall beantworten. Es kann aber nicht vorausgesetzt werden, dass in jedem Fall das gleiche Vorgehen zum Tragen kommt.

Bei einer weiteren Forschungsarbeit würde ich es persönlich bevorzugen, nur zwei Behördenmitglieder oder zwei Mandatstragende zu interviewen und mit beiden Interviewpartnern drei verschiedene Klientenfälle mit unterschiedlichen Schwächezuständen zu thematisieren, wobei diese Fälle bei beiden Interviewpartnern ähnlich sein müssten. Dies würde mir ermöglichen, die Arbeit der Mandatstragenden oder Behördenmitglieder besser vergleichen zu können und zu erfahren, worin die Unterschiede und Gemeinsamkeiten bei der Massnahmeerrichtung oder Mandatsführung liegen.

8.3. Weiterführende Fragestellungen

Zwei weiterführende Fragen, die sich mir in Bezug auf die Berücksichtigung der Selbstbestimmung stellen, sind folgende:

- Wie gehen Mandatsführende in der Praxis mit der hohen Fallbelastung um? Was für einen Einfluss hat die hohe Fallbelastung auf die Zusammenarbeit mit den verbeiständeten Personen?
- Wie wird von den Mandatstragenden die Berücksichtigung der Selbstbestimmung von verbeiständeten Personen in stationären Einrichtungen sichergestellt? Welche Kompetenzen werden an die Institution vor Ort abgetreten?

Auch wäre bei einer weiterführenden Forschung sinnvoll die Thematik der Förderung der Selbstbestimmung aus der Sicht der verbeiständeten Personen zu untersuchen. Folgende Fragestellungen wären hierzu möglich:

- Wie wird der Einbezug in die Massnahmeerrichtung von den betroffenen Personen wahrgenommen? Inwiefern wird aus ihrer Sicht ihre Meinung berücksichtigt?
- Wie nehmen die verbeiständeten Personen die Zusammenarbeit mit den Mandatstragenden wahr? Haben sie aus ihrer Sicht genügend Einflussmöglichkeiten auf die Gestaltung der Mandatsführung?
- Inwiefern kennen die verbeiständeten Personen ihre Rechte und Pflichten? Welche Möglichkeiten kennen sie, sich gegen Entscheide der KESB oder der Mandatsführenden zu wehren?

8.4. Konsequenzen für die Soziale Arbeit

In diesem Kapitel wird auf einzelne Forschungserkenntnisse und deren Konsequenz für die Soziale Arbeit eingegangen.

Die Forschungsergebnisse haben gezeigt, dass die Mandatstragenden nach der Errichtung der Massnahme über viele Handlungsspielräume verfügen. Es ist wichtig, dass die Mandatstragenden diese nützen. So haben sie die Möglichkeit, verschiedene methodische Vorgehensweisen anzuwenden und die Mandatsführung für die verbeiständeten Personen individuell zu gestalten.

Des Weiteren wurde in den Interviews die hohe Fallbelastung angesprochen, die einen wesentlichen Einfluss auf die Arbeit der Sozialarbeitenden nimmt. Dies betrifft sowohl Mandatstragende und Behördenmitglieder als auch viele Sozialarbeitende in anderen Beratungsbereichen. Mit der hohen Fallbelastung muss in der Praxis ein passender Umgang gefunden werden. Sozialarbeitende sind gezwungen, sich mit ihrem Zeitmanagement

auseinanderzusetzen und für sich ein gutes System im Umgang mit den Zeitressourcen zu finden. Dafür benötigt es eine klare Prioritätensetzung, vor allem in der KESB, wo die Dringlichkeit der Gefährdungsmeldungen eingeschätzt werden müssen. Hierbei können verschiedene Bücher, die sich mit unterschiedlichen Zeitmanagementmethoden auseinandersetzen, aber auch der Austausch unter den Berufsleuten helfen.

Weiter wurde in der vorliegenden Arbeit das Abwägen zwischen den Polen ‚Schutz und Selbstbestimmung‘ untersucht. Die Behördenmitglieder werden mit diesem Spannungsfeld bei der Abklärung und Massschneidung der Massnahmen konfrontiert und die Mandatstragenden müssen in der alltäglichen Praxis Entscheidungen zwischen diesen beiden Polen treffen. Die Behördenmitglieder und Mandatstragenden tragen hier viel Verantwortung, auch weil sie oft Entscheide innert kürzester Zeit treffen müssen. Deshalb ist es wichtig, dass es Gefässe zur Selbstreflexion oder Inter- und Supervision gibt, um das Handeln reflektieren und überprüfen zu können. Meiner Meinung nach wäre es hilfreich, wenn weitere Hilfsmittel entwickelt werden könnten, um den Sozialarbeitenden im Berufsalltag zu helfen.

Nicht zuletzt ist das Tripelmandat eine Herausforderung. Wie die Behördenmitglieder und die Mandatstragenden befinden sich viele Sozialarbeitende im Tripelmandat. Sie müssen einen Konsens finden zwischen den Anliegen des Auftraggebers, den Erwartungen der Klientel und der Profession Sozialer Arbeit. Die vorliegende Forschungsarbeit, insbesondere das Tripelmandat der Mandatstragenden, zeigt auf, dass der Kontakt und ein regelmässiger Austausch mit den Auftraggebern relevant sind. Im Gegensatz zu den Mandatstragenden, deren Auftraggeber die KESB sind, sind bei vielen Sozialarbeitenden die Gemeinden und Kantone die Auftraggeber und Kostenträger. Diese kennen sich nicht mit dem Berufsfeld der Sozialen Arbeit aus. Hier ist es die Aufgabe der Sozialarbeitenden, für einen regelmässigen Austausch mit ihnen zu sorgen und sie über ihre Arbeit näher aufzuklären und sie dadurch zu legitimieren.

Schlussfolgernd kann gesagt werden, dass die Sozialarbeitenden sich trauen sollten, für ihre Profession einzustehen. So stellt zum Beispiel die Tatsache, dass in den meisten KESB die Disziplin Soziale Arbeit vertreten ist, eine grosse Chance dar. Es wäre wünschenswert, dass Sozialarbeitende, die als Behördenmitglieder tätig sind, die Sichtweisen der Sozialen Arbeit aufgrund des Ethikkodexes und der Handlungstheorien einbringen. Die Soziale Arbeit ist eine junge Wissenschaft. Daher ist es enorm wichtig, dass sich Berufsleute regelmässig weiterbilden lassen, damit die Fachlichkeit gewährleistet werden kann, ein Austausch zwischen den verschiedenen Berufstätigen stattfindet und die Forschung in der Sozialen Arbeit gefördert wird. So können mehr Methoden entwickelt werden, mit denen Sozialarbeitende ihr Handeln begründen können.

9. Quellenverzeichnis

9.1. Literaturverzeichnis

- Autrata, Otger. Scheu, Bringfriede. „Partizipation und Partizipationsforschung“. In: *Partizipation und Soziale Arbeit – Einflussnahme auf das subjektive Ganze*. Wiesbaden: Springer, 2013. S. 11-24.
- Amnesty International – Schweizer Sektion (Hrsg.). *Wie sind die Menschenrechte entstanden?* [online]. Bern, 2014. URL: <http://www.amnesty.ch/de/themen/menschenrechte/wie-sind-die-menschenrechte-entstanden> (20.08.2014).
- AvenirSocial (Hrsg.). „Berufskodex Soziale Arbeit Schweiz“ In: *Avenirsocial* [online; pdf]. Bern, 2010. URL: http://www.avenirsocial.ch/cm_data/do_berufskodex_web_d_gesch.pdf (19.11.2015).
- Bieri, Peter. „Was wäre ein selbstbestimmtes Leben“. In: *Wie wollen wir leben?* 2. Aufl. Salzburg: Residenz, 2011. S. 7-34.
- Braun, Norman. „Rational Choice Theorie“. In: Kneer, Georg. Schroer, Markus (Hrsg.). *Handbuch der Soziologie*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2009. S. 395.
- Bundesrat. *Botschaft zur Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Erwachsenenschutz, Personenrecht und Kindsrecht) vom 28.06.2006*. Bundesblatt Nr. 36, 12.09.2006. S. 7011-7024.
- Centre for Human Rights (Hrsg.). *Professional Training Series No. 1. Human Rights and Social Work* [online, pdf]. New York and Geneva, 1994. URL: <http://www.ohchr.org/Documents/Publications/training1en.pdf> (10.01.2016).
- Deci, Edward L. „Will and the Motivation to Will“. In: *The Psychology of Self-Determination*. Lexington: D. C. Heath and Company, 1980. S. 19-46.
- Diefenbach, Heike. „Die Theorie der rationalen Wahl oder ‚Rational Choice‘-Theorie (RCT)“. In: Brock, Ditmar. et al. *Soziologische Paradigmen nach Talcott Parsons*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2009. S. 239-277.
- Esser, Hartmut. „Die Grundstruktur soziologischer Erklärungen“. In: *Soziologie. Allgemeine Grundlagen*. 2. durchges. Aufl. Frankfurt/New York: Campus, 1996. S. 83-118.
- Fassbind, Patrick. „Kantonale und innerkantonale Buntheit. Die Organisation der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden in der Schweiz“ In: AvenirSocial (Hrsg.). *SozialAktuell – Die Fachzeitschrift für Soziale Arbeit*. Nr: 1/13, Bern: Januar 2013. S. 15-17.
- Flick, Uwe. *Sozialforschung – Methoden und Anwendungen – Ein Überblick für die BA-Studiengänge*. Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt, 2009.
- Flick, Uwe. *Qualitative Sozialforschung – Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften*. Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt, 1999.
- Gumpinger, Marianne (Hrsg.). *Soziale Arbeit mit unfreiwilligen KlientInnen*. Linz: Pro Mente Edition, 2001.
- Häfeli, Christoph. „Ein Jahr neues Kindes- und Erwachsenenschutzrecht – eine Zwischenbilanz und Perspektiven“. In: AvenirSocial (Hrsg.). *SozialAktuell – Die Fachzeitschrift für Soziale Arbeit*. Nr: 1/13, Bern: Januar 2014. S. 10-12.

- Häfeli, Christoph. *Grundriss zum Erwachsenenschutzrecht – mit einem Exkurs zum Kinderschutz*. Bern Stämpfli, 2013b.
- Häfeli, Christoph. „Professionalität, Selbstbestimmung und massgeschneiderte Massnahmen. Vom Vormundschaftsrecht zum modernen Kindes- und Erwachsenenschutz – die wichtigsten Neuerungen“. In: AvenirSocial (Hrsg.). *SozialAktuell. Die Fachzeitschrift für Soziale Arbeit*. Nr. 4, April 2010. S. 14-18.
- Häfeli, Christoph. „Kinderschutz und Erwachsenenschutz“. In: Mösch Payot, Peter, et al. *Recht für die Soziale Arbeit. Grundlagen und ausgewählte Aspekte*. 3. aktual. Aufl. Bern: Haupt, 2013a. S. 274-322.
- Hopf, Christel. „Qualitative Interviews in der Sozialforschung“. In: Flick, Uwe. et al. *Handbuch qualitative Forschung*. 2. Aufl. Weinheim: Beltz, 1995. S. 23.
- Humanrights Schweiz (Hrsg.). *Die Menschenrechte im Rahmen der Vereinten Nationen (UNO) – Einführung* [online]. Bern, 2012. URL: <http://www.humanrights.ch/de/menschenrechte-einfuehrung/uno/> (20.08.2014).
- Humanrights Schweiz (Hrsg.). *Zur Vorgeschichte und Bedeutung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte AEMR* [online]. Bern, 2014. URL: <http://www.humanrights.ch/de/internationale-menschenrechte/aemr/geschichte/> (20.08.2014).
- Kähler, Harro. Zobrist, Patrick. *Soziale Arbeit in Zwangskontexten – wie unerwünschte Hilfe erfolgreich sein kann*. 2. überarb. Aufl. München: Ernst Reinhardt, 2013.
- Kelle, Udo. Kluge, Susanne. *Vom Einzelfall zum Typus*. 2. Aufl. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2010.
- Keller, Reiner. „Das interpretative Paradigma“. In: Brock, Ditmar. et al. (Hrsg.). *Soziologische Theorien nach Talcott Parsons*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2009. S. 17-119.
- Noser, Walter. Rosch, Daniel. Der Schweizerische Beobachter (Hrsg.) *Erwachsenenschutz – Das neue Gesetz umfassend erklärt – mit Praxisbeispielen*. Zürich: Axel Springer, 2013.
- Caroni, Pio. Interview durch Schweizer Radio und Fernsehen. „100 Jahre ZGB“ [online]. *Doppelpunkt*. 2007. URL: <http://www.srf.ch/sendungen/doppelpunkt/100-jahre-zgb-3> (26.11.2015).
- Rehbinder, Manfred. *Einführung in die Rechtssoziologie*. Frankfurt am Main: Athenäum, 1971.
- Rehbinder, Manfred. *Rechtssoziologie*. Berlin und New York: Walter de Gruyter und Co, 1977.
- Rooney, Ronald H. „Introduction to involuntary Practice“. In: *Strategies for work with Involuntary Clients*. 2. Aufl. New York: Columbia University, 2009. S.3-18.
- Rosch, Daniel. „Die Selbstbestimmung im revidierten Erwachsenenschutzrecht“. In: Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz (Hrsg.). *Zeitschrift für Kindes- und Erwachsenenschutz*. Nr. 3, 2015. S. 215-225.
- Schnyder, Martina. Zeiter, Benjamin. Schmid, Angela. *Die Umsetzung des revidierten Erwachsenenschutzrechts - Eine qualitative Untersuchung am Beispiel zweier Deutschschweizer Kantone*. Siders, 2014.
- Staub-Bernasconi, Silvia. „Den Menschen vor dem Würgegriff des Menschen schützen – Menschenrechte und ihre Relevanz für Mandat, Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit“. In:

AvenirSocial (Hrsg.). *Sozial Aktuell – Die Fachzeitschrift für Soziale Arbeit* [pdf]. Nr: 7/8, Bern: Juli/ August, 2009. S. 10-14.

- Staub-Bernasconi, Silvia. „Macht und (kritische) Soziale Arbeit“. In: Kraus, Björn. Krieger, Wolfgang (Hrsg.). *Macht in der Sozialen Arbeit – Interaktionsverhältnisse zwischen Kontrolle, Partizipation und Freisetzung*. 3. überarb. und erw. Aufl. Lage: Jacobs, 2014. S. 363-392.
- Staub-Bernasconi, Silvia. „Soziale Arbeit als (eine) Menschenrechtsprofession“. In: Sorg, Richard (Hrsg.). *Soziale Arbeit zwischen Politik und Wissenschaft*. Münster: LIT, 2003.
- Staub-Bernasconi, Silvia. „Vom beruflichen Doppel- zum professionellen Tripelmandat: Wissenschaft und Menschenrechte als Begründungsbasis der Profession Soziale Arbeit“. In: Österreichischer Berufsverband der Sozialen Arbeit (Hrsg.). *Zeitschrift für Sozialarbeit in Österreich (SiO)*. Wien: Österreichischer Berufsverband, Juni 2007.
- Steinert, Erika. Thiele, Gisela. *Sozialforschung für Studium und Praxis*. Köln: Fortis-Verlag, 2008.
- Strassburger, Gaby. Rieger, Judith (Hrsg.). *Partizipation kompakt*. Weinheim und Basel: Beltz Juventa, 2014.
- Voll, Peter. „Sozialwissenschaftliche Grundlagen“. In: Böhler, Andrea. et al. (Hrsg.). *Erwachsenenschutz*. Bern: Stämpfli, 2013. S. 31-49.
- Zoglauer, Thomas. „Freiheit zwischen Selbstbestimmung und Fremdbestimmung“. In: List, Elisabeth. Stelzer, Harald (Hrsg.). *Grenzen der Autonomie*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, 2010. S. 11-32.

9.2. Abbildungsverzeichnis

- Abbildung 1: Strassburger, Gaby. Rieger, Judith (Hrsg.). *Partizipation kompakt*. Weinheim und Basel: Beltz Juventa, 2014.
- Abbildung 2: Rehbinder, Manfred. *Rechtssoziologie*. Berlin und New York: Walter de Gruyter und Co, 1977.

10. Anhang

10.1. Brief Forschungsanfrage


Haute Ecole de Travail Social
Hochschule für Soziale Arbeit


KESB


Siders, 12. Januar 2015

Forschungsprojekt zur Umsetzung des neuen Erwachsenenschutzrechts

Sehr geehrter Herr 

Wir sind eine Forschungsgruppe unter der Leitung von Prof. Dr. Peter Voll, die sich im Rahmen eines Bachelorprojekts der Hochschule für Soziale Arbeit, Siders, mit der Umsetzung der Revisionsziele des neuen Erwachsenenschutzrechts beschäftigt.

Ziel unserer Forschungsarbeit ist es, uns mit der Wirklichkeit des neuen Erwachsenenschutzrechts auseinanderzusetzen: Wie sehen die neuen Fachbehörden aus und wie organisieren sie ihre Arbeit? Wie arbeiten die Behörden und die mandatsführende Dienste zusammen? Wie interpretieren sie ihren Schutzauftrag zugunsten der Klientinnen und Klienten?

Für unsere explorative Analyse suchen wir Behörden mit unterschiedlichen Organisationsmodellen, die bereit sind, uns Einblick in die Akten zweier neuer Beistandsfälle zu geben. Zudem möchten wir jeweils mit dem fallführenden Behördenmitglied und der fallführenden Beiständin oder dem fallführenden Beistand ein ungefähr eineinhalbstündiges Interview durchführen. Die Organisationsform der KESB  passt ideal zu unserem Forschungsprojekt. Deshalb erlauben wir uns die Anfrage, ob ihre Behörde bereit wäre, an unserem Forschungsprojekt teilzunehmen.

Akten und Interviews werden ausschliesslich für Forschungszwecke benötigt. Die Resultate werden in anonymisierter Form für unsere Bachelorarbeit verwendet, sowie zur Publikation eines Fachartikels, den wir Ihnen vor der Veröffentlichung gerne zur Stellungnahme unterbreiten werden. Zur rechtlichen Absicherung der Akteneinsicht würden wir Ihnen eine Datenschutzvereinbarung vorschlagen, welche unsere Pflichten zur Anonymisierung und zur Verschwiegenheit festhält.

Gerne würden wir Sie in den kommenden Tagen telefonisch kontaktieren. Natürlich stehen wir Ihnen auch jederzeit für Fragen zur Verfügung. Sie können uns unter der E-Mailadresse (sarah.studer@students.hevs.ch) oder per Telefon (079/ 710 92 04) erreichen.


Wir würden uns sehr über eine Zusammenarbeit mit Ihnen freuen.

Mit freundlichen Grüssen

HES-SO Valais-Wallis
Hochschule für Soziale Arbeit

Peter Voll
Forschungsleiter

Sarah Studer
Studentin HSA Siders
Sarah.Studer@students.hevs.ch

 **HES-SO Valais-Wallis** • rue de la Plaine 2 • 3960 Sierre
+41 27 606 89 11 • info@hevs.ch • www.hevs.ch



10.2. Telefoncheckliste

1. Angaben zur Person		
Name und Vorname		<input type="checkbox"/>
Studierende(r) der HES-SO Wallis, Hochschule für Soziale Arbeit		<input type="checkbox"/>
Mitglied der Forschungsgruppe unter der Leitung von Herrn Prof. Dr. Peter Voll		<input type="checkbox"/>
2. Angaben zum Forschungsprojekt		
Forschung im Bereich des Erwachsenenschutzes (ES)		<input type="checkbox"/>
Erfassung der Wirklichkeit des ES		<input type="checkbox"/>
Forschungsobjekt KESB "[Name der KESB]"		<input type="checkbox"/>
Information über den Brief an den/die Präsident/in		<input type="checkbox"/>
3. Weiterleitung an Präsident/in		
		<input type="checkbox"/>
4. Angaben zur Person		
Name und Vorname		<input type="checkbox"/>
Studierende(r) der HES-SO Wallis, Hochschule für Soziale Arbeit		<input type="checkbox"/>
Mitglied der Forschungsgruppe unter der Leitung von Herrn Prof. Dr. Peter Voll		<input type="checkbox"/>
5. Anfrage		
Anfrage erhalten?		<input type="checkbox"/>
<i>falls ja:</i> Zustimmung/Bereitschaft?	<input type="checkbox"/>	<i>falls nein:</i> 6. Angaben zum Forschungsprojekt
Zustimmung vorhanden: weiter mit Punkt 7		Forschung im Bereich des ES
Zustimmung fehlt: weiter mit Punkt 10		Erfassung der Wirklichkeit des ES
		Forschungsobjekt KESB "[Name der KESB]"
		Anfrage
		Angebot zur Bedenkzeit
7. Weitere Informationen zum Forschungsprojekt		
Forschung zur neuen Behördenstruktur		<input type="checkbox"/>
Zusammenarbeit mit anderen Stellen		<input type="checkbox"/>
Interpretation des Schutzauftrages zugunsten der verbeiständeten Person		<input type="checkbox"/>
2 Fallstudien (Interviews mit Behördenmitglied und Beistand; Verfügung; Berichte):		<input type="checkbox"/>
Vertretungsbeistandschaft; Berufsbeistände; ohne Drogenmissbrauch, Demenz und Heimaufenthalt		
Kontakt zu den Beiständen?		<input type="checkbox"/>
8. Wichtige Informationen		
Datenschutzvereinbarung		<input type="checkbox"/>
Dauer des Interviews		<input type="checkbox"/>
Hinweis auf die Nutzung eines Aufnahmegerätes		<input type="checkbox"/>
allenfalls Distanzierung zur aktuellen Brisanz des Themas		<input type="checkbox"/>
9. Terminvereinbarung		
Klärung betreffend Terminvereinbarung		<input type="checkbox"/>
Hinweis auf die Möglichkeit der Kontaktaufnahme bei sich verändernden Gegebenheiten		<input type="checkbox"/>
10. Abschluss		
Dank		<input type="checkbox"/>
Verabschiedung		<input type="checkbox"/>

10.3. Projektbeschreibung



Forschungsprojekt zur Zusammenarbeit von Behörden und mandatsführenden Diensten unter dem neuen Erwachsenenschutzrecht

Das neue Erwachsenenschutzrecht brachte in der Entwicklung des Kindes- und Erwachsenenschutzes, aber auch in der Professionalisierung der Sozialen Arbeit weitreichende Veränderungen mit sich. Es wird das Verständnis von Sozialer Arbeit sowie die Stellung der mandatsführenden Diensten und der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden in den nächsten Jahren weiter stark prägen.

Fragestellung

Ziel der Forschungsarbeit ist die Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit des neuen Erwachsenenschutzrechts. Im Fokus stehen dabei folgende zentrale Forschungsanliegen:

- Struktur und Organisation der neuen Fachbehörden
- Zusammenarbeit der fallführenden Behördenmitglieder und mandatsführenden Dienste unter dem Einfluss kantonal unterschiedlicher Strukturen
- Interpretation des Schutzauftrages zugunsten der Klientinnen und Klienten unter dem Aspekt der Selbstbestimmung

Methode

Das Forschungsprojekt wendet sich an Behörden verschiedener Kantone mit unterschiedlichen Organisationsmodellen.

Die Fragestellung soll je Behörde anhand zweier möglichst unterschiedlicher neu errichteter Vertretungsbeistandschaften des Erwachsenenschutzes (ausgenommen AHV-Alter) untersucht werden.

Die verbeiständeten Personen sollten aus Gründen der Vergleichbarkeit weder an einer primären Suchterkrankung leiden noch in einer sozialen Institution untergebracht sein.

Zu diesen beiden Fällen sind ein jeweils eineinhalbstündiges Interview mit dem fallführenden Behördenmitglied und der fallführenden Beiständin/dem fallführenden Beistand geplant.

Ergänzend soll eine Dokumentenanalyse anhand folgender Unterlagen vorgenommen werden: Gefährdungsbericht, verfahrensleitende Verfügung, Abklärungsbericht, Massnahmenverfügung und Ernennung des Beistands oder der Beiständin.

Erwartete Resultate, Nutzen

Das Forschungsprojekt leistet einen Beitrag zu den aktuell viel diskutierten Themen:

- Verhältnis der Behörden zu den mandatsführenden Diensten
- Begründung und Art der verfügten Massnahmen
- Funktionsweise der neuen Behördenstruktur

Verwendungszweck

Sämtliche Akten und Interviews werden ausschliesslich für Forschungszwecke verwendet. Die Resultate werden in anonymisierter Form in Fachartikeln und Bachelorarbeiten publiziert.

Datenschutz

Siehe Datenschutzerklärung

Projektteam

Verantwortlich für die Durchführung des Projektes ist eine Forschungsgruppe der Hochschule für Soziale Arbeit Siders unter der Leitung von Prof. Dr. Peter Voll.

Kontakte

Prof. Dr. Peter Voll (Forschungsleiter Hochschule für Soziale Arbeit Siders)

Mail: Peter.Voll@hevs.ch

Telefon: 027 606 91 21

Sarah Studer (Studierende der Hochschule für Soziale Arbeit Siders)

Mail: sarah.studer@students.hevs.ch

Telefon: 079 710 92 04



10.4. Datenschutzvereinbarung

Forschungsprojekt zur Zusammenarbeit zwischen Behörden und mandatsführenden Diensten unter dem neuen Erwachsenenschutzrecht

Das Projekt der Hochschule für Soziale Arbeit Wallis setzt sich mit der Wirklichkeit des neuen Erwachsenenschutzrechts auseinander. Die Projektleitung liegt bei Herrn Prof. Dr. Peter Voll. Allé am Forschungsprojekt beteiligten Personen, die Einsicht in die Akten der Klienten erhalten, werden auf die datenschutzrechtlichen Bestimmungen hingewiesen und haben nachfolgende Erklärung zu unterzeichnen.

Erklärung

Der/ die Unterzeichnende bestätigt, dass er/sie von den Bestimmungen des Datenschutzes (insbesondere [REDACTED]) Kenntnis genommen hat.

Sie/ er verpflichtet sich insbesondere,

- den Akten nur solche Daten und Informationen zu entnehmen, welche für das Forschungsvorhaben erforderlich und geeignet sind,
- keine Dokumente aus den Dossiers mitzunehmen und keine Kopien anzufertigen,
- zum Schutze der Personen anonymisierte Daten für das Forschungsprojekt zu verwenden,
- für die angemessene Sicherung der Daten vor Verlust, Entwendung und unbefugter Bearbeitung sowie Kenntnisnahme durch Dritte besorgt zu sein,
- keine Daten und Informationen ohne Zustimmung der zuständigen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde an Dritte weiterzugeben,
- die Ergebnisse so zu veröffentlichen, dass die betroffenen Personen und Behörden nicht bestimmbar sind,
- das Geheimhaltungsinteresse und den Persönlichkeitsschutz aller betroffenen Personen und Institutionen zu wahren.

Name:

Unterschrift:

Vorname:

Geburtsdatum:

Ort, Datum:

10.5. Rastervorlagen Dokumentenanalyse

10.5.1. Analyseraster für die verfahrensleitende Verfügung

Analyseraster für verfahrensleitende Verfügungen		
<p>„Wenn die Beweiserhebung nicht auf formlose Weise vorgenommen werden kann, oder wenn es sich im Interesse eines für alle Beteiligten transparenten Verfahrens als dienlich erweist, erlässt die KESB beziehungsweise das instruierende Mitglied eine verfahrensleitende Verfügung (Beweisführung, Art. 154 ZPO). Verfahrensleitende Verfügungen können sich auf die Beweiserhebung (Art. 446 ZGB), auf vorsorgliche Massnahmen (Art. 445 ZGB), aber auch auf Zwischenentscheide bezüglich Zuständigkeit (Art. 442, 444 ZGB), Ausstand (Art. 47-51 ZPO), Erteilung einer unentgeltlichen Prozessführung (Art. 29 BV, Art. 117-123 ZPO) oder Anordnung einer Verfahrensvertretung (Art. 449a ZGB) beziehen. (Konferenz der Kantone für Kindes- und Erwachsenenschutz, 2012, 50f)“</p>		
Fall		
Datum		
AutorIn		
Seitenumfang		
Rubrik	Beobachtung	Bemerkungen / Fragen / Vermutungen
Sachverhalt		
Erwägungen		
Entscheid		

10.5.2. Analyseraster für das Anhörungsprotokoll

Analyseraster für Anhörungsprotokolle		
Fall		
Datum		
AutorIn		
Seitenumfang		
Rubrik	Beobachtung	Bemerkungen / Fragen / Vermutungen
Anwesende Personen Betroffene Person, Behördenmitglied(er) und weitere anwesende Personen		
Spezifische Indikatoren Anzahl / Häufigkeit Wortmeldungen betroffene Person, Dauer der Anhörung. Hinweis: Übereinstimmung der Sicht der betroffenen Person mit der im Abklärungsbericht geschilderten Sicht?)		
Festgehaltene Beobachtungen Verhalten der betroffenen Person und der weiteren anwesenden Personen (Hinweis: Welche Sachverhalte aus dem Abklärungsbericht werden thematisiert? Welche nicht?)		
Sachverhaltsschilderung aus der Sicht der betroffenen Person (Hinweis: Beobachtung der Sprache (juristische, psychologische, sozialarbeiterische Sprache oder Alltagssprache))		
Sachverhaltsschilderung aus der Sicht des Behördenmitgliedes bzw. der Behördenmitglieder (Hinweis: Beobachtung der Sprache (juristische, psychologische, sozialarbeiterische Sprache oder Alltagssprache))		
Sachverhaltsschilderung aus der Sicht der weiteren anwesenden Personen (Hinweis: Beobachtung der Sprache (juristische, psychologische, sozialarbeiterische Sprache oder Alltagssprache))		
Entscheide / Vereinbarungen		
Abschliessende Erklärungen der betroffenen Person		
Abschliessende Erklärungen der Behörde		

10.5.3. Analyseraster für den Abklärungsbericht

Analyseraster für Abklärungsberichte		
Fall		
Datum		
AutorIn		
Seitenumfang		
Rubrik	Beobachtung	Bemerkungen / Fragen / Vermutungen
Auftrag AuftraggeberIn, Datum des Auftrages, Auftragsformulierung und konkrete Fragestellung		
Abklärungsgrundlagen Vorakten, Gesuche, andere schriftliche Eingaben, zusätzlich von der Abklärungsstelle eingeholte Berichte, Befragungen, Gesprächsnotizen und Protokolle, Augenschein usw.		
Persönliche / familiäre Situation Rechtliche und soziale Beziehungen, berufliche und finanzielle Verhältnisse soweit von Belang, Wohnsituation, Familienstatus, Gesundheit sowie bereits involvierte Fachpersonen und / oder Institutionen		
Problemwahrnehmung der Betroffenen Ergebnisse der Anhörung und des beobachteten Verhaltens		
Fachliche Erklärung des Problembefunds Soziale Diagnose (Hinweise auf mögliches psychisches Krankheitsbild, stark ausgeprägte, auffällige Charaktereigenschaften, Unerfahrenheit, Überforderung, Verwahrlosung, Sucht usw.)		
Bedarf nach fachspezifischen Zusatzabklärungen Begründung, weshalb allfällige Zusatzabklärungen nötig sind		
Einschätzung der Gefährdungssituation Dringlichkeit und Gefährdungsgrad		
Einschätzung der eigenen Ressourcen der Person / des Systems Eignungen, Neigungen, Fähigkeiten, Fertigkeiten, Motivation bzw. Zusammenhalt und Stabilität des sozialen Systems		

Einschätzung des Unterstützungs- und Förderbedarfs Lösungsoptionen mit und ohne behördliche Massnahmen		
Fazit Gesamtbeurteilung		
Empfehlung Anordnung von Betreuungsmassnahmen, Bezug auf gesetzliches Massnahmesystem oder Verzicht auf Massnahmen und privatautonome Lösungen		

10.5.4. Analyseraster für die Verfügung

Analyseraster für Verfügungen		
Fall		
Datum		
AutorIn		
Seitenumfang		
Rubrik	Beobachtung	Bemerkungen / Fragen / Vermutungen
Sachverhalt Hinweis auf rechtshängige Verfahren oder auf laufende Massnahmen, Darstellung der vorhandenen Informationen, Gefährdungssituation (evt. Erwähnung der Sicht der betroffenen Person) (Hinweis: Beobachtung der Differenzen zwischen Abklärungsbericht, Protokoll und Sachverhaltsdarstellung)		
Erwägungen 1. Örtliche, sachliche und funktionelle Zuständigkeit 2. Schlussfolgerungen aus dem Sachverhalt hinsichtlich Schwächezustand und Schutzbedürftigkeit (Begründung) 3. Begründung eines allfälligen Kostenentscheids 4. Allfällige Entziehung der aufschiebenden Wirkung, wenn Gefahr im Verzug (Art. 450c ZGB)		
Entscheid 1. Anordnung der Massnahme 2. Ernennung des Beistandes und dessen Auftrag 3. Gebühren für den Entscheid 4. Rechtsmittelbelehrung 5. Empfänger 6. Mitteilungen		

10.6. Kontaktaufnahme Interviewpartner

Sehr geehrter Herr X.

Wir sind eine Forschungsgruppe unter der Leitung von Prof. Dr. Peter Voll, die sich im Rahmen eines Bachelorprojekts der Hochschule für Soziale Arbeit, Siders, mit der Umsetzung der Revisionsziele des neuen Erwachsenenschutzrechts beschäftigt.

Ziel unserer Forschungsarbeit ist es, uns mit der Wirklichkeit des neuen Erwachsenenschutzrechts auseinanderzusetzen: Wie sehen die neuen Fachbehörden aus und wie organisieren sie ihre Arbeit? Wie arbeiten die Behörden und die mandatsführenden Dienste zusammen? Wie interpretieren sie ihren Schutzauftrag zugunsten der Klientinnen und Klienten?

Für unsere explorative Analyse haben wir Behörden mit unterschiedlichen Organisationsmodellen gesucht, die bereit sind, uns Einblick in die Akten zweier neuer Beistandsfälle zu geben. Die Fälle möchten wir anhand einer Dokumentenanalyse und jeweils einem eineinhalbstündigen Interview mit dem fallführenden Behördenmitglied und der fallführenden Beistandin oder dem fallführenden Beistand, bearbeiten.

Akten und Interviews werden ausschliesslich für Forschungszwecke benötigt. Die Resultate werden in anonymisierter Form für unsere Bachelorarbeit verwendet, sowie zur Publikation eines Fachartikels, den wir Ihrer Behörde vor der Veröffentlichung gerne zur Stellungnahme unterbreiten werden. Zur rechtlichen Absicherung der Akteneinsicht habe ich mit Herrn Y. eine Datenschutzvereinbarung unterschrieben, welche meine Pflichten zur Anonymisierung und zur Verschwiegenheit festhält.

Ich habe mich sehr gefreut, als ich von Ihrem KESB-Präsidenten Herr Y. eine Zusage für meine Forschung erhalten habe und durfte bereits die zwei ausgewählten Fälle analysieren.

Da Sie in einem der von mir analysierten Fällen der fallführende Beistand sind, möchte ich Sie anfragen, ob Sie bereit wären, mir ein ein- bis eineinhalbstündiges Interview zu geben.

Für weitere Fragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

Sarah Studer

10.7. Interviewleitfaden

10.7.1. Interviewleitfaden Behördenmitglied

Beruflicher Hintergrund und Aufgabengebiet

1. Wie lange arbeiten Sie bereits bei der KESB?
2. Können Sie uns Ihre berufliche Laufbahn kurz schildern?
3. Für welche Aufgabengebiete sind Sie in der KESB zuständig?
4. Welche Behördenmitglieder gibt es in Ihrer KESB?

Arbeitsaufwand allgemein

1. Im Erwachsenenschutz: Welche Formen von Beistandschaften verfügt Ihre KESB hauptsächlich?
2. Wie viele Neuverfügungen werden pro Monat/pro Jahr ausgesprochen?
3. Wie werden die Dossiers innerhalb der Behörde aufgeteilt?
4. Können Sie kurz eine typische Arbeitswoche skizzieren?

Falleröffnung und Entscheidungsfindung

1. Können Sie schildern, wie Sie beim vorliegenden Fall vorgegangen sind?
2. Wie haben Sie vom vorliegenden Fall Kenntnis bekommen?
3. Gab es eine Gefährdungsmeldung? Wenn ja, von wem wurde diese eingereicht?
4. Erinnern Sie sich an Ihren ersten persönlichen Kontakt zum Klienten?
5. Wer wurde mit der Abklärung beauftragt? (Verfahrensleitende Verfügung)
6. Wurde sonst noch jemand beigezogen (Fachstellen, Psychiater, Umfeld)?
7. Welche Anforderungen stellen Sie an einen Abklärungsbericht?
8. Wie lautete die im Abklärungsbericht angebrachte Empfehlung? (Abklärungsbericht)
9. Wer war Mitglied des Spruchkörpers?
10. Gab es eine schnelle Einigung (weshalb) oder kontroverse Diskussion (worüber)?
11. Wie erlebte der Klient die Sitzung? Inwiefern hatten die Aussagen des Klienten einen Einfluss auf den Entscheidungsfindungsprozess?
12. Wie gelangten Sie zur abschliessenden Entscheidungsfindung?
13. Welche Bestandteile der Verfügung sind „massgeschneidert“, welche „von der Stange“?
14. Nach welchen Gesichtspunkten wurde der Mandatsträger ausgewählt?
15. Wie hat der Klient vom Entscheid erfahren? (Verfügung)
16. Wie hat der Klient den Entscheid aufgenommen? (Verfügung, Begründung und Mandatsträger)
17. War der Klient einverstanden? Wenn nein, wurde nachverhandelt und mit welchem Ergebnis? (Mandatsträger, Rekurs)

Fallführung

1. In welcher Form erfolgte die Kontaktaufnahme zum beauftragten Beistand?
2. Welche Erwartungen haben Sie/die KESB an einen Mandatsträger?
3. Welche Informationen erhält dieser vor/bei der Übernahme des Mandates?
4. Kann er ein Mandat ablehnen?
5. Wann hatten Sie nach dem Entscheid den nächsten Kontakt zum Fall/Klient/Mandatsträger? (Rechenschaftsbericht)
6. Welche Anforderungen stellen Sie an den Rechenschaftsbericht?
7. Hat die erste Verfügung Bestand oder wurde bereits nachgebessert? Falls ja: Auf wessen Initiative?
8. Auf welchem Weg kann ein Klient/Mandatsträger mit Ihnen/der KESB Kontakt aufnehmen?.
9. Gab es bereits Krisensituationen in der Mandatsführung im vorliegenden Fall? Wenn nein, woran liegt das Ihrer Ansicht nach?
10. Mit welchen Themen wenden sich Klienten unter Beistandschaft an die KESB?

Fazit

1. Was hat sich aus Ihrer Sicht durch das neue Erwachsenenschutzrecht für den Klienten verändert?
2. Was ist charakteristisch für Ihre Zusammenarbeit mit den Sozialdiensten?

Ausblick

1. Welches wären drei Veränderungen oder Anpassungen, die Sie sich für die nahe Zukunft wünschen?

10.7.2. Interviewleitfaden Amtsbeistandschaft

Beruflicher Hintergrund und Aufgabengebiet

1. Seit wann arbeiten Sie als Berufsbeistand bei der Amtsbeistandschaft?
2. Können Sie uns Ihre berufliche Laufbahn kurz schildern?
3. Zu wie viel Prozent sind Sie angestellt? Wie viele Mandate führen Sie?
4. Wie verteilen sich bei Ihren Dossiers die unterschiedlichen Typen von Massnahmen?

Abklärung

1. Kommen wir zum vorliegenden Fall. Erinnern Sie sich an Ihren ersten Kontakt zum Klienten?
2. Wer hat die Abklärung durchgeführt beziehungsweise welche Stellen wurden mit der Abklärung beauftragt?
3. Wird eine Gesamtabklärung gemacht oder werden von der Behörde gezielte Gesichtspunkte erfragt? (Verfahrensleitende Verfügung)
4. Wissen Sie, wie die Empfehlung im vorliegenden Fall lautete? (Abklärungsbericht)
5. Wie war der Spruchkörper der KESB im vorliegenden Fall zusammengesetzt, waren Sie eventuell sogar dabei?
6. Wissen Sie, welche Überlegungen zentral waren?
7. Gab es eine schnelle Einigung (weshalb) oder kontroverse Diskussion (worüber)?
8. Nach welchen Gesichtspunkten wurden Sie als Mandatsträgerin ausgewählt?
9. Wie hat der Klient vom Entscheid erfahren? (Verfügung)
10. Wie hat der Klient den Entscheid aufgenommen? (Verfügung, Begründung und Wahl des Mandatsträgers)
11. War der Klient einverstanden? *Falls nein*: Wurde nachverhandelt? (Mandatsträger, Rekurs)

Mandatsführung

1. Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit Sie ein Mandat ablehnen dürfen?
 2. Welche Informationen haben Sie vor/bei der Übernahme des Mandates erhalten?
 3. Können Sie einen klassischen Monat in der Begleitung Ihres Klienten beschreiben?
 4. Welche Themen sind in der Arbeit mit dem Klienten im Vordergrund?
 5. Welche Bestandteile der aktuellen Verfügung sind „massgeschneidert“, welche „von der Stange“?
 6. Welchen Spielraum gibt Ihnen die Verfügung in der Mandatsführung?
 7. Hat die erste Verfügung Bestand oder wurde bereits nachgebessert?
- Falls ja:*
8. Von wem ging dies aus? Wie war der Ablauf?
- Falls nein:*
9. Gab es sonst Krisensituationen mit dem Klienten in der Mandatsführung?
- Falls nein:*
10. Woran liegt dies Ihrer Meinung nach?
 11. Wo liegen Ihre Berührungspunkte mit der KESB in der Mandatsführung? Erhalten Sie bei schwierigen Situationen genügend Unterstützung?
 12. Wie hilfreich ist der Rechenschaftsbericht für Sie als Mandatsträger/in?
 13. Welche Erwartungen haben Sie an das fallführende Behördenmitglied der KESB?

Fazit

1. Was hat sich aus Ihrer Sicht durch das neue Erwachsenenschutzrecht für den Klienten verändert?
2. Was hat sich durch das neue Erwachsenenschutzrecht in der Mandatsführung verändert?
3. Was ist charakteristisch für Ihre Zusammenarbeit mit der KESB? Wie wirkt sich die Nähe zur KESB auf ihre Arbeit aus?

Ausblick

Welches wären drei Veränderungen oder Anpassungen, die Sie sich für die nahe Zukunft wünschen würden?

10.8. Codierliste

Code	Quelle	Zitat
1. Klientenautonomie		
1.1. Partizipationsstufen		
1.1.1. Information		
1.1.2. Kooperation		
1.1.3. Mitentscheiden		
1.1.4. Entscheiden		
1.2. Konzepte (explizit)		
2. Zusammenarbeit KESB - Beistand		
2.1. Struktur; Funktionen; Austauschgefässe		
2.2. Kommunikation und Information		
2.3. Interpretation des Mandats und Bewertung		
2.4. Macht; gegenseitige Begrenzung und Einflussnahme; Kontrolle		
3. Begründungen (für Entscheidungen, Handlungen)		
3.1. Alltagswissen		
3.2. Normatives Wissen		
3.2.1. Gesetz		
3.2.2. Moral		
3.3. Wissenschaftliches Wissen		
3.4. Expertenwissen weiterer Akteure		
3.5. Erwarteter Effekt; Nutzen, Schadensminderung		